

Forum Pazifismus



Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

- 3 Debatte: Weg und Ziel – nur zivil *oder* Vorrang für zivil?
3 Ullrich Hahn
»Die Anfänge dürfen klein sein, aber sie müssen stimmen.«
5 Ute Finckh
»Jeder Weg besteht aus Einzelschritten.«
7 Werner Boldt
Politischer Geist und geschundener Leib
Zum 70. Todestag Carl von Ossietzkys
19 Manfred Pappenberger
»Quo vadis, Bundeswehr?«
Sozialpsychologische Aspekte zweier Bundeswehr-Urteile
25 Michael Schmid
Wer teilt, mehrt Leben
Das Beispiel Lebenshaus Schwäbische Alb
32 Kai-Uwe Dosch
Doppelte Verantwortung
Schwierige Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und Palästina
33 Wolfram Wette
Wegen Kriegsverrats verurteilte Wehrmacht-Soldaten
endlich rehabilitieren!
Stellungnahme vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
35 »Wir können uns Jesus als Kriegsdienstverweigerer vorstellen,
aber nicht mit einem Gewehr in der Hand.«
Zum Stellenwert der Friedenthematik in der evangelischen Kirche
Leserbriefe von Jan Gildemeister (AGDF), Günter Knebel (EAK)
und Anmerkungen von Ulrich Finckh
38 Rezension von
James Sheehan: Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden.



Foto: Regine Liebmann

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 4. Mai jährte sich der Todestag von Carl von Ossietzky zum siebzigsten Mal. Der Pazifist war ab dem 10. Mai 1932 im Gefängnis, also noch bevor die Nazis die Macht übernahmen. Verurteilt worden war er vom Reichsgericht wegen »Landesverrats«, weil er den »Weltbühne«-Artikel »Windiges aus der deutschen Luftfahrt« zu verantworten hatte, in dem über illegale Aufrüstungen berichtet worden war.

Anschließend begann sein Leidensweg durch die KZs. Schwerkrank wurde er 1936 aus dem KZ Papenburg-Esterwegen in ein Berliner Krankenhaus verlegt. Nicht die »Menschenfreundlichkeit der Nazis« waren der Grund für die KZ-Entlassung, sondern im Gegenteil die Angst der Nazis, dass ein pazifistischer KZ-Häftling den Friedensnobelpreis erhalten würde. Eine Kampagne von Emigranten in Paris gebildeter »Freundeskreis Carl von Ossietzky« hatte bewirkt, dass der an offener Tuberkulose Erkrankte den Friedensnobelpreis im November 1936 erhielt. Entgegennehmen in Oslo durfte er ihn nicht persönlich, sondern blieb bis zu seinem Tod unter Aufsicht der Gestapo im Krankenhaus. Die Geheime Staatspolizei – man hätte gedacht, eine solche Einrichtung wäre nach dem Ende des Nazi-Regimes in Deutschland undenkbar – überwachte auch die Einäscherung des Leichnams und die Beisetzung der Urne unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sein Name sollte vergessen gemacht werden, ein Namensschild durfte am Grab nicht angebracht werden.

Wir erinnern an diesen »schlichten Märtyrer«, wie ihn Albert Einstein einmal nannte, durch ein ausführliches Lebensbild des Historikers Werner Boldt, der zurzeit eine Biografie über den Publizisten vorbereitet, der im März 1932 schrieb: »Einmal werden auch die deutschen Verhältnisse wieder zu tanzen anfangen, und von der Klugheit unserer Regierenden wird es abhängen, ob dieser Tanz der schöne, lustige Wirbel sein wird, mit dem eine Generation die andere ablöst, oder der Totentanz, mit dem eine überfällige Gesellschaft machtberauscht und ahnungslos, im Bettelputz ihrer Illusionen zu Grabe hüpf.«

... vertraut heute noch jemand auf die »Klugheit unserer Regierenden«?

Stefan K. Philipp

IMPRESSUM

Forum Pazifismus – Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

wird gemeinsam herausgegeben vom Internationalen Versöhnungsbund - deutscher Zweig, der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) mit der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, dem Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und der Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung PAX AN.

Verleger: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Redaktion: Kai-Uwe Dosch, Ute Finckh, Bernhard Nolz, Michael Schmid, Stefan K. Philipp (Leitung; v.i.S.d.P.)

Bestellanschrift und Aboverwaltung:
Forum Pazifismus,

Postfach 90 08 43, 21048 Hamburg

Anzeigenverwaltung: SPS-Graphics, Postfach 90 08 43, 21048 Hamburg, Telefon: 040/1805 82 85; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.5.2004 gültig

Druck: GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart

Versand: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstr. 35, 70329 Stuttgart

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der Herausgeber. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht, muss aber mit der Redaktion vereinbart werden.

Erscheinungsweise: in der Regel vierteljährlich in der zweiten Quartalshälfte

Bezugsbedingungen: Forum Pazifismus kann nur im Abonnement bezogen werden. Die Bezugsgebühren für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt 20.- Euro zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30. November schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Für Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes - deutscher Zweig ist der Bezug von Forum Pazifismus im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

Mitglieder der DFG-VK und des BSV können Forum Pazifismus zum ermäßigten Jahrespreis von 18.- Euro (zzgl. 2.- Euro für Verpackung und Versand) abonnieren.

Der Preis für das Förderabo I beträgt 30.- Euro, für das Förderabo II 40.- Euro; das Förderabo III zum Preis von 50.- Euro beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende (jeweils zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung).

ISSN 1613-9070

Redaktionsschluss war der 21. Juni.

Die nächste Ausgabe erscheint im September, Redaktionsschluss ist der 8. September.

Forum Pazifismus

Postfach 900843, 21048 Hamburg

Fon 040-18 05 82 83, Fax 01212-571946095

eMail: Redaktion@Forum-Pazifismus.de

Internet: www.forum-pazifismus.de

Weg und Ziel – nur zivil oder Vorrang für zivil?

(Red.) In Forum Pazifismus 15 hatten wir die »10 Thesen zum Gewaltverzicht« des Versöhnungsbund-Vorsitzenden Ullrich Hahn veröffentlicht, die als Reaktion auf Positionspapiere und Kampagnen aus Friedenswissenschaft und -bewegung entstanden waren (z.B. AGDF-Grundsatzpapier »Vorrangige Option Gewaltfreiheit«, BSV-Kampagne »Vorrang für zivil«). Im selben Heft hatte die BSV-Vorsitzende Ute Finckh unter der Überschrift »In politischen Prozessen denken« kritisch auf die The-

sen reagiert. In einer in der Ausgabe 17 veröffentlichten Kritik an den »10 Thesen« hatte Berthold Keunecke die Debatte weitergeführt.

Ende Mai/Anfang Juni veranstaltete nun die AGDF (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden) in Kassel eine Studientagung zum Thema »Vorrang – Nachrang – kein Rang? Gewaltverzicht und politische Praxis«. Wir dokumentieren die dort gehaltenen Referate von Ullrich Hahn und Ute Finckh.

Ullrich Hahn

»Die Anfänge dürfen klein sein, aber sie müssen stimmen.«

Anknüpfend an drei Begriffspaare will ich auf einige Anfragen reagieren, die mich bezüglich der genannten Thesen erreicht haben.

Vorab sei aber noch einmal klargestellt, dass diese Diskussion auf einer normativen Ebene geführt wird: Es geht darum, was sein soll, welche Verhaltensweisen wir als legitim ansehen, nicht um eine tatsächlich vorhandene Fähigkeit, in allen Situationen tatsächlich gewaltlos zu handeln.

Deutlich scheint mir auch, dass der angestrebte Gewaltverzicht ein anderes Verständnis von Politik bedingt, als dies üblich ist.

■ Wahrheit (im Sinne von Wahrhaftigkeit) und/oder Taktik

Es geht um die Frage, ob bei Verfolgung der politischen Ziele der Friedensbewegung aus taktischen Gründen als extrem empfundene Positionen des Gewaltverzichts zurückgehalten werden müssen, um von politischen Mandatsträgern als Gesprächspartner ernst genommen zu werden.

■ In der gewaltfreien Tradition gilt die Wahrheit als unabdingbarer Bestandteil einer gewaltfreien Haltung, auch im Sinne einer Offenheit bezüglich der eigenen Ziele und Vorhaben.

Ghandi übersetzte die »Gewaltfreiheit« deshalb mit »Satyagraha«, dem Festhalten an der Wahrheit.

■ Wahrheit in diesem Sinne bedeutet auch Widerspruchsfreiheit in Bezug auf die eigene Argumentation.

Es geht darum, keine, im Einzelfall vielleicht passende, Argumente zu verwenden, die im Übrigen meiner eigenen Überzeugung nicht entsprechen.

Hierzu politische Beispiele aus letzter Zeit:

Ich kann die Genehmigung des Exports von U-Booten nach Israel nicht mit der Begründung angreifen, die Regierung solle sich strikt an ihre eigenen Rüstungsexportrichtlinien halten, wenn ich diese Richtlinien wegen der damit zusammenhängenden Legalisierung des Rüstungsexports im Übrigen grundsätzlich ablehne.

Strafanzeigen gegen Regierungsmitglieder wegen deren Unterstützung grundgesetzwidriger Kriegshandlungen mögen zwar pressewirksam sein, widersprechen aber meiner sonstigen Haltung gegen die Kriminalstrafe.

Das Argument, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sei gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, widerspricht meiner sonstigen Haltung in Bezug auf Mehrheitsentscheidungen: Ich widerspreche militärischen Einsätzen auch dann, wenn diese von der Bevölkerungsmehrheit gebilligt werden.

■ Dies hat auch Folgen für die Sprache:

Wenn es um Recht und Unrecht geht, d.h. auch um Gewissensfragen kann ich nicht den Komparativ nutzen. Das »mehr oder weniger« ist Ausdruck des Kriteriums der Zweckmäßigkeit aber nicht des Rechts.

Das Gleiche gilt auch für Relativsätze, die eine eindeutig zu treffende Aussage wieder einschränken (»Ich kann keine Menschen töten, die meine Freunde sein könnten...«).

In diesen Zusammenhang gehört auch die Benutzung des Begriffs »Vorrang« für ein von mir als Recht empfundenes Verhalten.

■ Ethische Entscheidungen im vorgenannten Sinne verstehe ich nicht als »unnötige Prinzipienreiterei«.

Recht verstanden erinnert Ethik an Lebenszusammenhänge, die im Einzelfall leicht überse-

hen werden: es geht z.B. beim Festhalten an der Wahrheit um die notwendige Vertrauensgrundlage im Verhältnis der Menschen untereinander, die durch vermeintlich zweckmäßige Unwahrhaftigkeit untergraben wird.

Bei »militärischen humanitären Einsätzen« geht es auch darum, ihrer Vorbedingungen bewusst zu werden (die Bereitstellung des Militärs, deren Kosten, die Notwendigkeit, stärker zu sein mit der damit verbundenen Aufrüstung etc.) sowie die Signalwirkung militärischer Einsätze (um einen Konflikt in meinem Sinne zu lösen, brauche ich Gewalt).

Solche Zusammenhänge aufzuzeigen, war Absicht der »Thesen«.

■ Auftrag und/oder Erfolg

- Für die gewaltfreie Tradition war spätestens seit Ghandi der Zusammenhang von Weg und Ziel, Same und Baum wesentlich. Die Anfänge dürfen klein sein, aber sie müssen stimmen.

Beispiel für solche Anfänge, die zuletzt zum Zusammenbruch eines ganzen diktatorischen Systems geführt haben, ist Vaclav Havels Schrift »Versuch, in der Wahrheit zu leben« von 1977 (der Gemüsehändler, der es leid ist, politische Propagandatafeln zwischen sein Gemüse zu stellen).

- Der Erfolg ist kein Maßstab des Rechts. Natürlich streben wir ihn auch an; er ist uns aber letztlich entzogen und kann nicht die Bedingung für unser Handeln sein (Leonard Ragaz: »Schiele nicht nach dem Erfolg. Arbeit. Der Erfolg ist Gottes.«)

Wir täuschen uns auch zu glauben, dass wir »langfristig das Militär abschaffen« können im Sinne eines erreichbaren Endzustandes.

Hannah Arendt hat in ihren philosophischen Arbeiten (»Vita activa«) darauf hingewiesen, dass politisches Handeln etwas anderes ist als die Herstellung eines Endzustandes.

Wir können z.B. auch das Wissen um die Herstellung von Atomwaffen nicht wieder abschaffen und werden deshalb im besten Falle nur für die Gegenwart die entsprechenden Waffensysteme aus dem Verkehr ziehen. Wie auch die neue Diskussion um die Folter zeigt, können in jeder Generation schon überwunden geglaubte Fragestellungen neu aufbrechen.

Letztlich ist es für uns entscheidend, auf welcher Seite wir stehen, und das uns mögliche zur nicht aufgehenden politischen Willensbildung beizutragen.

- Die Freiheit vom Kriterium des Erfolges ermutigt uns auch, trotz unserer Position als Minderheit politisch tätig zu werden und dabei ganz bewusst die Methoden der Minderheit einzusetzen: den nicht enden wollenden Dialog mit dem politischen Gegner und die Arbeit am sichtbaren Modell einer konstruktiven Alternative.

Zur Methode der Minderheit gehört es nicht, Mehrheiten zu erringen und damit dann die Anderen zu überstimmen; es geht um die Überzeugung und das Ziel der Übereinstimmung mit der angestrebten gewaltlosen Alternative.

■ Kooperation und/oder Differenz

Hier geht es um die Frage, ob und wieweit wir nicht unter Hintanstellung von Unterschieden für das gemeinsame Ziel zusammenarbeiten müssen.

- Zusammenarbeit mit anderen Menschen, Gruppen und Organisationen ist in einer pluralen Gesellschaft auf dem Weg zu angestrebten politischen Zielen selbstverständlich. Wir sind auch nicht die Einzigen auf dem Weg zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Das Wirken der Anderen erlebe ich vorwiegend als Entlastung der eigenen Begrenztheit und kann mich neidlos darüber freuen.

Für die meisten politischen Stellungnahmen und Ideen kommt es auch gar nicht darauf an, wie viele Unterschriften darunter stehen oder wer sich die Idee oder Erklärung »auf seine Fahne schreiben« kann. Es geht vielmehr um die Inhalte und ihren Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung.

- Das Bild vom Weg deutet schon an, dass viele Einzelschritte zum angestrebten Ziel notwendig sind, die als Teilziele verstanden werden können (Ächtung von Landminen und Streubomben, Abschaffung der ABC-Waffen).

Wesentlich ist bei den Schritten zu solchen Teilzielen aber, dass sie nicht indirekt oder gar direkt mit einer Legitimation des verbliebenen Restzustandes verbunden sind (»es bedarf keiner Streubomben, da andere Sprengbomben für die Wirksamkeit militärischer Einsätze ausreichen«).

- In der Regel besteht die Stärke unseres Handelns in der Gesellschaft in unserer Vielfalt und nicht im Gleichschritt einer Kooperation.

Unsere gemeinsame Schnittmenge ist immer kleiner als die Summe unserer individuellen Möglichkeiten.

Es muss auch nicht von Nachteil sein, wenn wir auf eine aktuelle politische Situation mit unterschiedlichen Stellungnahmen reagieren: Im Parallelogramm der Kräfte entsteht aus den unterschiedlichen Impulsen eine mittlere Linie. Wir müssen den sich ergebenden Kompromiss aber nicht in unseren Stellungnahmen schon vorwegnehmen, sondern sollten eindeutig und beharrlich in der Öffentlichkeit zu dem stehen, was unser eigenes Anliegen ist und was verloren geht, wenn wir es nicht unverfälscht zur Sprache bringen.

Ulrich Hahn ist Vorsitzender des Versöhnungsbunds.

»Jeder Weg besteht aus Einzelschritten.«

Als ich zum ersten Mal die 10 Thesen zum Gewaltverzicht gelesen habe, habe ich zunächst überlegt, wie für mich der Begriff Gewaltverzicht definiert ist. Er gehört für mich in die (stark sozialdemokratisch geprägte) Friedenspolitik zur Zeit des Kalten Krieges. Entsprechende Definitionen finden sich noch heute: »Gewaltverzicht war die deutsche Idee im Kalten Krieg. Sie sollte die starke Sowjetunion gegenüber der schwachen Bundesrepublik verpflichten, ihre militärische Überlegenheit nicht anzuwenden.«^{*} Dazu kam die Debatte um einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen bzw. die Drohung damit, die besonders intensiv zur Zeit der Proteste gegen den Nato-Doppelbeschluss vom 12.12.1979 bzw. die daraus resultierende Stationierung von Pershing II und Cruise missiles geführt wurde. Dieses Thema wurde im Herbst letzten Jahres in der Friedensdenkschrift der EKD wieder aufgegriffen, es ist in veränderter Form also nach wie vor aktuell.

In diesem Sinne hatte das, was Ullrich Hahn in These 3 konstatiert, »Wer eine wirksame Waffe besitzt, denkt im Konflikt von Anfang an schon an den Einsatz dieser Waffe, auch wenn er sie nicht sofort zieht«, über mehrere Jahrzehnte eine andere Bedeutung als heute. Die Bundeswehr war bis ca. 1990 eine Armee, deren Aufgabe es war, nicht zum Einsatz zu kommen. Es waren die Kultur der gegenseitigen Bedrohung, das Risiko eines Weltkriegs aus Versehen, die Feindbilder, die damals aufgebaut wurden, und die direkten und indirekten Kosten der immensen Rüstungsprogramme, die wir zu Recht kritisierten. Hätten wir vor 20 Jahren erwartet, dass das Ende des Kalten Krieges, auf das wir intensiv hingearbeitet haben, dazu führen würde, dass die Bundeswehr zu einer »Armee im Einsatz« wird? Ich zumindest habe damit nicht gerechnet.

Hier ist nicht der Ort, um die Geschichte der Bundeswehr-Einsätze seit 1992 nachzuzeichnen. Inzwischen macht sich Ernüchterung breit. Generalinspekteur Schneiderhan weist bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, dass Militär keinen Frieden schaffen kann. Dass Militär eine wirksame Waffe sein könnte, um Konflikte konstruktiv zu bearbeiten oder Frieden zu schaffen, glaubt praktisch keiner mehr. Trotzdem rufen PolitikerInnen immer wieder nach Militäreinsätzen oder begründen, warum diese auf keinen Fall beendet werden können. Diesen Widerspruch sollten wir beharrlich aufzeigen.

Nun ist Ullrich Hahns Hauptthema aber nicht der rein sicherheitspolitisch definierte Gewaltverzicht, sondern die Gewaltfreiheit. »Es geht nicht um ein Mehr oder Weniger, um ein Vorher oder Nachher, sondern um ein Entweder-Oder, um ein gewaltfreies Leben und Handeln statt militärischer und anderer gewaltsamer Methoden in den zwischenmenschlichen und internationalen Beziehungen.« (These 8).

Können wir wirklich trennscharf sagen, ob eine Handlung militärisch bzw. gewaltsam oder gewaltfrei ist? War der Einsatz von Soldaten am Elbedeich während des Hochwassers 2002 ein Gewaltakt? Kann ich mich noch gewaltfrei nennen, wenn ich im Hauptberuf Beschäftigte einer obersten Bundesbehörde und damit Teil des Staates bin? Wir wissen spätestens seit Johan Galtung, dass wir in gesellschaftlichen Strukturen leben, die uns, ob wir es wollen oder nicht, zu einem Teil eines Weltwirtschaftssystems machen, das gegenüber den Menschen in der Dritten Welt extrem gewalttätig auftritt, in den meisten Fällen ohne den Einsatz von Militär. Wo kriege ich fair gehandeltes Benzin oder einen fair gehandelten Computer her? Mit was für Strom fährt der Zug, mit dem ich zu friedenspolitischen Tagungen fahre?

Ullrich Hahn hat in seinem Statement, auf das ich mich hier beziehe, neben gewaltfrei – gewaltsam drei weitere Gegensatzpaare formuliert:

Wahrheit vs. Taktik | Auftrag vs. Erfolg | Kooperation vs. Differenz

Ich möchte zu allen drei Begriffspaaren etwas anmerken.

Für jeden Menschen stellt sich die Wahrheit etwas anders dar. Zentraler Bestandteil jeder konstruktiven Konfliktbearbeitung ist es, die Wahrheit des oder der jeweils anderen zu respektieren. Das hat nichts mit Taktik zu tun, trotzdem relativiert sich dadurch meine eigene Wahrheit. Möglicherweise verändert sie sich in diesem Prozess auch. Für mich ist es, anders als es Ullrich Hahn für sich selber formuliert, auch durchaus wichtig, in meiner politischen Arbeit Erfolge zu erzielen. Natürlich nicht dadurch, dass ich meine Ziele dem anpasse, was realisierbar erscheint, sondern indem ich herauszufinden versuche, welche konkreten politischen Forderungen Schritte in die richtige Richtung sein könnten und mich dann auf die konzentriere, die ich zum jeweiligen Zeitpunkt für durchsetzbar halte. Das erfordert einen langen Atem und viel Geduld. Und schließlich setze ich eher auf gezielte Kooperation als auf das Betonen von Differenzen.

^{*} Egon Bahr 1999 in einer Analyse der unterschiedlichen Sichtweise der europäischen Staaten und der USA für die „Zeit“ (www.zeit.de/1999/25/Das_Prinzip_Gewaltverzicht)

Es gibt viele Forderungen, die weit über die klassische Friedensbewegung hinaus akzeptiert sind. Es gibt breite Konsense gegen den Einsatz oder sogar gegen den Besitz von ABC-Waffen. Das vollständige Verbot von Landminen und Streubomben scheint zwar nicht sicher, aber doch denkbar. Rüstungsexporte werden breit kritisiert. Deutschland und andere europäische Länder haben sich 2003 geweigert, Truppen für den Irakkrieg zur Verfügung zu stellen. In all diesen Bereichen ist zwar noch ein weiter Weg zu gehen, aber die Richtung stimmt. Für Kooperationen gibt es für mich zwei entscheidende Fragen: Ist die politische Forderung, die gemeinsam gestellt wird, ein Schritt in die richtige Richtung? Wenn ja, besteht die Gefahr, dass sie mir andere Wege verbaut oder nicht? Es kann manchmal sinnvoll sein, nur einen Minimalkonsens zu formulieren, um keine Forderungen mittragen zu müssen, die aus eigener Sicht kontraproduktiv sind.

Wir wissen ja sehr genau, dass Frieden kein Zustand, sondern ein Prozess ist. Dasselbe gilt für Abrüstung, und es gilt auch für Konflikttransformation unterhalb der Ebene militärischer oder sonst wie physisch manifester Gewalt. Ein Weg ist durch Zwischenschritte charakterisiert, ein Prozess durch Zwischenziele. Not, Unfreiheit und Gewalt sind meist eng miteinander verknüpft. Sie lassen sich weder alle drei auf einen Schlag abschaffen noch jeweils einzeln betrachten. Wie können Prozesse zur synchronen Reduzierung von Not, Unfreiheit und Gewalt angestoßen oder gefördert werden? Welche Mittel sind dafür tauglich, welche Akteure können diese Prozesse vorantreiben oder aber behindern?

Wir haben in der Friedensbewegung nicht nur gelernt, dass Frieden ein Prozess ist. Wir haben auch gelernt, dass eine erfolgreiche Konflikttransformation bedeutet, dass die Konfliktparteilichen sich darauf einlassen, die Beweggründe der anderen Beteiligten, ihre Anliegen und Bedürfnisse wahrzunehmen und ernsthaft zu prüfen, was davon berechtigt ist, wenn sie sich zumindest versuchsweise auf die Perspektive der anderen einlassen. Jede(r) von uns kennt Menschen, die ursprünglich unsere pazifistischen Positionen teilten und auf Grund der Ereignisse in Bosnien-Herzegowina oder angesichts der Menschenrechtsverletzung im Kosovo zu BefürworterInnen militärischen Eingreifens geworden sind. Wie gehen wir unter Berücksichtigung unserer eigenen Prinzipien mit diesen Menschen um? Was hat sie zu ihrem Umdenken bewogen? Nehmen wir sie so ernst, wie wir umgekehrt von ihnen ernst genommen werden möchten? Was geht in einem jungen Mann vor, der als freiwillig längerdienender Wehrpflichtiger oder als Zeitsoldat in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo oder in Afghanistan war oder ist? Warum stimmen Abgeordnete der SPD oder der Grünen für Rüstungsexporte oder Militäreinsätze, die von der

Mehrheit der Mitglieder ihrer Parteien abgelehnt werden? Wenn ich mit PolitikerInnen diskutiere und feststelle, dass sie wie ich – allerdings von anderen Grundpositionen aus – einen finanziellen und personellen »Vorrang für Zivil« für einen Schritt in die richtige Richtung halten, darf ich diesen Schritt dann mit ihnen gemeinsam gehen oder muss ich sagen: »Ich arbeite mit niemandem zusammen, der meine Grundposition nicht vollständig teilt?« Wenn es 1998 genug OSZE-BeobachterInnen gegeben hätte, vielleicht sogar mit einer Ausbildung, wie sie das ZIF, die schwedische Folke-Bernadotte-Akademie inzwischen anbieten oder gar als ausgebildete Friedensfachkräfte, hätte es einen Ausweg aus dem Dilemma gegeben, das heute von vielen damals beteiligten Grünen als »Wahl zwischen zwei falschen Alternativen« bezeichnet wird (wobei wir inzwischen wissen, dass sie ihre Entscheidung auf Grund gezielter Falschinformationen getroffen haben, aber das nur nebenbei). Ich vermute, dass der Kosovo-Krieg mit dem heutigen Instrumentarium zivilen Eingreifens hätte verhindert werden können, weil wir den maßgeblichen politischen Akteuren einen auch aus ihrer Sicht praktikablen dritten Weg hätten aufzeigen können. Die Suche nach kreativen dritten Wegen, die etwas qualitativ Neues darstellen, ist für mich das Reizvolle am Aufeinandertreffen verschiedener Positionen. Es setzt voraus, dass verschiedene Positionen explizit ausformuliert werden, so wie es Ullrich Hahn mit seinen »10 Thesen zum Gewaltverzicht« gemacht hat.

Als wir im BSV-Vorstand vor gut einem Jahr die Idee für »Vorrang für Zivil« formulierten, hatte ich keine Ahnung davon, welche Diskussionen wir mit dem Begriff »Vorrang« auslösen würden. Aber unter dem Strich ist herausgekommen, dass die, die sich für dieses Projekt zusammen gefunden haben, sorgfältiger nachgedacht und formuliert haben als das ohne die kritischen Rückfragen der Fall gewesen wäre, und dafür bin ich dankbar. Wir haben das Konzept für »Vorrang für Zivil« in diesem Frühjahr verändert, weil sich eine klassische Kampagne nicht als realisierbar erwies. Stattdessen zeichnet sich etwas ab, was als eine Art gemeinsames Dach für gleichgerichtete Aktivitäten verschiedener Gruppen bezeichnet werden könnte. Die Grundidee ist, das Gemeinsame vieler verschiedener Aktivitäten im Bereich ziviler Krisenprävention/gewaltfreier Konflikttransformation sichtbar und sie damit wirksamer zu machen. Alle Organisationen, die Materialien, Veranstaltungen usw. in ihrem Programm haben, die zu »Vorrang für Zivil« passen und die bereit sind, sie unter dieses Motto zu stellen, sind herzlich dazu eingeladen.

Ute Finckh ist Vorsitzendes BSV (Bund für Soziale Verteidigung) und Mitglied der Forum Pazifismus-Redaktion.

Werner Boldt

Politischer Geist und geschundener Leib

Zum 70. Todestag Carl von Ossietzkys

In der Familie Ossietzky gibt es einen Siegelring, den jetzt Ossietzkys Enkel Ebbe Palm besitzt. Er zeigt ein Schwert zwischen zunehmendem und abnehmendem Mond, was heißen soll, dass sein Besitzer jederzeit bereit ist. Was Carl von Ossietzky von diesem Ring gehalten hat, weiß ich nicht. Aber er zeigt etwas von seinem Charakter: Unbeugsam für eine Sache eintreten, die man für gerecht erachtet, auch wenn man sich damit zum Außenseiter macht (vielleicht auch: Gerade, weil man sich damit zum Außenseiter macht).

Auch der Literat, der Publizist führt, so schrieb Ossietzky einmal in einer Laudatio auf Stefan Großmann, den Herausgeber des »Tage-Buchs«, eine Klinge, freilich einen Degen zum eleganten Attackieren und nicht ein Schwert zum plumpen Dreinschlagen.

Ossietzky wurde als Sohn ober-schlesischer Zuwanderer in Hamburg 1889 geboren. Sein Vater war Sekretär bei einem angesehenen Rechtsanwalt, seine Mutter betrieb einen Milchausschank. Sie war evangelisch, ihr Mann katholisch. Ossietzky wurde katholisch getauft und nach dem frühen Tod seines Vaters bei einer Tante streng katholisch erzogen. Nach der Rückkehr zu seiner Mutter, die wieder geheiratet hatte, wurde er konfirmiert. Für die Kirche war Ossietzky verloren. Er sah in ihr eine Veranstaltung, die den Geist eher diszipliniert als befruchtet, und politisch war dem angehenden Demokraten das Bündnis von Thron und Altar höchst zuwider. Aber er wurde doch kein Eiferer gegen die Religion. Für religiöses Verhalten, das sich nicht in leer laufender Gewohnheit erschöpft und sich nicht zu politischen Zwecken instrumentalisieren lässt, konnte er Verständnis aufbringen.

Zuweilen ist zu lesen, dass die Ossietzkys bei der Geburt ihres Sohnes im Gängeviertel gewohnt hätten, also in den Hamburger Slums, in denen einige Jahre später die Cholera wütete. Tatsächlich wohnten sie in einer Strasse, die, das Gängeviertel begrenzend, zum Michel, der Hauptkirche der Hamburger Bürgerschaft führte. Dieser Wohnsituation mag man symbolische Bedeutung für den späteren Lebensweg des jungen Ossietzky abgewinnen können. Auf die sonntäglichen Karossen des honorigen Bürgertums schauend, im Rücken die sozial verelendenden Unterschichten – das ist die gesellschaftliche Stellung des Kleinbürgers, der vor der Entscheidung steht, ob er den Anschluss an die Oberschichten gewinnen und Karriere machen,

oder ob er sich an der Seite der »Underdogs«, des einfachen Volkes gegen soziales Unrecht engagieren und einer schönen Menschheitsidee folgen will. Ossietzky entschied sich für die zweite Möglichkeit. Aber wie er aus bürgerlichem Stolz den Umgang mit gehobenen Kreisen mied, so hielt er in seinem bürgerlichen Selbstverständnis auch Distanz zu den Unterschichten. Es kam ihm nie die Überlegung, Mitglied einer Arbeiterpartei zu werden. Als Bürgerlicher gehörte er da nicht hin.

Beruflich bot sich ihm zunächst nur eine miese kleinbürgerliche Existenz. Nachdem er den Abschluss zum Einjährig-Freiwilligen (= Mittlere Reife, Realschulabschluss) nicht bestanden hatte, weil die Mathematik aufgeteilt war in Geometrie, Algebra und Rechnen und er in allen drei Fächern ein Mangelhaft hatte, wurde er Hilfsschreiber am Hamburger Amtsgericht, immerhin eine Stelle, die ihm die Heirat mit Maud Hester Woods, der Tochter eines englischen Kolonialoffiziers, ermöglichte. Die Ehe hielt, 1919 wurde die Tochter Rosalinda geboren, aber ein Familienleben führten die Ossietzkys nicht, sie hatten nicht einmal eine eigene Wohnung.

Das Interesse zum Beruf gemacht

Maud, die sich in England als Frauenrechtlerin betätigt hatte, bestärkte ihren Mann, aus seinem Interesse an Theater und Politik einen Beruf zu machen. Ossietzky hielt kleine Vortragsabende gegen Bezahlung und schrieb politische Artikel. Diese Tätigkeit war immerhin so einträglich, dass er seine Arbeit am Amtsgericht aufgeben konnte. Seine politischen Artikel veröffentlichte Ossietzky im »Freien Volk«, dem Organ der »Demokratischen Vereinigung«. Diese politische Gruppe war unter dem Bülow-Block entstanden, einer vom Reichskanzler von Bülow gegen die Sozialdemokratie betriebenen Sammlung aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums. Vorsitzender war Rudolf Breitscheid, der nach einem Wahldebakel 1912 zur SPD ging, was ihm Ossietzky nie verziehen hat. Sein Nachfolger wurde Hellmut von Gerlach, der sein politisches Engagement als Konservativer begann, dann den »Nationalsozialen Verein« Friedrich Naumanns mitbegründete, bis er sich schließlich zum Pazifisten und entschiedenen Demokraten wandelte (*Red.: siehe Karl Holl: Demokratischer Pazifist und unbeirrbarer Freund Frankreichs. Der Pa-*

7

zifist Hellmut von Gerlach. In *Forum Pazifismus* 14, Seite 18 ff.). In dieser Eigenschaft übernahm er nach dem Krieg in Berlin eine zeitlang für Ossietzky die Rolle eines Ziehvaters.

Die Demokraten waren der Auffassung, dass die von ihnen erstrebte Einführung des parlamentarischen Regierungssystems nur im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft zu bewerkstelligen sei, »die nun einmal«, wie Breitscheid in einer Flugschrift schrieb, »zum größten Teil in der Sozialdemokratie organisiert ist.«¹⁾ Das Zusammengehen von Bürgertum und Arbeiterschaft war und blieb für Ossietzky die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung von Demokratie. Das galt auch später in der Anfangszeit der Weimarer Republik. Er favorisierte die Weimarer Koalition und nicht etwa ein Bündnis der beiden Arbeiterparteien MSPD und USPD. Die Ausrichtung auf die MSPD ist bei einem Pazifisten bemerkenswert, hatte sich doch die Sozialdemokratie nicht an einer spezifisch sozialistischen Frage gespalten oder an der Frage von Reform oder Revolution, sondern an der Frage von Krieg und Frieden. Die sich schon vor dem Krieg anbahnende Spaltung in Reformen und Revolutionäre wurde überlagert von der Spaltung in Kriegs- und Friedenssozialisten. Ossietzky war kein pazifistischer Doktrinär. Er verabscheute Gewalt generell, gleich, wer sie in welcher Weise und zu welchem Ziel übte.

Das Spezialgebiet, das sich Ossietzky suchte und das seine politische Publizistik prägen sollte, war Kritik an Militär und Militarismus. Ihm verdankte er seine erste Verurteilung, weil er das Erfurter Kriegsgericht beleidigt hatte. In der Weimarer Republik sollten wegen Artikeln, die er als Redakteur zu verantworten hatte, weitere Prozesse und Verurteilungen folgen, und immer war das Militär sein Kontrahent. Das Erfurter Gericht hatte Reservisten verurteilt, die sich randalierend auf dem Heimweg von einer Übung mit Polizisten angelegt hatten. In der Öffentlichkeit löste die Höhe der Strafen Empörung aus, es wurde aber auch die Zuständigkeit eines Kriegsgerichts statt eines zivilen Gerichts beanstandet. Ossietzky schrieb dazu, grundsätzlich werdend:

»Diese Justiz will nicht prüfen und wägen, wie die bürgerliche – es soll. Sie will auch nicht vergelten. Sie überzahlt. Sie hat die Aufgabe, den »Untertanen« an das Prinzip der Autorität, der unbedingten Disziplin zu erinnern. Sie hat ihm die Grenzen seiner Freiheit zu zeigen. Das bürgerliche Leben bringt eine höchst gefährliche Gleichmacherei mit sich. Also muß daran erinnert werden, dass es noch Klassen gibt. Das ist die Aufgabe der Kriegsgerichte.« (I 38)

Wir dürfen uns von dem Wort »Klassen« nicht auf die falsche Fährte locken lassen. Ossietzky folgt

nicht dem marxistischen Sprachgebrauch der Sozialdemokratie. Er denkt in der Tradition bürgerlicher Demokratie. Klassenaufhebende Gleichmacherei resultiert nicht aus dem proletarischen Klassenkampf, sondern aus dem bürgerlichen Leben. Und wenn Kriegsgerichte die Aufgabe haben, die Existenz von Klassen in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, dann, so verstehe ich Ossietzky, aus dem Grunde, weil das Militär mit der Scheidung von Disziplinierenden und Disziplinierten, von Offizieren und Mannschaften einer entsprechend gearteten, also in »Klassen« gespaltenen Gesellschaft bedarf.

■ Kriegserfahrungen: selbstaufgelegte Disziplin anstatt Kadavergehorsam

Der Krieg setzte in Ossietzkys Leben eine scharfe Zäsur. Belagerungszustand und Zensur entzogen dem Demokraten die Existenzbasis. Ossietzky kehrte zum Amtsgericht zurück. Aber im weiteren Sinne übte er weiterhin politische Tätigkeiten aus; er hielt Vorträge und schrieb Artikel in der Deutschen Friedensgesellschaft und im Deutschen Monistenbund. Das waren keine Ersatzbeschäftigungen für verloren gegangenes politisches Engagement, sondern eine Regression oder auch Rückbesinnung vom politischen Alltagsgeschäft auf Werte, die aller Politik zugrund liegen sollten: auf Pazifismus und Humanismus. Die Friedensgesellschaft sollte ihm nach dem Krieg mit der Stellung eines Sekretärs beim Vorsitzenden Ludwig Quidde eine Existenzmöglichkeit bieten, aber im Monistenbund fühlte er sich eher zu Hause. Man darf sich diesen Bund nicht engstirnig, borniert, gar sektiererisch vorstellen. Das monos verleitet dazu. Tatsächlich aber wurde weniger Wert auf eine einheitliche Welterklärung auf materialistisch-naturwissenschaftlicher Basis im Sinne Ernst Haeckels gelegt als auf ein breiter gestreutes Freidenkertum und damit auf das Zurückdrängen von reaktionärer Obrigkeit und kirchlicher Orthodoxie aus dem kulturellen Leben, insbesondere aus Schule und Erziehungswesen. Das waren Themen, denen sich Ossietzky gerne und nicht ohne Hingabe zuwandte.

1916 wurde Ossietzky als Armierungssoldat, vulgo: Schipper, an die Westfront eingezogen. Wir wissen nichts von seinen Kriegserlebnissen. In seinen Briefen an seine Frau geht es nur um unerquickliche, andauernde Streitigkeiten, die diese mit ihren Schwiegereltern hatte. Und doch dürften ihn die Erfahrungen, die er im Krieg gemacht hatte, tief geprägt, in seinen pazifistischen und humanistischen Einstellungen bestärkt haben. Ossietzky, der den Militarismus hasste und ihn ohne große Rücksichtnahme auf das eigene Wohlergehen bekämpfte, erfuhr die schönsten Augenblicke seines Lebens im Militär, im geschlagenen, sich auflösenden Militär. Jahre später gab er seine Erinnerungen daran in einem längeren Artikel wieder:

1) Zit. n. Fricke in: Boldt/Grahoff/Kraiker: Carl von Ossietzky – Sämtliche Schriften in 8 Bänden; Reinbek 1994; Band I, Seite 499. Alle nachfolgenden Zitate sind ebenfalls dieser Quelle entnommen.

»Man wirft den Soldatenräten vielfach vor, sie hätten die Offiziere infamiert und den Rest von Disziplin beseitigt. Das ist wieder unberechtigt. Denn einmal waren unter den Soldatenräten sehr viele Frontoffiziere, meistens jüngere, unternehmungslustige Männer, die das Vertrauen ihrer Leute genossen, zum anderen aber waren bestimmte höhere Chargen, namentlich die Stäbe, tatsächlich überflüssig geworden. Sie sahen das ein und traten ab. (...) Diejenigen aber, die sich wirklich mit ihren Mannschaften verbunden fühlten, oder deren Begehung und Tatkraft ihnen ruhmloses Zurücktreten unmöglich machte, stellten sich zur Verfügung. Sie waren Führer aufgrund von Intelligenz und Kapazität – auch ohne Patent und Privileg. Sie fanden sich mühelos mit denen ohne Charge. So entstand im Laufe von wenigen Tagen ein neues volkstümliches Führertum, das sogleich Vertrauen genoß und ein hohes Maß von Autorität. (...) Durch das natürliche und entschlossene Zusammenarbeiten der Fähigen ohne Unterschied des Ranges war über Nacht eine ganz neue Form von Organisation entstanden, eine Organisation, die nicht auf Strafandrohungen fußte. (...) Frei von Kadavergehorsam und Drill und Schikane und allem, was das alte System so verhasst gemacht hat, mit volkstümlichen Führern an der Spitze, in selbstaufgelegter Mannszucht, so ging der letzte Marsch der alten Armee vor sich. (...) Sie war nicht mehr Instrument, sondern lebender Organismus. Es ist ein tragikomischer Aphorismus der Weltgeschichte, dass der Geist der Demokratie, den das preußische System stets wie ein tödliches Gift vom Heere ferngehalten hat, diese letzte große Tat erst möglich machte.« (II 402 ff.)

Ossietzky projiziert sein Ideal eines sozialen Lebens auf eine Wirklichkeit, die hässlicher ausgesehen haben dürfte, aber immerhin eine solche Projektion zuließ, nicht zuletzt wegen ihrer Flüchtigkeit und Abnormität. Seine Vorstellungen von volkstümlichem Führertum anstelle von Chargen, von selbstaufgelegter Mannszucht anstelle von Kadavergehorsam dürften auch in seine politischen Urteile eingeflossen sein, in seine Kritik an Parteien, ihren Bonzen, ihren Bürokratien, die den lebenden Organismus Demokratie für ihre egoistischen Zwecke instrumentalisieren. Wir finden ähnliche Kritik an Parteien auch anderweitig, bei Robert Michels und Max Weber, aber bei Ossietzky resultiert sie nicht aus soziologischen Untersuchungen, sondern aus einem tiefgreifenden Erlebnis; damit wird sie empfindsamer, härter, zuweilen auch ungerichtet.

In der Novemberrevolution spielte Ossietzky keine Rolle; die Revolution spielte für ihn keine Rolle, jedenfalls nicht die zentralen Themen, die die Revolution stellte: Räte und/oder Parlament, Sozialisierung. An den berühmten, auf Reichsebene diskutierten und beschlossenen Vorschlägen des Hamburger Soldatenrats zur Demokratisierung

des Militärwesens hat der leidenschaftliche Hamburger Antimilitarist keinen Anteil. Er gehörte dem Rat nicht an, er kümmerte ihn gar nicht.

■ Revolution und/oder Reformation

Im Juni 1919, die Revolution war noch kein Jahr alt, konstatierte Ossietzky das Versagen der politischen und der sozialen Revolution. Politisch würden sich die alten Zelebritäten spreizen, »die von Rechts wegen schon seit einigen Jahrzehnten in den Reliquienschrein gehörten«, und das Volk würde sich in Parteigezänk zersplittern; die wirtschaftliche Umformung würde dauernd verschoben, Anarchie, Egoismus und Schiebertum würden Triumphe erleben wie einst im »Kriegsspekulanten-tum«. Bleibt die »geistig-sittliche«, die »seelische« Revolution. Sie ist für Ossietzky die grundlegende; denn sie ebnet den Boden für die Durchsetzung politischer und sozialer Ideale. Genau genommen ist sie gar keine Revolution, sondern Reformation; sie ist die »neue Reformation«. »Revolution«, so fordert Ossietzky, »muß Reformation werden, Durchsetzung der Köpfe mit neuem Geist.« Vor allen Änderungen in den politischen und sozialen Verhältnissen geht ihm die Bildung des »autonomen Menschen«, und so schildert er ihn:

»Mitten im Grauen des Krieges haben wir neues Menschentum geahnt. Können wir es erklären? Nein, wir wissen nur eines: es war der Gegensatz zu unserem ganzen Tun und Treiben. Wir müssen den Menschen schaffen, der über keine Tradition mehr stolpert. Wir müssen den Menschen schaffen, dem kein Staat, keine Partei mehr befehlen darf: Du sollst töten! oder: Du sollst dich töten lassen! Wir müssen den Menschen schaffen, der nicht mehr die Geißel des Hungers kennt. Wir müssen den Menschen schaffen, frei in seinem Gewissen, von keiner Instanz beeinträchtigt. Wir müssen den autonomen Menschen schaffen, durch nichts gebunden als durch das Bewußtsein, daß Millionen sein Schicksal teilen. Wir wollen nicht mehr die Zwangsorganisation, die die alte Welt in den Abgrund getrieben hat, sondern nur die Bindung aus Erkenntnis, aus Wissen, aus freier Wahl. (...) Der leidende und versklavte Mensch findet wieder zu sich selbst, wird wieder der »Einzig«. Wie einst der Mönch von Wittenberg das vom Oberpriester der Christenheit gekettete Buch erlöste, so entfaltet er innig und glaubensvoll die lange vergessene weiße Fahne der Menschlichkeit, die oft verhöhnt und mit Schmutz beworfen wurde, und die dennoch siegreich in den Lüften wehen wird, wenn die blutbedudelten Standarten der Nationen längst in den Staub gesunken sind.« (I 121, 125 u. 126 f.)

In einer internen und heftigen Kontroverse der Hamburger Pazifisten war Ossietzky als Wortführer gegen ein Mitglied aufgetreten, das aufgrund nationaler Identifikation mit der kaiserlichen Regierung schon zu Kriegszeiten Alfred Fried ange-

griffen hatte, der im Krieg in die Schweiz emigrieren musste. Pazifist und durch und durch Republikaner, duldeten Ossietzky keine Nachsicht gegenüber dem Kaiserreich, keine verständnisvollen Entschuldigungen, und Angriffe auf den von ihm hoch verehrten Fried, der als Mitbegründer der Friedensgesellschaft ein pazifistisches Urgestein von streng internationaler Ausrichtung war, duldeten er schon gar nicht. Von Berlin aus bezog auch Quidde Stellung, und er dürfte in seinem Hamburger Mitstreiter den geeigneten Kandidaten für die Besetzung der Sekretärsstelle in der Friedensgesellschaft entdeckt haben.

■ Vom DFG-Sekretär zum Redakteur

Nachdem Ossietzky schon im Januar 1919 erneut bei der Hamburger Justizbehörde gekündigt hatte, verschaffte ihm die neue Stelle, die er im August 1919 antrat, ein gesichertes Auskommen; darüber hinaus führte sie ihn in politische Kreise ein, auch außerhalb der Friedensgesellschaft, die seinen politischen Horizont erweiterten und ihn zu einem führenden politischen Publizisten reifen ließen. Die Arbeit als Sekretär konnte seine publizistischen Bedürfnisse auf Dauer nicht befriedigen. Bald wurde er Mitarbeiter an der »Berliner Volkszeitung« (BVZ), in deren Redaktion er nach Kündigung seiner Tätigkeit bei der Friedensgesellschaft eintrat.

Die von Otto Nuschke, einem Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) (und nach dem Zweiten Weltkrieg Vorsitzender der Ost-CDU), redigierte BVZ verfügte über allerfeinste demokratische Tradition. Sie war aus der in der 48er Revolution gegründeten »Urwähler-Zeitung«, einem demokratischen Massenblatt, hervorgegangen. Als erste Zeitung in Deutschland brachte sie Leitartikel, die das politische Geschehen kritisch kommentierten. Geschrieben waren sie von Aaron Bernstein, dem Führer der jüdischen Reformbewegung. Nach dem Verbot 1853 ließ sie der Verleger Franz Duncker, später ein Mitbegründer der Fortschrittspartei und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, unter dem Titel »Berliner Volkszeitung. Organ für Jedermann aus dem Volke« neu erscheinen. Franz Mehring, der später zur Sozialdemokratie ging und im Krieg mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den Spartakusbund begründete, gab ihr das politische Profil. Als der Verleger Rudolf Mosse sie erwarb, wurde die BVZ das Hinterhausorgan für die Schuster und Schneider und somit das Gegenstück zu dem von Theodor Wolff redigierten »Berliner Tageblatt«, dem vornehmen Flaggschiff des Konzerns und der nach der »Frankfurter Zeitung« renommiertesten demokratischen Tageszeitung in Deutschland. Der Publizist Ossietzky fand an der BVZ eine ihm gemäße Wirkungsstätte. Auch als Pazifist fand er sie. Er wurde verantwortlicher Redakteur für die Außenpolitik.

■ Entwerteter Völkerbund

Für Pazifisten bildete der Völkerbund das A und O der Außenpolitik. Es bildeten sich zwei Richtungen heraus: eine völkerrechtliche und eine demokratische. Die völkerrechtliche begriff den Völkerbund als einen Bund souveräner Staaten, die zum Zwecke der Friedenswahrung zusammenkamen. Die demokratische wollte statt eines Bundes von Staaten einen von Völkern, gebildet von Parlamentariern und Vertretern von Massenorganisationen internationalen Zuschnitts. Dieser Idee eines »wahren Völkerbundes« hing auch Ossietzky an. Er blieb Idee. Der wirkliche Völkerbund aber stellte nicht einmal einen Bund der Staaten dar, sondern einen Ort regelmäßiger, aber entscheidungsarmer Treffen, auf denen die Dominanz der großen Staaten über den Bund nicht ernsthaft in Frage gestellt wurde. Die Umstände, unter denen Deutschland 1926 dem Völkerbund beitrug, ließen das deutlich vor Augen treten. Ossietzky sah in ihnen eine Entwertung des Völkerbundes, die ihm höchlichst missfiel.

»Wenn mir vor zwei Jahren Jemand gesagt hätte, ich würde am Tag des deutschen Eintritts in den Völkerbund sehr gelassen und nicht ganz interessiert die Zeitungsberichte überfliegen, ich hätte dem Propheten ins Gesicht gelacht«, schrieb er. Was war »vor zwei Jahren« und was hatte sich seitdem gewandelt? Vor zwei Jahren gab es in Frankreich unter Herriot und in England unter MacDonald linke Regierungen, die dem Pazifismus zugehört waren. MacDonald bot Deutschland den Beitritt zum Völkerbund an, doch Stresemann zeigte sich nicht sonderlich erfreut. Er erklärte die grundsätzliche Bereitschaft Deutschlands zum Beitritt, machte ihn aber von zwei Bedingungen abhängig. Die erste: Deutschlands müsse ein ständiger Ratsitz zugesprochen werden; und die zweite: Deutschlands Verpflichtung zur Beteiligung an Sanktionen müsse eingeschränkt werden. Mit der zweiten Bedingung wollte Stresemann der Gefahr vorbeugen, dass Deutschland ein Durchmarschgebiet in einem Krieg des Westens gegen die Sowjetunion werden könnte. Da eine solche Gefahr gerade unter Linksregierungen nicht bestand, wollte Stresemann wohl nur seinen konservativen Landsleuten entgegenkommen, die von einer dominanten Stellung Deutschlands träumten, die es sich dadurch verschaffen könnte, dass es Osten und Westen gegeneinander ausspielt.

In Ossietzky, der eindeutig nach Westen orientiert war, fanden solche Überlegungen einen scharfen Gegner. Statt einer Politik der freien Hand, eines »artistischen Spiels« mit mehreren Bällen zugleich à la Bismarck forderte er eine zuverlässige und berechenbare, eine der »pedantischen Redlichkeit«. (III 244) In der aktuellen Situation maß er indessen der ersten Bedingung mehr Gewicht bei. Denn diese führte zu Komplikationen. Andere Mitgliedstaaten meldeten ebenfalls Ansprüche an,

und schließlich verließ Spanien »verschnupft« den Völkerbund.

Zu den vom Verhalten Deutschlands ausgelösten Querelen kam erschwerend hinzu, dass die deutsche Regierung grundsätzlich einen Weg einschlug, der den Völkerbund entwertete. Bevor Stresemann nach Genf ging, ging er nach Locarno. Auf dieser Konferenz war Deutschland nicht mehr der Besiegte, es war ein Partner, der auf gleicher Augenhöhe verhandelte. Locarno bedeutete die Wiederherstellung des Konzerts der großen Mächte mit allen nachteiligen Folgen für die kleineren. Die Großmacht Deutschland verständigte sich mit der Großmacht Frankreich über die Grenzen, mit dem kleineren Polen verständigte sie sich nicht. Dem West-Locarno folgte kein Ost-Locarno. In München sollten die Tschechen die Folgen dieser Wiederaufnahme der Vorkriegspolitik in noch in viel gravierender Weise als die Polen in Locarno erfahren.

Die Bilanz, die Ossietzky wenige Wochen vor dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zog, war niederschmetternd für jeden, der sich von der Gründung des Völkerbundes eine neue Art internationaler Politik erhofft hatte:

»Ist der Fall Völkerbund überhaupt noch kurierbar?«, fragte Ossietzky und gab zu überlegen: »Selbst 1924 wäre der Eintritt Deutschlands noch ein großes moralisches Ereignis gewesen. Denn damals bestanden noch Möglichkeiten, den Völkerbund wirksam zu machen. Da zerschnitt Stresemann den Faden. Denn was unsre Außenpolitik an überstaatlicher Organisation goutieren kann, das ist nicht der Friedensbund demokratischer Nationen mit fester Bindung der Mitglieder, sondern ein zu nichts verpflichtender Honoratiorenkonvent, wo man sich auf der Bank der Großmächte dicke tut. (...) Das Deutschland Herrn Stresemanns steht heute, nach offizieller Lesart, »kühl und sachlich« vor der Tür. Wartet kühl und sachlich auf den Ausgang der vor ihm angerichteten Verwirrung. Was für eine Veranlassung bestand zum Beispiel, gegen Spaniens Ratssitz zu protestieren? Die Antwort ist so einfach: die Herren wollen im Triumph in den Völkerbund. Es muß etwas Prestige dabei sein, jemand muß sich darüber giften, sonst macht der ganze Pazifismus keinen Spaß.« (III 254 f.)

Ossietzky kommentierte nicht nur als Pazifist das politische Geschehen, er griff auch selber ein. Im Kreis der Journalisten an der BVZ entstand der Plan, jährlich zum Tag des Kriegsausbruchs einen Antikriegstag zu begehen. Daraus erwuchs die »Nie wieder Krieg«-Bewegung, der viele Organisationen angehörten, deren Massenanhänger aber von der Arbeiterschaft, insbesondere von der USPD gestellt wurde. Als diese Partei nun sich zwischen MSPD und KPD aufteilte und die Gewerkschaften einen eigenen internationalen Antikriegstag ausrichteten, war das Ende der Bewegung gekommen. 1924 trat sie zum letzten Mal an die Öffentlichkeit, deren Aufmerksamkeit allerdings mehr von einer

Gedenkfeier für die deutschen Opfer des Weltkrieges in Anspruch genommen wurde, auf der Ebert als Reichspräsident sprach.

Der Pazifismus muss politisch werden

In diesem Jahr sagte sich Ossietzky von den organisierten Pazifisten los. Bitter rechnete er mit seinen Gesinnungsfreunden ab:

»Der Pazifismus Herriots und Macdonalds ist politisch, das heißt, real fundiert, beweglich und deshalb auch bewegend. Er arbeitet mit den Mitteln der Politik. Der deutsche Pazifismus war immer illusionär, verschwärmt, gesinnungsbesessen, argwöhnisch gegenüber den Mitteln der Politik, argwöhnisch gegen die Führer, die sich dieser Mittel bedienten. Er war Weltanschauung, Religion, Dogmatik, ohne daß sich etwas davon jemals in Energie umgesetzt hätte. Deshalb mochte es ihm gelegentlich gelingen, ein paar Parolen populär zu machen, Versammlungserfolge zu erzielen, organisatorisch hat er niemals die Massen erfasst. Das Volk blieb immer beiseite. (...) Und da gerade liegt das Entscheidende: der Pazifismus muß politisch werden und nur politisch. Die notwendigste Idee unserer Zeit darf nicht zum Steckenpferd kleiner Prinzipienjockeys werden. Der Weg zum Volk muß gefunden werden, damit das deutsche Volk endlich wieder den Weg zu den Völkern findet.« (II 373 ff.)

Abseits vom Pazifismus suchte Ossietzky 1924 einen eigenen Weg zum Volke, und der führte ihn direkt in ein Desaster. Er stürzte sich, wieder vornehmlich mit Kollegen von der BVZ, in das Abenteuer, eine eigene Partei zu gründen, mit der man sich an den bevorstehenden Reichstagswahlen beteiligen wollte. Zu dieser Zeit regierte im Reich eine bürgerliche Koalition, die von der DVP (Deutsche Volkspartei) über das Zentrum bis zur DDP reichte. War das auch noch nicht der von Ossietzky perhorreszierte Bürgerblock, so war doch die SPD ausgeschlossen. Das Bündnis von bürgerlicher und proletarischer Demokratie, für Ossietzky die Grundlage aller friedlichen demokratischen Entwicklung, war geplatzt.

Die »Republikanische Partei Deutschlands« (RPD) verhielt sich wie eine Partei, aber sie wollte keine sein, sie wollte eine Bewegung sein, die alle gesinnungstüchtigen Anhänger der Republik vereinigend der Idee der Republik zu neuer Leuchtkraft, einer wirklich republikanischen Politik zum Durchbruch verhalf. Ossietzky, der für diese Partei kandidiert hatte, wurde nicht gewählt. Niemand von der Partei wurde gewählt. Sie löste sich auf. Ein folgenloses Intermezzo für das politische System der Weimarer Republik, aber folgenreich für Ossietzky. Er verlor seine Stellung an der BVZ. Die RPD war, ob sie es nun herausstellte oder nicht, als konkurrierende Partei zur DDP aufgetreten. Nuschke, der 1932 als Chefredakteur im Zuge der allgemeinen Anpassung der demokratischen Pres-

se an den politischen Rechtstrend aus der BVZ hinausgeekelt wurde, war Mitbegründer dieser Partei ebenso wie der maßgebendere Theodor Wolff, der seine Partei freilich zwei Jahre später verließ, weil sie das »Schund- und Schmutzgesetz« befürwortete, in dem Wolff wie Ossietzky und viele andere ein Zensurgesetz sahen. Nach redaktionellen Tätigkeiten am »Montag Morgen« und am »Tagebuch«, dem Schwesterorgan der »Weltbühne«, fand Ossietzky schließlich an dem »roten Blättchen«, so genannt nach der Farbe des Umschlags - das »Tagebuch« war grün - eine feste Anstellung.

Als einzige Organisation, in der sich Ossietzky politisch betätigte, zeitweise im Vorstand, blieb die »Deutsche Liga für Menschenrechte«, wie sich in Angleichung an die französische Schwesterorganisation der »Bund Neues Vaterland« seit 1922 nannte. Der gegen die Kriegspolitik der Reichsregierung gegründete und zeitweise verbotene Bund war ein Honoratiorenclub, was gar nicht nach dem Geschmack Ossietzkys war. Er suchte nicht den Weg zum Volke, sondern den Einfluss auf die kaiserliche Regierung, was schon gar nicht Ossietzkys Vorstellungen entsprach. Ossietzky dürfte bald nach seiner Ankunft in Berlin dem Bund beigetreten sein, vermutlich unter dem Einfluss Hellmut von Gerlachs. Schwerpunkte der Liga waren die Aussöhnung mit Frankreich und Polen, die Kritik an Reichswehr und illegaler Aufrüstung und am Justizwesen der Republik, also Themen, den Ossietzky - mit Abstrichen beim letzteren - gestiegenes Interesse entgegengab.

■ Keine »goldenen« Jahre

Mit dem Jahr 1924 lässt man gemeinhin die Jahre der Stabilisierung oder doch relativen Stabilisierung oder auch die »goldenen« Jahre beginnen, die Jahre, in denen die Republik zu sich kam, bei sich war. Ossietzky sah das anders. Für ihn begrub dieses Jahr die letzten Hoffnungen, die er anfangs auf die Republik gesetzt hatte. Sicher, Revolution und offene Gegenrevolution, die Zeit der Unruhen, Putsche und Attentate, von Ruhrkampf und Inflation waren vorbei. Auch die Zeit der Ermächtigungsgesetze, mit denen sich das Parlament aus der Verantwortung stahl und das Feld der Exekutive überließ, die Zeit der Notverordnungen, mit denen der Reichspräsident aufgrund des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung quasi eine Diktaturgewalt ausübte, war beendet, endgültig, so mochte es scheinen. Aber was zurückblieb, war keine gesunde, vitale Republik, sondern ein ausgehöhltes Gehäuse, in dem sich die Vernunftrepublikaner und Herzensmonarchisten von der DVP, ja selbst die entschiedenen deutschnationalen Gegner der Republik einzurichten verstanden. Zur Regierung gelangt, nutzten sie die Republik für ihre Zwecke. Das war nur möglich in einer Demokratie, die, wie Ossietzky formulierte, »nur in ihren Institutionen und

für ihre Institutionen« lebte, die, weil das staatsrechtliche System funktionierte, sich stabilisiert sah trotz unbeschreiblicher »Gleichgültigkeit der breiten Massen am politischen Betrieb«, trotz der »Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit«, wie sie schärfer nie waren, und trotz frondierender Wehrmacht und Justiz. (IV 7 f.)

Dass die Republik in die falschen Hände gelangen und damit ihrem Verfassungsauftrag, wie er ihn definierte, nicht mehr nachkommen könnte, befürchtete Ossietzky schon früh. Im August 1921, es bestand noch unangefochten die Weimarer Koalition, mahnte Ossietzky Verfassungstreue ein, wenn er die Verfassung charakterisierend schrieb:

»Sie verhindert die Überspannung aller kausal bedingten Partei- und Klassenkämpfe und bildet eine ernste Mahnung an jene, die heute mit dem gefährlichen Gedanken eines »Bürgerblocks« spielen und damit Deutschland in zwei Teile zu zerreißen drohen. Die Überwindung der Klassen war die beste Tradition der bürgerlichen Demokratie. Gibt sie dieses Ziel preis, so würde sie damit beweisen, dass sie den Tod im Leibe trägt.« (I 517)

Wie in seiner Kritik am Erfurter Kriegsgericht fasst Ossietzky den Begriff »Klasse« noch sehr allgemein, aber wenn er die politische Landschaft betrachtet, dann geht es ihm letztlich nur um die beiden großen Klassen Bürgertum und Arbeiterschaft, um ihr Bündnis auf dem Boden der Demokratie, wie es mit der Weimarer Koalition teilweise gegeben war. Ein Zusammenschluss bürgerlicher Parteien ohne, gar gegen die (sozialdemokratische) Arbeiterschaft löste nicht nur das gewünschte Bündnis auf, er rührte an die Substanz der Demokratie. Ossietzky dachte dieses Bündnis nur politisch, er dachte nicht an die Zentralarbeitsgemeinschaft, in der Unternehmerverbände und Gewerkschaften zusammensaßen, solange es die Unternehmer für opportun hielten. Die Schwerindustrie war ihm politisch immer suspekt, eine Gefahr für die Republik. Auch darin erwies er sich durchaus als bürgerlicher Demokrat. Sein Ideal war die französische Linke, das »cartel de gauche«. Das wollte er auch für Deutschland, aber 1924, die republikanische Sammlung war kläglich gescheitert, und es regierte wieder einmal eine rein bürgerliche Koalition, sah er die Voraussetzungen dafür nicht gegeben: »Verteidigung der republikanischen Institutionen, Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten, unbedingtes Bekenntnis zum sozialen Fortschritt. Aus diesen drei Elementen ward immer ein cartel de gauche, Bürgerliche und Sozialisten einend. Bei uns gibt es Parteien, die im Parlament links sitzen, aber es gibt keine Linke. Es gibt keine republikanische Solidarität. Wohl weiß man um ein paar Persönlichkeiten, die als Träger einer solchen zu betrachten wären: Wirth, Schücking, Schoenaich, Loebe. Aber um sie herum stößt man überall auf die bewährten Fraktionszelebritäten mit der Zinkeinlage im Hosenboden. Die verabscheuen die Linke

und kultivieren den verschwommenen, maskierenden Begriff der »Politik der Mitte«, einen Begriff, den noch niemand ganz klar präzisiert hat, bei dem sich aber jeder etwas Verwaschenes, etwas Molluskenhaftes, mit einem Wort: etwas Nationalliberales denken kann.« [Q II 367 f.]

»Nationalliberal« war eines der ärgsten politischen Schimpfworte, über die Ossietzky verfügte: Ins Politische übertragene Mollusken, wirbellose Weichtiere, ohne Rückgrat, ohne Konturen, ohne Prinzipien, ohne Programm, nur Gelegenheitsmacherei, nur qualliger Opportunismus. Erstmals im Kaiserreich auftretend, fanden die Nationalliberalen in der Republik ihre Fortsetzung in der DVP, der Partei der Schwerindustrie, von Stresemann nolens volens auf Republikkurs gehalten.

Einige Jahre später, es wurde gerade nach einem Wahlsieg der SPD über die Bildung einer großen Koalition, das von der SPD bis zur DVP reichende Bündnis, verhandelt, memorierte Ossietzky über das »Debakel der Mitte«. Mit Wohlgefallen erinnerte er sich an den Großblock in Baden vor dem Krieg, einem Bündnis bürgerlich liberaler Parteien mit der Sozialdemokratie. Er sieht in ihm sogar das von ihm erstrebte Linkskartell geschaffen. Das ist für einen Verächter der Nationalliberalen eine überraschende Hochschätzung, zumal Ossietzky aus seiner Abneigung gegen die nationalliberale DVP, die der SPD in den Verhandlungen mit unakzeptablen Forderungen zusetzte, keinen Hehl macht. Zunächst einmal aber schiebt er dem Zentrum, das vom badischen Großblock ausgeschlossen gewesen war, den schwarzen Peter zu. Statt mit einem Linkskartell sieht sich Ossietzky mit einer »Mitte« konfrontiert:

»Eine Phrase war allerdings damals noch nicht erfunden: die Politik der Mitte. Sprach man 1910 bei Liberalen und Sozialisten von einem Kartell, so war es ein Linkskartell. Erst seit 1914, mit dem Ausbruch des Burgfriedens, kommt das Zentrum mit an die Partie. Damit ist der Gedanke der deutschen Linken unterhöhlt. Alle Koalitionen, die von jetzt ab gebildet werden, haben nicht mehr den Sinn, gemeinsam irgend Etwas erzwingen zu wollen, sondern gemeinsam allen Unannehmlichkeiten auszuweichen. Das mag für eine bürgerliche Partei ein Verzicht auf manche Forderung für die Dauer eines Ministeriums bedeuten. Für eine sozialistische Partei bedeutet es hingegen den Verzicht auf sozialistische Wirksamkeit überhaupt. Sie opfert am meisten und muß deshalb rechtens auch die weitgehendsten Forderungen stellen. Denn es ist für den Sozialisten dabei immer etwas von einem Seelenverkauf, während der Liberale höchstens seine Uhr versetzt.

Die Politik der Mitte schließt große Umformungen von vornherein aus. Sie bedeutet nicht Änderung, sondern Kontinuität. Man nimmt einfach die Plätze ein, die ein paar Andre eben verlassen haben und sitzt dort so lange, bis man durch ein neues

Wahlergebnis wieder abkomplimentiert wird. Diese Politik raubt der Linken jede Aktivität, denn sie zwingt sie fortzusetzen und von den Vorgängern geschaffene Zustände zu verantworten. Die Wahlen vom 20. Mai aber sind eine klipp und klare Absage an alles, was seit vier Jahren zusammenregiert worden ist. Es waren Linkswahlen, und die Wähler erwarten neue, von der Linken ausgehende Kräfte.« (IV 406)

■ »Paradieswonen der Großen Koalition«

Ossietzky sieht seinen Beruf als politischer Publizist der Republik darin, vor Fehlentwicklungen zu warnen, und nicht darin, konkrete Vorgaben für eine linke Politik zu machen. Bald aber regte sich eine der von ihm erwarteten neuen Kräfte. Vom Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, der 1926 eingebracht worden war, erhoffte sich Ossietzky noch einmal einen republikanischen Aufschwung. Sozialdemokraten und Kommunisten zogen an einem Strang, wenn sie sich auch dessen schämten und miteinander nichts zu tun haben wollten. Der Volksentscheid scheiterte. Der Wahlsieg der SPD von 1928 und die Bildung der großen Koalition erweckten in Ossietzky schon keine Hoffnungen mehr. Er hielt von einer opponierenden SPD, die bei sich und deren Führung bei der Basis war, mehr als von einer SPD, deren Führung in der Regierung ihr sozialdemokratisches Credo verleugnete und sich von ihren bürgerlichen Koalitionspartnern vorführen ließ. Die neue sozialdemokratisch geführte Regierung begann ihr Geschäft mit dem Bau eines Panzerkreuzers, gegen den die Berliner Sozialdemokraten ihren Wahlkampf geführt hatten. Ossietzky wertete die Entscheidung als einen Sieg des Reichswehrministers Groener, der zu diesem Zweck die Richtlinienkompetenz des Reichskanzlers unterwandert und somit faktisch Verfassungsbruch begangen habe. Hier dürfte freilich der wachsame Demokrat, der im Militär seinen naturgegebenen Feind sah, einer falschen Einschätzung erlegen sein – den schwarzen Peter hatte die DVP, die aus dem Panzerkreuzer eine Koalitionsfrage machte -, aber wer auch immer der Sozialdemokratie die Niederlage bereitet hatte, die Niederlage selbst ließ sich nicht wegdisputieren. Der aufgebrachte und zutiefst besorgte Ossietzky kommentierte bissig:

»Die Sozialdemokratie ist kreuzbrav geblieben, und nachdem sie diese Pferdekur lebendig überstanden hat, rücken endlich die Paradieseswonen der Großen Koalition in greifbare Nähe. Die Verschnittenen lässt man ruhig im Serail, Tag und Nacht. Gegen ein geselliges Zusammensein liegen keine Bedenken mehr vor.« (IV 534)

Knapp zwei Jahre später zeigte der Bruch der großen Koalition im März 1930 an, dass eben doch Bedenken gegen ein Zusammensein mit der SPD bestanden, nur hatten sie sich 1928 noch nicht

durchgesetzt. Erst als in der Weltwirtschaftskrise die sozialen Gegensätze, konkret in der Frage der Arbeitslosenversicherung, verschärft aufbrachen, erschien eine Beteiligung der SPD an der Regierung nicht mehr tolerabel. Als demokratischer Verfassungsstaat war die demokratische Republik an ihr Ende gelangt. Schon in der vorangegangenen Zeit der Agonie, der so genannten Stabilisierung, hatte Ossietzky die Vorboten des Absturzes herannahen sehen und begonnen, sein politisches Denken neu auszurichten. Es stellte sich ihm nicht mehr die Frage, wie Demokratie in gemeinsamem politischen Handeln von Bürgertum und Arbeiterschaft praktiziert und ausgebaut werden könnte, sondern wie die noch vorhandene demokratische Substanz vor ihren Gegnern auf der politischen Rechten geschützt werden könnte. Dabei fiel das Bürgertum als politische Kraft bis auf einige wenige unentwegte Anhänger der Republik inzwischen so gut wie ganz aus. Aber die von der Rechten in erster Linie bedrohte kommunistische Arbeiterschaft musste ansprechbar sein. Die Umorientierung in Ossietzkys Denken tritt in seinen Reaktionen auf den Blutmai von 1929 deutlich hervor.

(»Blutmai« ist keine offizielle Bezeichnung für die Vorgänge in Berlin Anfang Mai 1929. Es gibt keine offizielle Bezeichnung, weil es nach offizieller Lesart keine Vorkommnisse gab, die eine Untersuchung und damit eine charakterisierende Kennzeichnung erforderlich gemacht hätten. So weit ich sehe, findet sich der Ausdruck »Blutmai« zum ersten Mal im »Klassenkampf«, einer Zeitschrift der linken SPD-Opposition. Ossietzky gebraucht ihn nicht. In der kommunistischen Literatur gängig, hat er sich heute, mal mit, mal ohne Anführungszeichen, bei den Autoren durchgesetzt, die sich mit ihm näher befassen.)

Was war geschehen? Von der KPD aufgerufen, setzten sich am 1. Mai 1929 in den Arbeitervierteln von Berlin Demonstrationen in Richtung Innenstadt in Bewegung, obwohl der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel ein Demonstrationsverbot erlassen hatte. Die Polizei löste die Demonstrationen auf, ohne dass es zunächst zu größeren Vorfällen kam. Am Nachmittag setzten Schießereien ein, die in den nächsten Tagen immer wieder aufflackerten, wobei die Polizei schwere Schusswaffen und gepanzerte Wagen einsetzte. Im Wedding und in Neukölln riegelte sie zwei Straßen hermetisch ab. Sie waren nur mit Ausweiskontrolle passierbar. Die Häuser wurden scharf bewacht und nachts mit Scheinwerfern beleuchtet.

Das Ergebnis des Polizeieinsatzes waren außer der Verhinderung der Maidemonstration 32 Tote, über 80 Schwer- und einige hundert Leichtverletzte und über 1.000 Verhaftungen. Auf Seiten der Polizei war nur eine ernsthafte Verletzung zu verzeichnen, eine Schussverletzung aus einem Dienstrevolver. Unter den Opfern des Polizeieinsatzes befanden sich keine bewaffneten Kämpfer;

vielfach handelte es sich um Passanten, die mit Maidemonstrationen, gar kommunistischen nichts zu tun hatten.

Angesichts der behaupteten Bedrohung durch militante Kräfte gab die Polizei ihr Vorgehen als durchaus angemessen aus, wobei sie vom Wedding-Parteitag der KPD bestätigt wurde, die ein stolzes Bekenntnis zu ihren »Barrikadenkämpfern« ablegte. Dank solcher Legendenbildung fiel es den zuständigen Instanzen leicht, den blutigen Skandal unter den Teppich zu kehren. Der preußische Innenminister Grzesinski stellte sich vor den Polizeipräsidenten, seinen Parteifreund, und der Landtag sprach der Polizei sein Vertrauen aus, statt eine Untersuchungskommission einzusetzen. Die Presse fiel als Wächter des Rechtsstaats aus. Allen voran deckte der »Vorwärts« seinen Polizeipräsidenten und das Vorgehen der Polizei. Die »Rote Fahne« war verboten worden. Sie hätte diese Rolle auch nicht ausfüllen können. Nur bei einigen demokratischen Tageszeitungen entstanden Zweifel. Sie erhoben gegen die Polizei Vorwürfe wegen ihres überzogenen Vorgehens, doch nicht wegen eines gesetzeswidrigen.

Ossietzky engagierte sich in einem Untersuchungsausschuss, der es sich zur Aufgabe machte, das wirkliche Geschehen an die Öffentlichkeit zu bringen und öffentlichen Druck auf die staatlichen Instanzen auszuüben, um sie in Bewegung zu setzen. Die Entstehung des Ausschusses ist nicht ganz geklärt. Er war von kommunistischer Seite initiiert, aber nicht kontrolliert. Ossietzky arbeitete in ihm zum ersten Mal mit Kommunisten zusammen und erfuhr dabei, dass eine solche Zusammenarbeit durchaus fruchtbar sein konnte. Auf der anderen Seite erhielt seine Einstellung zur SPD einen gehörigen Knacks. Bei aller Kritik an der generellen Politik der Parteiführung sah er in ihr doch die einzige noch verbliebene zuverlässige Stütze der Republik, des Rechts- und Verfassungsstaats. Aber dieser Rolle konnte sie nicht gerecht werden, wenn sie aus parteiegoistischen Motiven den Rechtsstaat für ihre Zwecke instrumentalisierte und ihn damit bloßstellte, ihn unglaubwürdig machte. In der Nachfolge des Polizeieinsatzes kam es zu wiederholten Verboten der »Roten Fahne« und vor allem zu einem reichsweiten Verbot des Rotfrontkämpferbundes, das Severing als sozialdemokratischer Reichsinnenminister mit Hilfe des Republikschutzgesetzes durchsetzte. Sein deutschnationaler Vorgänger war beim Reichsgericht noch gescheitert, weil ihm gegenüber die sozialdemokratischen Innenminister der Länder, darunter auch der preußische, den Anforderungen eines Rechtsstaats nachgekommen waren.

Die Maßnahmen gegen die Kommunisten begriff Ossietzky schließlich nur noch als Auswirkung eines »Rotkollers«. Die Folgen, so warnte er, würden auf die SPD und auf die ganze Republik zurückfallen. Der Staat müsse endlich wieder den le-

galen Boden finden, den er von der Opposition fordere, sonst werde eines traurigen Tages »der in der Stille gewachsene und vom Überdruß am Kampf von Rot gegen Rot genährte Fascismus da sein und das Prävenire spielen«. [Q V 126] Als Zörgiebel etliche Wochen später mit einer sehr schludrigen Begründung wieder einmal die »Rote Fahne« verbot, unterzog Ossietzky diese Maßnahme einer scharfen Kritik und fuhr fort: »Und jetzt sehe ich auch schon den »Vorwärts«: »Natürlich Sukkurs für die Kommunisten!« Nein, darum geht es nicht, wohl aber um die Pressefreiheit, die Standarte des demokratischen Staates. Um weniger feierlich zu sprechen: nackter Selbsterhaltungstrieb sollte uns republikanische Blätter ohne Unterschied der Prinzipien oder Nuancen endlich dazu führen, das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht der freien Presse mit doktrinäarer Härte zu verfechten. Was die »Rote Fahne« heute unter dem Genossen Z. erlebt, das kann morgen unter einem Polizeivogt von rechts der »Weltbühne«, den Demoblättern, ja vielleicht sogar dem »Vorwärts« widerfahren – sogar dem »Vorwärts«.« (V 286 f.)

In der Neuauflage des Republikenschutzgesetzes von Anfang 1930 sah Ossietzky das Bestreben, den »Rotkoller« zu stabilisieren, ihn »in gesatztes Recht zu verwandeln«. An Severing, der die Gesetzesvorlage im Reichstag begründete, richtete er die Worte: »Man möchte Ihnen, Herr Minister, einen Augenblick der Besinnung wünschen, wo Sie fern von den Einflüsterungen reaktionärer Bürokraten, ganz nüchtern erwägen, daß auch Ihre Herrschaft und die Ihrer Partei zeitlich begrenzt ist und daß jede kommende deutschnationale Regierung dieses Ausnahmegesetz gegen Sie und Ihre Freunde mit gleichem Fug anwenden kann, wie Sie es gegen Ihre linksradikalen Gegner anzuwenden bereit sind.« (V 300)

Ossietzky kann natürlich nur den generellen Trend, nicht einzelne konkrete Maßnahmen vorhersehen. So wurde die »Weltbühne« nicht verboten, es wurde ein Prozess gegen ihren leitenden Redakteur geführt. Severing wurde am 20. Juli 1932 nicht mit Hilfe des Republikenschutzgesetzes seines Amtes enthoben, sondern von einem Reichswehrkommando, das aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung tätig wurde. Aber insgesamt sieht er erstaunlich klarsichtig die künftige Entwicklung. Er vermag dies, weil er als ein nicht in der Praxis stehender Beobachter nicht der Verlockung unterliegt, sich allerlei Illusionen über die Auswirkungen des eigenen Handelns zu machen, und weil er standhaft auf seiner demokratischen Position beharrt und sich nicht dem herrschenden Trend anpasst. Für seine Unbeugsamkeit geht er ins Gefängnis und später ins KZ.

Es ging Ossietzky aber nicht nur darum, dass im Umgang mit Kommunisten die Erfordernisse eines Rechtsstaats eingehalten würden. Da er die Republik von rechts bedroht sah – es saßen nicht nur wie-

derholt antidemokratische Parteien in der Regierung, es gab eine antidemokratische Justiz, ein antidemokratisches Militär, eine breit gestreute antidemokratische Presse, antidemokratische Eliten in Schwerindustrie und (ostelbischer) Landwirtschaft ñ, sah er das Erfordernis, die Kommunisten für die Verteidigung der Republik zu gewinnen. Immerhin lag es im eigenen Interesse der Partei, die Republik gegen die Angriffe der Rechten zu verteidigen, wie auch im Interesse ihrer Anhängerschaft, die sich im Wesentlichen aus dem Arbeitermilieu rekrutierte.

Für ein »operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse« werbend, schrieb er im Mai 1932 – noch regierte Brüning, soweit ihm Hindenburg den Artikel 48 zur Verfügung stellte –: »Es kommt nicht mehr darauf an, Recht zu behalten, sondern sämtliche Teile der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft vor der Vernichtung zu retten. Wollen wir antiquierte Schlachten weiterführen, wo der Raum, in dem wir leben, immer enger wird? Wo wir immer mehr zusammengepreßt atmen müssen, wo riesenhohe Wände, von unsichtbarem Mechanismus bewegt, immer näher rücken? Es geht nicht mehr um Programme und Doktrinen, nicht mehr um »Endziele« und »Etappen«, sondern um den technischen Fundus der Arbeiterschaft, ihre Presse und Gewerkschaftshäuser, und schließlich um ihr lebendes Fleisch und Blut, das hoffen und vertrauen und kämpfen will. Ich frage Euch, Sozialdemokraten und Kommunisten: - werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aussprache haben? Wird man euch das morgen noch erlauben?« (VI 365 f.)

■ Nicht doktrinär, sondern kritisch

Prophetische, aber in den Wind gesprochene Worte. Die Sozialdemokraten machten sich Illusionen über den herrschenden Rechtstrend, dem sie nichts entgegenzusetzen wussten, und die Kommunisten, ohnmächtig in ihrer politischen Isolierung, erhofften sich von ihm einen eigenen Aufschwung, der sie, die Avantgarde des Proletariats, wieder handlungsfähig machte. Doch erachtete Ossietzky als Demokrat Sozialdemokraten und Kommunisten nicht als gleichrangig. Von einer Verschiebung der Gewichte zwischen beiden Parteien zugunsten der Kommunisten versprach er sich gar nichts. Düstere Auswirkungen des Blutmais befürchtend, hatte er schon 1929 gewarnt: »Am 1. Mai sah man überall in den Arbeitervierteln schwarzrotgoldne Fahnen wehen. Ein Beweis dafür, wie sehr man trotzallem auch in der Arbeiterschaft noch immer auf die demokratische Republik hofft. Doch am gleichen Abend schon, als Zörgiebels Reisige bereits munter am Werk waren, da wirkten diese Fahnen wie ein klägliches Symbol geschändeten Vertrauens. Unzählige treue Menschen, die noch immer an die Sozialdemokratie ge-

glaubt haben, werden in alle vier Winde laufen. Die Einen zu den Kommunisten, die Andern nach Rechts. Den Propheten roter und weißer Diktaturen werden diffuse Scharen enttäuschter Sozialdemokraten zuwandern, die sich an Programme heften werden, die ihnen nichts sagen und nichts geben können. So hat Herr Zörgiebel nicht nur seine Partei blessiert, er hat die ganze Linke, die ganze deutsche Republik getroffen.« (V 116)

Diese Zeilen, die mehr von Ossietzkys eigenen Befindlichkeiten als von denen sozialdemokratischer Anhänger zeugen mögen, machen deutlich, dass Ossietzky sich nur von den Sozialdemokraten eine Rettung der Republik verspricht, die dazu freilich der Unterstützung der Kommunisten bedürfen. Einmal allerdings sah sich Ossietzky genötigt, sich für einen KPD-Kandidaten gegen einen anderen auszusprechen, der zwar von der SPD favorisiert wurde, der aber doch alles andere als ein Sozialdemokrat war. Bei der Reichspräsidentenwahl von 1932 unterstützte er die Kandidatur Thälmanns. Er hoffte auf eine Sammlung der Wähler der Linken gegen Hindenburg. Die Hoffnung erfüllte sich nicht, dafür aber seine Warnung, dass es nicht auf Hindenburg, sondern auf die erste Ziffer ankäme, die vor diese »Null« gesetzt würde. Hindenburg als Null war kein frecher Einfall Ossietzkys; er schloss sich dem ausgewiesenen Militärhistoriker Hans Delbrück an, dem bei der Lektüre von Kriegserinnerungen Hindenburg als »eine ehrwürdige Null« erschienen war.

Ossietzky glaubte nicht, dass die Wahl Hindenburgs die Kanzlerschaft Brünings sichern würde. Darin sollte er Recht behalten. Er hatte aber auch einen persönlichen Grund, gegen Hindenburg zu votieren. Wegen seiner Verurteilung als Landesverräter hatte er ein Gnadengesuch beim Reichspräsidenten eingereicht. Hätte er nun die Kandidatur Hindenburgs unterstützt, dieser aber nach erfolgter Wahl das Gnadengesuch abgelehnt – tatsächlich kam es nicht über das Vorzimmer hinaus –, dann wäre er als Mensch vielleicht zu einer tragischen, als politischer Publizist aber gewiss zu einer lächerlichen Figur geworden.

Ossietzky gab seine demokratische Position in keiner Hinsicht preis, er relativierte sie auch nicht. Er blieb ein entschiedener Gegner aller Diktaturen, roter wie weißer. Aber er dachte nicht doktrinär, sondern kritisch. Doktrinär nenne ich die Erhebung einer Erkenntnis zur Allgemeingültigkeit, die nur innerhalb der Begrenzung eines Fachgebietes Gültigkeit beanspruchen kann, weil sich mit ihr in dem vorgegebenen systematischen Rahmen sinnvoll operieren lässt. Kritisch ist ein Denken, dass im Bestreben, die Wirklichkeit statt nur eines partiellen Ausschnittes zu erfassen, auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang abhebt. Die Einbindung politischer Phänomene wie Demokratie und Diktatur in ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge, ihre Rückführung auf die gesellschaftli-

chen Interessen, von denen sie geleitet werden, waren Ossietzky nicht durch eine vorgegebene Theorie vermittelt. Sie resultierten bei ihm aus vielfachen Erfahrungen, die er von seiner demokratischen Position aus als unbefangener Beobachter machte. Ich unterlasse es hier einzuschätzen, wie weit seine Aufrufe, Überlegungen, Vorstellungen über eine gemeinsame proletarische Abwehr gegen den Faschismus realistisch waren. Es gibt Situationen in der Geschichte, insbesondere in der deutschen gab es sie, in denen das, was vernünftig ist, nicht wirklich wird.

■ Deutschland als Wagner-Oper

Im November 1931 wurde Ossietzky vom Reichsgericht wegen Landesverrats verurteilt, weil er als leitender Redakteur einen Artikel zu verantworten hatte, in dem illegale Aufrüstungen zur Luft im Verein mit der Roten Armee angedeutet wurden, die Ossietzky vor allem als einen verfassungsrechtlichen Verstoß gegen das Budgetrecht des Parlaments bewertete. Am 10. Mai 1932 betrat Ossietzky das Gefängnis in Berlin-Tegel. Damit begann sein Leben in Haftanstalten, die er erst als todkranker Mann verlassen sollte. Während einer zweimonatigen Unterbrechung im Januar/Februar 1933 versuchte er, seine Publizistik auf die neuen Machtverhältnisse einzustellen. Als im Februar 1933, also nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, der 50. Todestag Wagners begangen wurde, lieferte Ossietzky einen apokryphen Beitrag. Er schrieb Wagner und meinte Hitler, er schrieb über die Oper und meinte die Politik:

»Zum zweitenmal soll aus Deutschland eine Wagneroper werden, Siegmund und Sieglinde, Wotan, Hunding, Alberich und der ganze Walkürenchor und die Rheintöchter dazu sind – Heiajaheia! Wallalaleia heiajaheia! über Nacht hereingebrochen mit der Forderung, über Leiber und Seelen zu herrschen. Die künstlerische Seite dieses Programms billigen wir nicht, denn wir glauben in Wagner nicht die deutsche Musik erschöpft, wir glauben sie bei andern Meistern echter und tiefer zu finden; wir sehen in Wagners Werk vornehmlich eine künstliche Fontäne in buntem Scheinwerferlicht und keinen reinen natürlichen Quell – aber das ist Sache des Kunstgeschmacks, also Privatsache. Die andre Seite dieses Programms ist es dagegen nicht. Wir werden also etwas unternehmen müssen, da nicht zu erwarten ist, daß eine reine Jungfrau, um uns zu erlösen, ins Wasser springt.« (VI 483)

Im »Fliegenden Holländer« stürzt Senta sich ins Meer. Das war Oper. Doch was war in der Wirklichkeit zu unternehmen? Ossietzky gehörte zu den Ersten, die in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet wurden. Offenbar stand sein Name auf den schon seit der Regierung Papen angefertigten Listen. Aber darauf standen viele Namen. Warum Ossietzky? Als Landesverräter, als Pazifist überhaupt,

als Prediger eines gemeinsamen Vorgehens der Arbeiterparteien gegen den Faschismus oder auch aus persönlichen Gründen eines stets verächtlich ironisch abgehandelten Hitlers oder eines Goebbels, der sich als Gauleiter von Berlin durch Inszenierungen antisemitischer Krawalle hervortat? Wir wissen es nicht.

■ **Trotz KZ-Haft und Erkrankung bleibt**

»... alles in ihm lebendig«

Ossietzky kam ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz, wurde von dort ins Polizeigefängnis Spandau und schließlich ins KZ Sonnenburg verbracht. In diesem KZ wurde Erich Mühsam brutal gefoltert und ermordet. Anders als der »Jude« und Anhänger der Münchener Räterepublik von 1919 blieb Ossietzky am Leben. Gelegentlich konnte er sogar Besuch von seiner Frau und von ehemaligen Mitarbeiterinnen an der »Weltbühne« empfangen. Über die Leiden Ossietzkys in diesem KZ berichtete 1934 ein anonym gebliebener Mithäftling:

»Ossietzky wurde als Landesverräter und, trotz rein arischer Abstammung, als Jude und Judensau besonders maltrahiert. Die Gefangenen traten auf dem Hof zum Dienst an. Carl von Ossietzky wurde im Laufschrift umhergejagt, musste sich hinwerfen, aufstehen, wieder hinwerfen, wieder aufstehen. Betrunkene SA-Leute ließen sich das Vergnügen nicht nehmen, hinter ihm herzulaufen und Ungeschicklichkeiten Ossietzkys durch Schläge oder Fußtritte zu bestrafen. Oft vermochte sich Ossietzky kaum noch zu erheben, stumm lag er da, ohne Protest, ohne seinen Schmerz zu äußern. Solche Augenblicke benutzte der Sturmführer Bahr, ihn mit den Füßen zu stoßen und zu brüllen: »Du polnische Sau, verrecke endlich!« Wenn sich Ossietzky erhob, wurde er wieder geschlagen und getreten. Einige Wochen wiederholten sich solche Szenen auf dem Gefängnishof.

Auch in seiner Zelle wurde Ossietzky nicht in Ruhe gelassen. Plötzlich stürmten einige SA-Leute herein und schlugen ihn aus nichtigen Anlässen. Da war ein Zellengeschirr nicht sauber, er wurde im Laufschrift zum Brunnen gehetzt und musste das Geschirr nach fünf Minuten geputzt vorzeigen. War er mit seinem Geschirr nach fünf Minuten zur Stelle, so behaupteten die Folterknechte, er habe die Zeit überschritten. Er musste wieder zum Brunnen laufen, und bei jeder Gelegenheit wurde er geprügelt. Nun ist Ossietzky kein Riese. Die Grausamkeiten, die seine Peiniger ersannen, zerstörten seine Gesundheit, er brach zusammen. Mit dem Lazarettdienst war der Polizeiwachmeister Krüger befreundet, dem an dieser Stelle gedankt sei, dass er Ossietzky und andere schwer leidende Kameraden in Behandlung nahm, und daß er die Gequälten einigermaßen schützte.«

Die Leitung des KZs wechselte. Nach einer Zeit ruhigerer Verhältnisse wurde es wieder schlimm:

»Besonders mißhandelt wurde wiederum Carl von Ossietzky. Wo er sich auch aufhielt, wurde er getreten und geschlagen. Einzelne Halunken hielten Ossietzky, der krank war, aus dem Schlafraum und ließen ihn stundenlang in strammer Haltung vor der Tür stehen. Manchmal stellten sie ihn über Mittag an die Tür; da er nicht fortgehen durfte, bekam er kein Essen. Oft brach er zusammen. Kameraden trugen ihn vom Hof und pflegten ihn.

Ossietzky selbst ertrug alles mit stoischer Ruhe. Er schämte sich, dass ihm die Hände zitterten, und er steckte sie in die Ärmel, um das Zittern nicht zu zeigen.« (Neue Weltbühne, 21.6.34; wieder abgedruckt in VII 515 ff.)

Im Februar 1934 kam Ossietzky in das KZ Esterwegen. In diesem Lager waren vor allem prominente Sozialdemokraten und Kommunisten inhaftiert. Fritz Husemann, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, wurde hier »auf der Flucht« erschossen. Adolf Bender, ein saarländischer Sozialdemokrat, der nach dem Krieg einen Bilderzyklus über seine Zeit im KZ gemalt hat, berichtet über Ossietzky:

»Ich werde zum Latrinenreinigen eingeteilt, eine ganz ruhige, allerdings nicht sehr angenehme Beschäftigung. Hier treffe ich mit C.v.O. zusammen, der mich sofort begrüßt. Er ist in guter Stimmung, hatte eine gute Nacht, wie er mir gleich versichert, und bietet mir dabei eine feine Zigarette an. Auf der Latrine, die am äußersten Ende der Barackenreihe liegt, hat man durch gute Beobachtungsmöglichkeit mit keiner Überraschung durch Wachposten zu rechnen. In der einen Hand den Reiserbesen und in der anderen die Zigaretten, so beginnt unsere Morgenunterhaltung. »Du bist wieder aus dem Revier?« frage ich ihn. »Wenn es nicht ins Moor geht, wie heute, ist es besser, ich bin in der Baracke und mache leichten Arbeitsdienst. Die Leute vom Revier tun alles, um mir Aufregungen zu ersparen.« C.v.O. hält seine Zigarette in der kleinen, zitternden Hand, führt sie unsicher zum Mund und bläst dann in kurzen Zügen den Rauch in die Luft. Wenn er spricht, ist sein Kopf immer in Bewegung, ebenso seine Augen, die tief in den Augenhöhlen liegen. Seine körperlichen Bewegungen wirken zwar immer noch geschmeidig, aber das täuscht. Sein Körper ist sehr krank, im Gegensatz zu seiner noch immer starken, geistigen Produktivität, die allerdings nur einem kleinen Kreis zugänglich ist. In dem Augenblick, wo ihn ein Thema interessiert, wird trotz seiner ramponierten Gesundheit alles in ihm lebendig. Bei ihm gibt es keine Pose, alles ist Dynamik, geistige Virtuosität. (...)

Den Rest seiner Zigarette wollte sich ein in der Nähe verweilender Häftling geben lassen. C.v.O. lehnte dies Ersuchen schroff ab und warf die Zigarettenkippe in die Abortgrube und holte aus seiner kleinen Schachtel eine frische Zigarette heraus und gab sie dem noch jungen Kameraden mit freundlicher Geste. C.v.O. war nie unhöflich gegen seine Umgebung. Er hatte immer ein freundliches Wort,

trotz der Aufregungen, hervorgerufen durch die gemeinen Folterungen physischer Art. [...] Mitunter glaubte ich, es würde ihn zu sehr anstrengen, wenn von etwas Konkretem die Rede ist und irgendein belangloses Thema wäre ratsamer, mit ihm zu führen. Aber es war unmöglich, mit C.v.O. ein Gespräch en passant zu führen. Abrupt machte er, wenn er das merkte, mit dem Gespräch Schluß und sagte energisch und bestimmt: »Wir haben keine Zeit mehr, um Worte zu verplempern.« (Manuskript im Ossietzky-Archiv Oldenburg; abgedruckt in VII 554 ff.)

Zum Schluss noch ein Bericht von Karl Wloch, einem Redakteur der »Roten Fahne«, in der DDR Generalsekretär der »Hellmut von Gerlach-Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft mit Polen«. Wloch schildert die illegale Häftlingsorganisation der Kommunisten und fährt dann fort:

»Mit diesen aktiven Kommunisten hatte Ossietzky viel Kontakt: Ihn interessierten die nie abreißen lassen Scheußlichkeiten der SS-Bewacher nur noch wenig, umso mehr aber alles, was er über die politische Lage und die Diskussionen erfahren konnte. Nur knappe Fragen stellte er, das Reden fiel ihm infolge Atemnot und der herausgeschlagenen Zähne sehr schwer. Aber seine knappen, sehr auf das Wesentliche konzentrierten Fragen bewiesen uns doch, wie sehr er am politischen Geschehen innerhalb und außerhalb des Lagers Anteil nahm. Er wollte z.B. alles über die Nazi-Rüstungen und die Kriegsvorbereitungen wissen, und größtes Interesse rief bei ihm die Politik der Volksfront, z.B. in Frankreich, hervor: »Die hätten wir bei uns haben müssen«, sagte er einmal. (...)

Es scheint mir noch wichtig zu betonen, daß Carl von Ossietzky trotz allen ausgestandenen Leiden nicht resignierte, daß er gar teilnahmslos dahin dümmerte. Er war nicht lebensmüde, obwohl er wusste, wie schwer es war, lebend aus dem Bereich der SS-Henker zu gelangen. Als wir einmal über einige Fälle von Selbstmord im KZ sprachen, sagte Ossietzky dem Sinne nach: »Ob wir überleben, ist weder sicher, noch die Hauptsache. Wie man aber später von uns denken wird, ist so wichtig wie, daß man an uns denken wird. Darin liegt auch unsere Zukunft. Danach müssen wir hier leben, solange wir atmen. Ein Deutschland, das an uns denkt, wird ein besseres Deutschland sein.« (Weltbühne, 29.5.63; wieder abgedruckt in VII 558 ff.)

Ossietzkys Gesundheit war derart angegriffen, dass er wiederholt auf die Krankenstation verlegt

und schließlich von der Arbeit im Moor befreit und zum Küchendienst eingeteilt wurde. März 1936 vermerkte der Kreisarzt von Meppen ein Rasseln in der Lunge. Der Inspekteur der Konzentrationslager teilte Himmler mit, dass mit dem Ableben Ossietzkys gerechnet werden müsse. Göring setzte die Verlegung in ein Berliner Krankenhaus durch, wo die Ärzte eine offene Tuberkulose feststellten.

■ Das bewachte Ende des Friedensnobelpreisträgers

Seine Entlassung verdankte Ossietzky der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn, womit die Kampagne, die ein von Emigranten in Paris gebildeter »Freundeskreis Carl von Ossietzky« betrieben hatte, seinen erfolgreichen Abschluss fand. Es wurde Ossietzky nicht gestattet, ihn persönlich in Oslo entgegenzunehmen. Vor Pressevertretern neutraler Länder hatte sich der Friedensnobelpreisträger zum Pazifismus bekannt und sich damit, wie die Gestapo in einem Gutachten festhielt, in »bewußten Gegensatz zum nationalsozialistischen Gedankengut der Wiederertüchtigung und Wehrhaftmachung des deutschen Volkes« gestellt. Da ihm als »erklärtem Gegner des neuen Deutschlands« der Rückweg nach Deutschland verschlossen wäre, »ist dann«, gab die Gestapo zu bedenken, »mit Bestimmtheit vorauszusehen eine nun unverhüllte Stellungnahme gegen Deutschland, möglicherweise verbunden mit Hetzpropaganda über seine angeblichen Erlebnisse im Konzentrationslager und bei der Geheimen Staatspolizei.« (VII 818)

Am 4. Mai 1938 starb Ossietzky. Sein Leichnam wurde eingäschert. Im Krematorium durften nur seine Frau Maud, sein Arzt und der Bestatter anwesend sein. Die Gestapo überwachte den Vorgang wie auch die Beisetzung der Urne auf dem Friedhof in Niederschönhausen. Ein Namensschild durfte nicht angebracht werden.

Dr. Werner Boldt ist Historiker und pensionierter Professor an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Er schreibt zurzeit an einer Ossietzky-Biografie, die demnächst beim Temmen-Verlag in der Schriftenreihe des DIZ (Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager) erscheinen wird. Der hier veröffentlichte Text basiert auf einem Vortrag, den er auf einer DIZ-Veranstaltung anlässlich des 70. Todestages von Carl von Ossietzky am 4. Mai gehalten hat und der für die Veröffentlichung hier überarbeitet wurde.

Manfred Pappenberger

»Quo vadis, Bundeswehr?«

Sozialpsychologische Aspekte zweier Bundeswehr-Urteile

Gleich zu Beginn eine Feststellung, um Missverständnisse zu vermeiden: Die Bundeswehr ist nicht Abu Ghraib, in der Bundeswehr wird nicht systematisch gefoltert, und Coesfeld ist nicht die Bundeswehr.

Allerdings hat das Landgericht Münster am 12. März im größten Prozess in der Geschichte der Bundeswehr um die Misshandlung von Rekruten in der Coesfelder Freiherr-vom-Stein-Kaserne sechs frühere Ausbilder zu Geld- und Bewährungsstrafen zwischen 10 und 22 Monaten verurteilt. Vier der Angeklagten wurden freigesprochen – weniger wegen erwiesener Unschuld als aus Mangel an Beweisen. Damit ist der juristische Aspekt des Komplexes zu Ende, der politische steht jedoch erst am Anfang. Denn wieder einmal musste ein bundesdeutsches Gericht eine Grenzziehung vornehmen, zu der die betreffende Institution selbst offensichtlich nicht in der Lage ist – das ist der eigentliche, der politische Skandal.

Der Coesfelder Fall landete vor Gericht, weil es einige wenige Kläger gab.

Die Bundeswehrpraxis sieht jedoch anders aus. Einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr »Truppenbild mit Dame« aus dem Jahr 2007 zufolge melden drei von vier Frauen sexuelle Belästigungen nicht. Eine Pilotstudie »Gewalt gegen Männer in Deutschland. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern« aus dem Jahr 2004 kommt zu der Erkenntnis, dass viele Gewaltakte, Misshandlungen und Demütigungen für die Institution Bundeswehr bis zu einem gewissen Grad bei allen Beteiligten als notwendig, selbstverständlich und legal angesehen werden. Eine klare Grenzziehung, wo diese legalisierte Gewalt endet und illegale Folterungen und Menschenrechtsverletzungen beginnen, ist für viele Rekruten nicht ersichtlich. Es liegt in der Struktur, es liegt am Klima in der Bundeswehr, dass alltägliche personale Gewalt von vielen Soldaten als Normalität wahrgenommen wird und hinter dieser scheinbaren Normalität verbergen sich die gewaltsamen Geschehnisse bei der Bundeswehr. Für diese Normalität ist der Führungsstab der Bundeswehr und das Verteidigungsministerium (mit-)verantwortlich.

Werden personale Gewalt und Menschenrechtsverletzungen bekannt, sprechen Führungsoffiziere und politisch Verantwortliche jedoch gerne von Einzelfällen und Ausnahmen. So erklärte der damalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) am 21. Januar 2005 auf einer Pressekonferenz in Berlin, »es habe sich gezeigt, dass es sich dabei um Ein-

zelfälle handele« und »Coesfeld ist nicht die Bundeswehr.«¹⁾ Auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, kommt im Jahresbericht 2005 zu der Einschätzung, »dass Coesfeld ganz offensichtlich ein singuläres Ereignis geblieben ist.«²⁾

Ein weiteres Reaktionsschema wird mit der Transformation der Bundeswehr von einer Verteidigungs- hin zu einer Interventionsarmee begründet. Demnach sei es die Pflicht eines verantwortungsvollen Dienstherren, die Soldaten umfassend, realistisch und einsatznah auf den Ernstfall vorzubereiten. Dabei könnte es vereinzelt zu übertriebenen und fehlgeleiteten Ausbildungsversuchen kommen, die eben diesem veränderten Auftrag der Bundeswehr in internationalen Krisen- und Kampfeinsätzen geschuldet seien.

Ein anderes Reaktionsmuster ist die Relativierung der Coesfelder Soldatenmisshandlungen nach dem Motto: »Die Bundeswehr ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft - und die ist auch nicht fehlerfrei.«³⁾ Selbst die Erhöhung der Zahl der Eingaben an den Wehrbeauftragten von 6.082 im Jahr 2003 auf 6.154 im Jahr 2004 zeige, dass die Bundeswehr selbstkritisch auf solche Vorfälle zu reagieren vermag und sei lediglich eine unerhebliche statistische Schwankung, die bei einer knapp 300.000 Mann starken Institution wie der Bundeswehr völlig normal ist.⁴⁾

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Thomas Kossendey, stellt die Frage, ob es, trotz entsprechender Wertevermittlung, nicht immer irgendwelche Ausreißer gebe?⁶⁾ Und er fragt sich im Zusammenhang mit den Ereignissen in Coesfeld, »ob die Bundeswehr die »Schule der Nation« sein könne?«⁷⁾

Entwicklung der Zahl der Eingaben an den Wehrbeauftragten⁸⁾

Berichtsjahr	Eingaben	Jahresdurchschnittszahl an Soldaten	Soldaten pro Eingabe
1959	3.368	248.800	74
1960	5.471	258.080	47
1965	4.408	437.236	99
1970	7.142	468.484	66
1975	6.439	486.206	76
1980	7.244	490.243	68
1985	8.002	495.361	62
1990	9.590	458.752	48
1995	5.979	344.690	58
2000	4.952	318.713	64
2003	6.082	283.723	47
2004	6.154	263.990	43
2005	5.601	251.722	45
2006	5.918	249.964	42
2007	5.276	248.995	47

- 1) www.BMVG.de/Bundeswehrplanung 2005
- 2) Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten: Jahresbericht 2005, S. 10.
- 3) Interview mit Bundesminister Dr. Jung mit dem »Stern« am 01.11.2006. In: www.BMVG.de/Reden des Ministers.
- 4) Vgl. hierzu: Randow, Gero von: Treffer. In: Die Zeit, 60.Jg., Nr.12, vom 17.03.2005
- 5) Quelle: Jahresbericht 2007 (49. Bericht). Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, S. 58f. Die Spalte »Soldaten pro Eingabe«

Eine detaillierte inhaltliche und empirische Dokumentation und Analyse aller Vorkommnisse, insbesondere die Schaffung eines Klimas, das die Beteiligten ermutigt, Gewaltwiderfahrnisse und Demütigungen weiterzuleiten, wird derzeit nicht in befriedigendem Maße geleistet. Selbst der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages erklärte im Zusammenhang mit dem Folterskandal in Coesfeld, dass die Eingaben betroffener Soldaten »eher karg« ausgefallen seien.

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein weiteres Gerichtsurteil. Am 21. Juni 2005 sprach das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 2 WD 12.04) den Bundeswehrmajor Florian Pfaff vom Vorwurf der Gehorsamsverweigerung frei. Im erstinstanzlichen Urteil der 1. Kammer des Truppendienstgerichts Nord (Az.: N 1 VL VL 24/03) vom 9. Februar 2004 wurde Major Pfaff zum Hauptmann degradiert. Das war der Bundeswehr offensichtlich zu wenig, so dass sie Berufung einlegte mit dem Ziel, Major Pfaff ganz aus dem Dienstverhältnis zu entlassen. Das BVerwG in Leipzig hat dann letztinstanzlich Major Pfaff vom Vorwurf der Gehorsamsverweigerung freigesprochen und eine Grundsatzentscheidung darüber getroffen, welchen Geltungsbereich das Grundrecht der Gewissensentscheidung bei Soldaten hat. Mittlerweile wurde Major Pfaff an das Sanitätsamt der Bundeswehr in München versetzt und erhielt 2006 von der Internationalen Liga für Menschenrechte die Carl-von-Ossietzky-Medaille verliehen. Zur Begründung hatte Major Pfaff, der an der Entwicklung eines militärischen Software-Programms arbeitete, ausgeführt, er könne es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, Befehlen zu folgen, die geeignet seien, völkerrechtswidrige Kriegshandlungen im Irak zu unterstützen. So viel zur juristischen Seite.

Besonders interessant sind wiederum die Reaktionen seitens der Bundeswehr zu diesem Urteil, offenbaren sie doch viel über den eigentlichen Geist der Bundeswehr und ihrem Umfeld. Ich berufe mich dabei sehr stark auf die Ausführungen von Jürgen Rose, der als Oberstleutnant die Bundeswehr selbst genauestens von innen kennt und sich intensiv mit der Problematik beschäftigt hat.⁸⁾ Jürgen Rose ist Sprecher der kritischen Soldatenorganisation »Darmstädter Signal«.

entstammt eigener Berechnungen und bedeutet, dass z.B. 2007 auf 47 Soldaten 1 Eingabe kommt. Dabei entfallen zwei Drittel der Eingaben auf »Personalangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten« (31,1 %) und »Menschenführung/Wehrrecht/Soldatische Ordnung« (36,1 %). In letzterem sind u.a. enthalten: Verfassungsrechtliche Grundsätze, Schutz von Grundrechten, Leitbild des Staatsbürgers in Uniform, Befehl und Gehorsam, Führungsstil und Führungsverhalten u.Ä. Der Rest der Eingaben gliedert sich in »Personelle Fragen der Wehrpflichtigen« (8,9 %), »Reservistenübungen« (3,7 %), »Heilfürsorge« (5,1 %), »Unterkünfte/Verpflegung/Bekleidung/Betreuung« (4,2 %) »Besoldung« (6,3 %) und »Soziales/Versorgung« (4,6 %).

6) www.BMVG.de

7) www.BMVG.de/05.06.2007 Staatssekretär Kossendey auf 7. Generals und Admiralstagung in München

8) Vgl. hierzu Rose, Jürgen: Primat des Gewissens ñ Das Bundesverwaltungsgericht bricht eine Lanze für den gewissenhaften »Staatsbürger in Uniform«. In Forum Pazifismus Nr. 07/2005, S. 14-16; ders.: Absolutes Schweigen in der Bundeswehr zum Freispruch von Major Pfaff ñ Kritische Soldaten sollen mundtot gemacht wer-

Ganz allgemein ist festzustellen, dass viele Juristen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministerium der Verteidigung durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts einen Zusammenbruch der militärischen Ordnung und der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr befürchten. Allerdings, so die Leipziger Richter, ergeben sich sowohl aus dem Grund-, als auch aus dem Soldatengesetz rechtliche Grenzen des Gehorsams, die sich in sieben Kategorien zusammenfassen lassen. U.a. führt das Gericht in diesem Zusammenhang völkerrechts- und verfassungswidrige Einsätze oder die Verletzung der Menschenwürde an.⁹⁾ Gerade durch eine kategorische Rechtsbindung der Streitkräfte sollte ein Missbrauch der neu gegründeten Bundeswehr nach den katastrophalen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges verhindert werden. Der Staatsbürger in Uniform sollte zwischen Recht und Unrecht unterscheiden können und sich im Zweifelsfall rechtswidrigen Befehlen widersetzen. Im Falle des durch das Völkerrecht nicht gedeckten Irak-Krieges ist Major Pfaff (soweit bekannt) der einzige Bundeswehroffizier, der Befehle zur Unterstützung dieses Krieges der USA und ihrer Verbündeten aus Gewissensgründen verweigert hat.

Der ehemalige Verteidigungsminister und Verfassungsrechtler Prof. Dr. Rupert Scholz ist der Auffassung, dass es nicht die Aufgabe eines Soldaten sei, zu bewerten, ob ein Krieg völkerrechtswidrig ist und ob er deshalb die Ausführung bestimmter Befehle verweigern dürfte. Gerade Berufssoldaten wären dem existenznotwendigen Prinzip von Befehl und Gehorsam verpflichtet. Und deshalb könne es nicht sein, dass Rechtsfragen Gegenstand einer Gewissensentscheidung des Soldaten würden mit der Maßgabe, dass er den Befehl verweigern könnte.

Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) spricht hinsichtlich des besagten Urteils von einer bedauerlichen Entwicklung und warnt unter Bezugnahme auf Theodor Heuß, vor einem »Verschleiß des Gewissens«. Darüber hinaus sieht er die Bündnisfähigkeit Deutschlands in der NATO gefährdet, »wenn Bundeswehrsoldaten in wichtigen Funktionen plötzlich anfangen, sich auf ihr Gewissen zu berufen...«¹⁰⁾

Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst Bernhard Gertz, konstatiert, man müsse hinsichtlich der Gewissensfreiheit für Soldaten unterscheiden zwischen Wehrpflichtigen und Zeit- sowie Berufssoldaten. Für Berufssoldaten gelte eine deutlich stärkere Pflichtenbindung. Darüber hinaus fordert Gertz eine Ein-

den. In Forum Pazifismus Nr. 09/2006, S. 27-29; ders.: Juristische Lohnschreiber ñ Auftrag Urteilschelte: Wie des Verteidigungsministers Advokaten einen hochnotpeinlichen Richterspruch umdeuten. In Forum Pazifismus Nr.10/2006, S. 6-8.

9) Das schriftliche BVerwG-Urteil kann auf der Internetseite von Forum Pazifismus eingesehen werden. Eine Zusammenfassung des Urteils ist in Forum Pazifismus Nr. 07/2005, S. 9-13 nachzulesen.

10) Vgl. Schönbohm, Jörg: Berufsrisiko für Soldaten. Interview mit Jörg Schönbohm, in: Süddeutsche Zeitung, 24. Juni 2005, S. 2.

schränkung der Gewissensfreiheit für Soldaten, die ihre Grenzen dort finden müsse, wo die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr betroffen sei.

Stefan Sohm, Ministerialrat im Verteidigungsministerium, ist der Auffassung, es bestehe kein rechtliches Hindernis, die Gewissensfreiheit des einzelnen Soldaten mit entgegenstehenden dienstlichen Zwecken abzuwägen. Vielmehr kommt dienstlichen Aufgaben und Befehlen grundsätzlich die Dignität demokratischer Legitimation zu. Doch wie oft hat das Bundesverfassungsgericht insbesondere seit dem 11. September demokratisch legitimierte Gesetzesvorhaben eingeschränkt, mit der Auflage zur Nachbesserung an den Gesetzgeber zurückgegeben oder ganz verworfen?¹¹⁾

Eine weitere Umdeutung des BVerwG-Urteils findet sich in der von der Rechtsabteilung I 5 des Verteidigungsministeriums herausgegebenen offiziellen Handlungsanleitung für Rechtsberater und Rechtslehrer der Bundeswehr. Im Hinblick auf den Umgang mit Soldaten und Soldatinnen, die aus Gewissensgründen Befehle nicht befolgen wollen, wird ausgeführt, dass Angehörigen der Streitkräfte engere Grenzen gezogen werden als »normalen« Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen. In völliger Umkehrung des BVerwG-Urteils wird hier die Gewissensfreiheit der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte untergeordnet.

Auch im Zusammenhang mit diesem Urteil begegnen wir wieder der Einzelfallthese: »Im Interesse funktionsfähiger Streitkräfte, eines ausgewogenen Verhältnisses individueller Freiheit zu den dienstlichen Aufträgen und vor allem eines hohen Maßes an Rechtssicherheit für Vorgesetzte und Untergebene ist zu wünschen, dass das Urteil das bleibt, was es juristisch betrachtet ohnehin ist: eine zu respektierende Einzelfallentscheidung, aber keine Neujustierung des Befehlsrechts in den deutschen Streitkräften.«¹²⁾

Major Pfaff selbst wird gemieden. So wurde sein Angebot, am Zentrum für Innere Führung bei einem Seminar zum Thema »Soldat und Ethik« über seinen Fall zu informieren und sich kritischen Fragen zu stellen, ebenso abgelehnt wie entsprechende Angebote an die Bundeswehruniversitäten, die Führungsakademie, die Offiziersschulen von Heer, Luftwaffe und Marine und die Akademie für Information und Kommunikation.

Auch der Vorschlag von Oberstleutnant Jürgen Rose, im Rahmen der vorgeschriebenen Politischen Bildung über das BVerwG-Urteil zu informieren, wurde abgelehnt. Jürgen Rose sieht darin einen Beleg dafür, dass die Bundeswehrführung kritischen Diskussionen über Themen wie die Legiti-

mität von Befehlen, die Gewissensfreiheit von Soldaten oder das BVerwG-Urteil aus dem Wege geht. Die Bundeswehr unterläuft damit eine weitere Forderung der Leipziger Richter nach einer möglichst objektiven Unterrichtung aller Beteiligten über die maßgebliche Rechtslage.

Für die These des Totschweigens des BVerwG-Urteils spricht nach Jürgen Rose auch die Tatsache, dass im Intranet der Bundeswehr der Fall Major Pfaff überhaupt nicht erwähnt wird, während z.B. das Urteil zur Wehrgerechtigkeit vom 19. Januar 2005 (ebenfalls vom BVerwG, Az.: 8 C 22.03), das zugunsten des Verteidigungsministeriums ausfiel, in voller Breite aufgeführt ist. Dieses Urteil hob den gegensätzlichen Richterspruch des Verwaltungsgerichts Köln vom 21. April 2005 (Az.: 8 K 154/04) auf und bestätigte den Wehrersatzbehörden, dass ihre Einberufungspraxis nicht gegen das Prinzip der Wehrgerechtigkeit verstößt.

Doch Jürgen Rose wird nicht nur gemieden, er wird auch bedroht. Im Juli 2007 erhielt er einen Hass- und Drohbrief von Daniel K., einem Hauptmann der Kommando-Spezialkräfte (KSK). Darin heißt es: »Ich beurteile Sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen.« Und weiter: »Sie werden beobachtet ... von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.« Der Brief endet mit dem Satz: »Es lebe das heilige Deutschland.«¹³⁾ Gegen den KSK-Hauptmann wurde lediglich eine einfache Disziplinarmaßnahme verhängt, das Truppendienstgericht wurde nicht eingeschaltet.

Viel zu wenig, findet Jürgen Rose und wendet sich an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Der versichert, das Verteidigungsministerium einzuschalten und den Fall zu überprüfen – bisher ohne Ergebnis.

Eine Armee, die fest auf dem Boden der Verfassung steht, sollte offensiv gegen solche Vorfälle angehen, auch um zu dokumentieren, dass die Menschenrechte ein ernsthaftes Anliegen der Bundeswehr sind.

Die ausführliche Schilderung diverser Reaktionen des Führungspersonals der Bundeswehr wirft ein bezeichnendes Licht auf den Geist und das Klima der Bundeswehr, auf das, was in der Bundeswehr als Normalität vermittelt wird. Dieser soziale Rahmen ist nun aber ganz entscheidend dafür, was in der Bundeswehr geschieht oder nicht geschieht. Diese These wurde schon durch Philip Zimbardo in seinem berühmten Gefängnis-Experiment formuliert.¹⁴⁾

11) Hierunter fallen insbesondere das Luftsicherheitsgesetz (BVerfG 357/05 vom 15.02.2006), die Vorratsdatenspeicherung (BVerfG 256/08 vom 11.03.2008) oder das automatisierte Erfassen von Kfz-Kennzeichen (BVerfG 2074/05 und 1254/07 vom 11.03.2008).

12) Sohm, Stefan: Vom Primat der Politik zum Primat des Gewissens? Anmerkungen zu BVerwG 2WD 12.04 vom 21. Juni 2005. In: NZWehr 2006 Heft 1 S. 24.

13) Vgl. hierzu: Demmer, Ulrike: Feind im Inneren. In: Der Spiegel, Nr. 13, vom 22.03.2008, S.24 und Wette, Wolfram: Der Feind im Inneren. In: Frankfurter Rundschau vom 04.04.2008, S. 10.

14) Der nachfolgende Text ist der gekürzte Beitrag aus: Pappenberger Manfred: Aspekte von Macht und Gehorsam oder die Erziehung zu Zivilcourage. In: Fehl, Werner/Kolling, Hubert (Hrsg.): Dem Grundgesetz verpflichtet. Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst. Bad Staffelstein 2006, S. 229 - 236.

Das Stanford-Gefängnis-Experiment

Philip Zimbardo wollte mit seinem Experiment zeigen, wie sich ganz gewöhnliche Menschen verändern, wenn sie sich im Sozialsystem eines Gefängnisses in unterschiedlichen Rollen und mit unterschiedlichem Machtpotenzial ausgestattet wiederfinden.

Die Anzeige, mit der er 1971 seine Versuchspersonen fand, lautete: »Männliche College-Studenten für psychologische Studie zum Gefängnisleben gesucht«. Aus 75 Interessenten wählte Zimbardo 24 Studenten aus, die in einem zuvor durchgeführten Persönlichkeitstest die geringsten Auffälligkeiten aufwiesen und über eine gewisse emotionale Stabilität verfügten.

Der Zufall entschied, wer Wärter und wer Gefangener wurde. Um die Echtheit und Authentizität des Experiments zu gewährleisten, wurden die zukünftigen Gefangenen zu Hause von der Polizei verhaftet und mit verbundenen Augen in das Simulationsgefängnis im Keller der Stanford Universität gebracht. Dort trafen sie auf ihre Wärter: in Uniform (zur Erhöhung des offiziellen Charakters), mit Schlagstöcken (zur Steigerung der Autorität) und mit einer verspiegelten Sonnenbrille, hinter der die Augen verborgen waren (zur Erhöhung der Anonymität). Die Wärter bekamen die Aufgabe, einen vernünftigen Grad von Ordnung innerhalb des Gefängnisses aufrechtzuerhalten, damit das Gefängnisystem möglichst effektiv funktioniert. Auf unvorhersehbare Zwischenfälle (z.B. Ausbruchversuche) sollte angemessen reagiert werden.

Nach 36 Stunden musste der erste Häftling entlassen werden, weil er psychisch zusammenbrach. An den folgenden Tagen mussten drei weitere Gefangene wegen schwerer emotionaler Störungen, wie hysterisches Weinen und Depressionen, entlassen werden. Die restlichen Häftlinge waren mittlerweile in tiefe Resignation, Apathie und Hilflosigkeit versunken und ließen widerspruchslos die sadistische Behandlung der Wärter über sich ergehen (z.B. wurden die Häftlinge zu homosexuellen Handlungen gezwungen).

Philip Zimbardo brach den Versuch erst am sechsten Tag, jedoch acht Tage eher als geplant, ab. Auch er hatte längst die Rolle gewechselt: vom Wissenschaftler zum Gefängnisdirektor. Für den Situationstheoretiker Zimbardo belegt dieses Experiment eindeutig, dass das Verhalten von Menschen weniger von Dispositionen, also von Erbanlagen oder vom Charakter beeinflusst wird, sondern von Situationen. Die Wärter sind nicht so brutal, weil sie Psychopathen oder Sadisten sind (Dispositionstheoretiker), sondern sie werden grausam, weil das (Gefängnis-)System selbst pathologisch ist und den Wärtern sadistisches und den Gefangenen rebellisch-aggressives oder apathisches Verhalten zumindest nahe legt (Situationstheoretiker).¹⁵⁾ Für

15) Vgl. Der Spiegel, Nr. 11, vom 12. März 2001, S. 96-113.

Zimbardo ist die Schlussfolgerung seines Experiments offensichtlich: »Wir müssen unsere Überzeugung, dass wir so etwas nie tun würden, durch die Einsicht ersetzen: Wir alle können es tun.«¹⁶⁾

Auch das nicht minder berühmte Milgram-Experiment zeigt die Macht der Situation in erschreckender Weise auf.

Das Milgram-Experiment

Im Jahre 1961 wollte der amerikanische Psychologie-Professor Stanley Milgram von der Yale Universität herausfinden, ob es einer Autorität gelingen würde, Versuchspersonen dazu zu bringen, anderen Menschen Schmerzen zuzufügen und zu quälen. Hierzu erklärte Milgram den Versuchspersonen, dass sie an einem Lernexperiment teilnahmen. Es solle getestet werden, inwieweit die Androhung von Strafe die Lernleistung eines Schülers beeinflusse. Für jeden Fehler, den der Schüler dabei mache, solle der Proband (Lehrer und eigentliche Versuchsperson) eine Strafe in Form eines immer um 15 Volt steigenden Elektroschocks verabreichen, angefangen bei 15 Volt und endend bei 450 Volt.

Zuvor hatte Milgram Experten und Fachleute gebeten, eine Prognose über den Ausgang des Experiments abzugeben. Die Psychiater vermuteten, dass lediglich ein Prozent der Versuchspersonen bis 450 Volt, dass die Mehrheit der Probanden nur bis 150 Volt und dass nur vier Prozent über 300 Volt drücken würden.

Das Ergebnis überraschte alle Beteiligten. In der klassischen Variante versetzten 62 Prozent der Versuchspersonen dem Schüler imaginäre Stromstöße, obwohl das Opfer schrie, obwohl es flehte aufzuhören und obwohl das Opfer ab 300 Volt völlig verstummte, was Anlass zur Vorstellung gab, das Opfer könnte bewusstlos oder gar tot sein. Die Experten überschätzten ganz offensichtlich die Rolle der Persönlichkeit, während sie der Macht der Situation zu geringe Bedeutung beimaßen.

In Deutschland wurde das Milgram-Experiment am Münchener Max-Planck-Institut für Psychiatrie mit ähnlichen Ergebnissen wiederholt¹⁷⁾: 85 Prozent zeigten totalen Gehorsam, 54 Prozent zeigten beim vorgespielten Protest totalen Gehorsam, 98 Prozent waren der Auffassung, dass bei dem Experiment tatsächlich jemand gequält würde, 15 Prozent nahmen an, das Opfer könnte tot sein, 70 Prozent waren der Meinung, das Opfer sei zumindest bewusstlos, zehn Prozent nahmen an, es hätte starke Schmerzen gehabt, fünf Prozent dachten, dem Schüler sei nichts passiert, 74 Prozent lehnten die Verantwortung für ihr Tun ab mit der Begründung: das Max-Planck-Institut müsse wissen, was es tut.

16) Ebd. S. 101f.

17) Am Max-Planck-Institut wurde das Experiment mit der Kamera als Mittel zur Erkenntnis begleitet. Es entstand der Film »Abraham ñ Ein Versuch«, Deutschland 1970.

40 Prozent waren während des Versuchs nicht einmal nervös.

Mit wissenschaftlichen Mitteln lässt sich keine soziale Gruppenzugehörigkeit, keine Charaktereigenschaft und keine weltanschauliche Richtung fassen, die ihre Vertreter gegen die destruktive Gehorsamsbereitschaft feilt. Rasse, Glaube, Bildungsniveau, Alter, Einkommen, Geschlecht, moralische Reife und die durch Tests bestimmbaren Persönlichkeitszüge einschließlich der Dimension Autoritätshörigkeit haben offenbar keinen oder nur geringen Einfluss auf das Verhalten in der Testsituation.

In weiteren Versuchen wurde untersucht, wie und ob sich Selbsteinschätzung und tatsächliches Verhalten der Versuchspersonen unterscheidet. Mehr als 90 Prozent der Befragten, denen die Grundzüge des Milgram-Experiments geschildert worden war, erklärten, dass sie sich diesen Anweisungen sicherlich widersetzt hätten. Sie waren der Auffassung, dass ihr Mitgefühl und ihr Gerechtigkeitsgefühl nicht zu pervertieren sei.¹⁸⁾ Stanley Milgram bemerkt dazu: »Die Kraft, die vom Moralgefühl des Individuums ausgeht, ist weit weniger wirksam, als gesellschaftliche Mythen uns glauben lassen möchten.«¹⁹⁾ Es sind weniger die Persönlichkeitsmerkmale, die ein Mensch hat oder zu haben glaubt, die den Grad des Gehorsams bestimmen, sondern die spezifischen Bedingungen in der experimentellen Situation.

In ähnlicher Weise kommt Harald Welzer, Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research am kulturwissenschaftlichen Institut in Essen sowie Professor für Sozialpsychologie der Universität Witten/Herdecke in seinem Buch »Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden« zu dem Ergebnis, dass es keine natürliche Grenze menschlichen Verhaltens gibt und somit jegliche Grausamkeit möglich ist. In Analogie zur »Banalität des Bösen« von Hannah Arendt bedarf es für Massenmord und inhumane Gräueltaten keines sadistischen Unmenschen oder keiner perversen Bestie, sondern lediglich einer Verschiebung des sozialen Referenzrahmens, einer Öffnung sozialer Handlungsräume, in denen plötzlich erlaubt oder gar gefordert ist, was zuvor verboten war.

■ Vor Mord kommt Rufmord

Natürlich sind es qualitativ unterschiedliche Eskalationsstufen, ob ich die Straßenseite wechsele, wenn ich einem Juden begegne, oder ob ich eine Wohnung beziehe, aus der zuvor eine jüdische Familie getrieben wurde, ob ich den Tod eines Juden zu verantworten habe, indem ich ein medizinisches oder juristisches Formular unterzeichne, ob

ich Krematoriumsöfen baue oder den Gashahn aufdrehe. Auch ist es sicher unterschiedlich schwierig, diese verschiedenen Eskalationsstufen zu überschreiten, aber für Welzer stellt dies ein Kontinuum dar, welches scheinbar harmlos beginnt und in der Vernichtung endet. Es ist – wie beim Milgram-Experiment – entscheidend, die ersten Stufen überschritten zu haben, um die letzte überschreiten zu können.

Natürlich entfaltet Gewalt eine Eigendynamik, aber nicht jeder Krieg bringt Genozide, ethnische Säuberungen und systematische Massenmorde hervor. Wie schon im Milgram-Experiment gezeigt, verringert sich die Zahl der Gehorsamen und die Verweigerungsquote steigt, wenn die sozialen Parameter verändert werden.²⁰⁾ Gewalt ist für Welzer sozial und historisch spezifisch; allerdings kann sich die tödliche Logik sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht nur unter bestimmten sozialen Bedingungen entfalten. Nach Welzer sind in gesellschaftlichen Institutionen und sozialen Handlungsgefügen Potenziale gespeichert, die je nach dem definierten Ziel, das verfolgt wird, ganz unterschiedliche Realitäten hervorbringen können.

Der Genozid an den Juden war gut vorbereitet. Die Verschiebung des sozialen Referenzrahmens, das »Judenproblem«, wurde den Menschen systematisch eingehämmert, so lange, bis die universalistische Moral einer partikularen gewichen war, die für Juden nicht mehr galt. Vor Mord kommt sozialer Rufmord!

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass innerhalb eines solchen sozialen Referenzrahmens schon vor Coesfeld Misshandlungen von Soldaten aufgetreten sind (z.B. in Ahlen, Kempen und Nienburg). Wesentlich erschreckender sind jedoch die Ergebnisse der oben bereits erwähnten Pilotstudie: 60 % der befragten Männer über 18 Jahren berichteten, während des Militärdienstes »schikaniert, unterdrückt, schwer beleidigt oder gedemütigt« worden zu sein. 29 % der Befragten wurden »gezwungen, etwas zu sagen oder zu tun, was sie ab-

20) Die Veränderung folgender Parameter hatte folgende Ergebnisse:

1. Geht dem Versuchsleiter oder dem Versuch selbst die Wissenschaftlichkeit ab, oder wird die Autorität des Versuchsleiters verkleinert oder in Frage gestellt, nimmt das Maß an Gehorsam rapide ab. So wurde zum Beispiel eine Variante nicht an der berühmten Yale-Universität durchgeführt, sondern in einem Büro in Downtown Bridgeport. Hier sank der völlige Gehorsam auf 48 Prozent.
2. Ist die Autorität nicht persönlich anwesend, sondern gibt sie ihre Anweisungen telefonisch oder durch einen Studenten, sinkt die Gehorsamsbereitschaft auf 20 Prozent.
3. Die Variable, die das Maß an Gehorsam am deutlichsten reduzierte, war die Anwesenheit eines zweiten Wissenschaftlers, der dem Versuchsleiter Widerstand entgegensetzte. Hier sank der Anteil der bedingungslos gehorsamen Probanden auf 10 Prozent.
4. Je größer die persönliche Nähe, desto höher steigt die Verweigerungsquote. Mussten die Versuchspersonen gar die Hand des Opfers auf eine Schockplatte pressen, verminderte sich der Anteil der Gehorsamen auf 30 Prozent. Gab man dem Lehrer vor dem Experiment die Gelegenheit, mit dem Schüler einige Minuten zu sprechen, nahmen die verabreichten Schocks spürbar ab.
5. Hatte die Versuchsperson lediglich die Rolle der Befehlsübermittlung an einen Gehilfen, der dann den Schock verabreichen sollte, auszufüllen, ergab sich eine Gehorsamsleistung von fast 100 Prozent.

18) Dieses Phänomen wird durch eigene Erfahrungen bestätigt. So sind zahlreiche Zivildienstleistende der Auffassung, sie hätten aus eben diesen Gründen nicht wie die Mehrzahl im Film »Abraham« bis 450 Volt gedrückt.

19) Milgram, Stanley: Das Milgram Experiment. Hamburg 1974, S. 23

solut nicht wollten«. 15,9 % behaupteten, »richtig eingesperrt, gefesselt oder anderweitig in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt« worden zu sein. 10,3 % wurden »erpresst und bedroht«. 5,6 % der Befragten hatten »Verletzungen wie Schnittwunden, Knochenbrüche, Quetschungen oder Verbrennungen durch andere« erlitten und 2,8 % wurden »geschlagen, geohrfeigt, getreten oder verhaun«.²¹⁾

So kommen die Autoren der Pilotstudie zu dem Schluss, dass der Wehrdienst für Soldatinnen und Soldaten ein wesentlich größeres Risiko beinhaltet, personale körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt zu erleben, als das zivile Leben.

■ Politische Bildung

An dieser Stelle ist die Innere Führung, insbesondere aber die politisch Verantwortlichen gefordert, den sozialen Referenzrahmen in eindeutiger und unmissverständlicher Weise zu klären. Denn wie gezeigt, geschieht Gewalt in einem sozialen Rahmen. Alles ist möglich, im Guten wie im Bösen – es gibt keine natürliche Grenze menschlichen Handelns.

In einem ersten Schritt ist die Politische Bildung zu erhöhen, um der Truppe stärker zu vermitteln, dass der Geist der Bundeswehr nicht von Obrigkeitshörigkeit und Kadavergehorsam geprägt ist, sondern nach wie vor getragen wird von der Idee des Staatsbürgers in Uniform, der Pflichten, aber auch Rechte besitzt.

Politische Bildung hat weiterhin die Aufgabe, die Bundeswehr in ihrer Binnenstruktur als auch in ihrer Außenwirkung auf menschen-, völker- sowie verfassungsrechtliche Grundsätze zu verpflichten. Hier ist dem Wehrbeauftragten zuzustimmen, wenn er fordert, dass sich die Ausbildung dem im Fall Coesfeld sichtbar gewordenen mangelnden Rechts- und Wertebewusstsein sowohl bei den Auszubildenden als auch bei den Rekruten künftig stärker zuwenden muss.²²⁾ Die Sicherung demokratischer Grundrechte für die Staatsbürger in Uniform ist besonders wichtig, weil sie in ihrer täglichen Praxis einem strikt hierarchisch strukturierten militärischen Zwangs-, Disziplin- und Gewaltsystems unterworfen sind, das viele Merkmale einer Totalen

Institution aufweist.²³⁾ Und Philip Zimbardo fügt hinzu: Wenn wir das Übel an der Wurzel packen wollen, gilt es die sozialen Ursachen zu beseitigen. Verurteilt man (notwendigerweise und völlig zu recht) stets den Einzelnen, ist dennoch wenig erreicht – solange der negative Kontext weiterbesteht. Deshalb fordert er eine Reform der Rechtsprechung. Denn hohe Militärs und Politiker bleiben häufig straffrei, obwohl sie für das Vorgefallene, für die Skandale und Rechtsbrüche ebenso verantwortlich sind. »Die haben dieses Fass gezimmert, in dem aus guten schlechte Äpfel geworden sind.«²⁴⁾

■ Menschenrechte bei internationalen Einsätzen

Gerade nach außen bei ihren internationalen Krisen- und Kampfeinsätzen ist die Bundeswehr, insbesondere der Verteidigungsminister, in diesem Zusammenhang aktuell gefordert. Hintergrund ist der vor kurzem im Repräsentantenhaus am Veto des US-Präsidenten George W. Bush gescheiterte Versuch das so genannte »waterboarding«, das simulierte Ertränken, zu verhindern. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International brandmarken »waterboarding« als Folter. Nach Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 darf niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. Eine auf die Menschenrechte und das Grundgesetz verpflichtete Armee wie die Bundeswehr dürfte z.B. Gefangenenüberstellungen an US-Truppen in Afghanistan nur dann durchführen, wenn die USA hinreichend sicherstellen, dass die Gefangenen keinerlei Folter ausgesetzt sind.

Menschenrechte sind unteilbar und universal gültig. Sie gelten für Wehrpflichtige für Zeitsoldaten und für Gefangene – auch und gerade im Anti-Terror-Kampf.

Manfred Pappenberger ist Dipl.-Pädagoge und Dozent für politische Bildung an der Zivildienstschule Bad Staffelstein. In dem Beitrag vertritt er ausschließlich seine persönliche Meinung.



21) Vgl. Lenz, Hans-Joachim / Walter, Willi / Jungnitz, Ludger: Gewalt gegen Männer im Kontext von Krieg und von Wehr- und Zivildienst. In: Forschungsverband Gewalt gegen Männer (Hrsg.): Gewalt gegen Männer in Deutschland. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern. Pilotstudie. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2004, Tabelle 34, S. 168f.

22) Vgl. hierzu: Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten: Jahresbericht 2005, S. 10.

23) Vgl. hierzu: Goffman, Erving: Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt am Main 1995

24) Vgl. hierzu: Interview mit Philip Zimbardo anlässlich der Neuerscheinung seines Buches »The Lucifer Effect«. In: Süddeutsche Zeitung vom 02.04.2007.

Wer teilt, mehrt Leben

Das Beispiel Lebenshaus Schwäbische Alb

Zu Beginn meines Referats möchte ich ein wenig anhand meiner Biografie verdeutlichen, was bei mir persönlich dazu führte, 1993 das Lebenshaus-Projekt in Gammertingen maßgeblich mit zu initiieren und mich seither dafür zu engagieren. Natürlich habe ich mich auch gefragt, inwiefern Jesus und Gandhi, um die es bei dieser Tagung ja geht, mit meiner Person und mit dem Lebenshaus zu tun haben. Dazu möchte ich nachfolgend ebenfalls etwas sagen.

■ Spirituelle Wurzeln: Jesus und Gandhi

Orientierung: Jesus von Nazareth. Christ geworden bin ich durch die Kindertaufe schon kurz nach meiner Geburt. Zunächst war ich katholisch und das die meiste Zeit meines Lebens, nämlich etwas über 40 Jahre lang, bevor ich dann vor rund 16 Jahren zur evangelischen Kirche konvertiert bin.

Aufgewachsen bin ich mit einem Bild von einem persönlichen Gott, der allmächtig ist, mich auf Schritt und Tritt beobachtet, der mich sündigen sieht und mich bestraft. Meine Sozialisation in einem konservativen katholischen Milieu in Plochingen spielte damals eine bedeutende Rolle dafür, dass ich nach dem Abitur 1972 schnurstracks zur Bundeswehr einrückte. Als Pfadfinder war ich ja längst vertraut mit dem Tragen einer Uniform, dem Marschieren in Reih und Glied und dem treuen Erfüllen der Pflicht, die von mir erwartet wurde. Alle meine Pfadfinderfreunde waren zu dieser Zeit umstandslos zur Bundeswehr gegangen. Als Leistungssportler waren mir zudem hervorragende Trainingsbedingungen in Aussicht gestellt.

Kaum zur Armee eingerückt, erwischte mich dann aber sofort eine tiefe Krise. Es war ja ernst, was wir dort lernten, das Schießen auf »den bösen Russen«, den ich mir im Zentrum der Zielscheibe vorstellen sollte. Das hatte dann doch gar nichts zu tun mit Werten von Nächstenliebe und dem Gebot: »Du sollst nicht töten!« Aufgrund dieser Krise wurde ich krank. Mein Körper verweigerte sozusagen den Kriegsdienst. Ich sollte deshalb wegen vorübergehender Dienstunfähigkeit vorzeitig aus der Bundeswehr entlassen werden. Doch bis es soweit war, sollte das noch lange Monate dauern. Deshalb musste ich mich noch monatelang in der Kaserne aufhalten und mir dort die Zeit vertreiben, weil ich ja krankgeschrieben war. Woche für Woche fuhr ich dafür immer in der Nacht von Sonntag auf Montag mit dem Zug nach Koblenz. Ich erinnere mich noch, wie damals dann zudem mein kindlicher

Glaube an den allmächtigen Gott vollends zutiefst erschüttert wurde. Denn mein Gebet, Gott solle doch dafür sorgen, dass ich möglichst rasch aus der Armee entlassen werde, ging nicht in Erfüllung. Rückblickend gesehen war das auch gut so. Denn diese tiefe Lebens- und Glaubenskrise und die viele Zeit, die ich nun hatte, führte mich zur gründlichen Beschäftigung sowohl mit Fragen von Krieg und Frieden wie auch vom Christsein.

Nun entdeckte ich die Bergpredigt, stieß leserweise z.B. auf Helmut Gollwitzer, Dorothee Sölle, Leonhard Ragaz und andere mehr – alles Theologinnen und Theologen, für die gilt, dass Christsein gesellschaftsverändernde Dimensionen einnehmen muss.

Mir wurde bewusst, dass Jesus seine visionäre Vorstellung vom anzustrebenden Zusammenleben der Menschen untereinander mit dem Ausdruck »Reich Gottes« zusammenfasste. Das Reich Gottes, so die Botschaft von Jesus, ist bereits angebrochen. Jesus lehrte, das letzte und tagtäglich anzuwendende Kriterium als Maßstab für gelingendes Leben sei die echte Beziehung. Die Welt wäre, wenn Gott sie unmittelbar leiten würde, eine Welt gesunder Beziehungen. Und Reich Gottes verwirklicht sich bereits dort, wo Menschen Jesus nachfolgen. Sein Kennzeichen ist eine Sozialordnung, in der Mensch und Mitwelt, unterschiedliche Menschengruppen untereinander, Menschen und Gott in lebendiger Beziehung miteinander leben. Der Rivalität, Habgier und Gewalttätigkeit ist jegliche Grundlage entzogen. Es geht also um Gerechtigkeit, die sich an Bedürftigkeit und nicht an Leistung orientiert, um Miteinanderteilen, Gewaltverzicht, Wahrhaftigkeit. Jüngerinnen und Jünger Jesu sollen »Salz der Erde« und »Licht der Welt« sein, sie sollen mit ihren Gemeinschaften und Kirchen als Ort des Friedens und der Gerechtigkeit mitten in dieser Welt wirken.

Diese Reich-Gottes-Botschaft und Reich-Gottes-Praxis Jesu, und vor allem die Bergpredigt, wurden zentral wichtig für mein eigenes Christsein.

Orientierung: Gandhi. Zunächst lesend habe ich mich mit Mahatma Gandhi beschäftigt. Intensiv vertieft wurden meine Kenntnisse über Gandhi, als ich 1979 für vier Monate in Indien unterwegs war. Der Besuch von zahlreichen wichtigen Stätten seines Lebens und Wirkens, das Kennenlernen von Menschen und Gruppen, die sich im Sinne Gandhis engagierten, haben nachhaltige Wirkung hinterlassen.

Es beeindruckte mich, wie sich in Indien unter Gandhis Führung Millionen von Menschen am Freiheitskampf gegen die britische Kolonialherrschaft beteiligt hatten – und wie es der größten Befreiungsbewegung des 20. Jahrhunderts gelungen war, ohne Gewaltanwendung das koloniale Joch abzuschütteln. Zweifellos hat keiner mehr als Gandhi mit seinen Kampagnen der Nichtzusammenarbeit und des zivilen Ungehorsams zum endgültigen Zusammenbruch des britischen Weltreiches beigetragen. Erstaunt nahm ich zur Kenntnis, welche Kraft in der Gewaltfreiheit liegen kann, vor allem wenn sie, wie durch Gandhi geschehen, zu einer gewaltfreien Aktionsstrategie weiterentwickelt wurde.

Gandhi hat seine Methode der Konfliktaustragung Satyagraha genannt: Festhalten an der Wahrheit, Kraft der Wahrheit, der Liebe oder der Seele – im Unterschied zu Körperkraft. Wahrheit ist für Gandhi ein anderes Wort für Gott, deshalb kann Satyagraha auch als die Kraft Gottes beschrieben werden, die in uns und durch uns wirkt. Gandhis Gewaltfreiheit lag also eine zutiefst religiöse Lebenshaltung zugrunde. Deshalb sollte sich seine Suche nach der Wahrheit auch in allen Lebensbereichen auswirken. Und so gehört zu einem umfassenden Bild von Gandhi, dass er sich außer dem politischen Befreiungskampf gegen die britische Kolonialherrschaft auch Diätexperimenten und der Naturheilkunde widmete. Er pflegte sein Leben lang Kranke, trat für sozial Benachteiligte ein, wollte die Situation der Frauen und Unberührbaren verbessern, religiöse Toleranz erreichen, eine unabhängige Dorfindustrie entwickeln. Mit seinem Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung setzte er sich für das Wohl aller Menschen ein. Genial seine Erkenntnis, dass der Weg zum Frieden und das Ziel Frieden in einem ebenso unauflösbaren Zusammenhang stehen wie Saat und Pflanze.

Fortan sind Gandhis Gewaltfreiheit sowie die Reich-Gottes-Botschaft und -Praxis von Jesus zentral wichtig für mich geworden. Sie haben beispielsweise wesentlich dazu beigetragen, dass ich den Weg vom wehrpflichtigen Soldaten zum Kriegsdienstverweigerer zurückgelegt habe. Insbesondere die von Gandhi entwickelte gewaltfreie Aktion sollte dazu beitragen, mich auch in dieser Form zu engagieren.

Insgesamt ist mir die Verbindung von Spiritualität und politischem Engagement wichtig geworden. »Kampf und Kontemplation«, wie es in Taizé früher einmal hieß. Ohne eine spirituelle Verankerung, ohne Glauben wird es eher schwierig sein, die Stabilität für gesellschaftliches Engagement auch dann zu bewahren, wenn die Hoffnung in der Gesellschaft schwach wird und die schnellen Erfolge ausbleiben.

Ab Mitte der siebziger, in den achtziger und neunziger Jahren – bis heute – engagierte ich mich

in dem, was Soziologen »Neue Soziale Bewegungen« nennen: Ökologie-, Eine Welt- und Friedensbewegung. Ich machte dies in vielerlei Gruppen. Ich nahm an gewaltfreien Aktionen teil – legalen und solchen des zivilen Ungehorsams, mit denen bewusst und gezielt bestimmte Gesetze übertreten wurden, um auf Unrecht nachhaltig aufmerksam zu machen. Dafür stand ich öfter vor Gericht, wurde mehrmals verurteilt, aber auch als erster Mutlangen-Blockierer nach jahrelangen Fließbandverurteilungen durch das Schwäbisch Gmünder Amtsgericht freigesprochen. Mein Engagement ist dann darin gemündet, dass ich 1993 maßgeblich beteiligt war an der Gründung des Lebenshaus-Projektes auf der Schwäbischen Alb.

Bevor ich darauf konkret eingehe, möchte ich nochmals ein paar Punkte kurz anreißen, die als weiterer Hintergrund für diese Gründung wichtig waren.

■ Hintergrund: Soziale, wirtschaftliche und ökologische Katastrophen

Wir alle wissen darum, dass sich in unserer heutigen Welt, in unserer Gesellschaft jede Menge soziale, wirtschaftliche und ökologische Tragödien abspielen.

Die Krisen und Katastrophen stehen zumeist in enger Verbindung mit einem Wirtschafts- und Finanzsystem, das auf Geldvermehrung für die Kapitalvermögenden ausgerichtet ist. Das heißt, um des krebstartigen Kapitalwachstums willen wird die Konkurrenz, werden Wettbewerb und die Grenzenlosigkeit absolut gesetzt. Kapitalistische Marktwirtschaft ist heute zur unkontrollierten und unbremsten Weltmarktwirtschaft geworden.

Helmut Gollwitzer hat schon vor über 30 Jahren in diesem Zusammenhang von einer sich vollziehenden »kapitalistischen Revolution« gesprochen. Dabei werden, so weit möglich, Menschen und Natur dem Zweck größtmöglicher Gewinnsteigerung unterworfen. Und wenn auf der Jagd nach der Gewinnmaximierung nur noch das Machen und Rechnen, wenn nur noch Leistung zählt, dann gilt schnell: »Jeder ist sich selbst der Nächste...« Dadurch werden Ego-Zentrismus und eine Ellbogenmentalität gefördert, greifen Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit sowie Gier nach Reichtum und Macht um sich. In dieser Situation gibt es viele Verlierer. Stichworte hierzu: Arbeitslosigkeit, Armut, Verunsicherung, Angst vor der Zukunft, Gefühl des Überflüssigwerdens, Verlust von Lebenssinn. Dies alles kann zu tiefgreifenden persönlichen Krisen, zu unendlichem Leid und zu Krankheiten führen.

Natürlich ist es vielfach verpönt, Kapitalismus zu thematisieren und überhaupt unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem in Frage zu stellen. Doch das, was ich eben skizzenhaft angedeutet habe, steht m.E. unzweifelhaft im Gegensatz zur

Reich-Gottes-Botschaft und -Praxis von Jesus. Und von der Reich-Gottes-Perspektive aus geht es wohl um nicht weniger als um eine neue Weltordnung. Es reicht nicht aus, über irgendeine Sorte neuen Weins zu reden. Wenn man den neuen Wein wirklich haben möchte, dann braucht man auch neue Weinschläuche, neue Strukturen, eine neue Weltordnung. Oder, wie Dorothy Day oft, und ganz in der Sprache des Reiches Gottes, gesagt hat: »Nichts wird sich ändern, solange wir nicht Schluss damit machen, dieses dreckige, verrottete System hinzunehmen!«

Für Christinnen und Christen, die sich in der Nachfolge Jesu befinden, muss es um eine Glaubenspraxis gehen, die in dieser bestehenden Welt das Reich Gottes zu verwirklichen sucht. Die Linderung von Not anderer Menschen gehört sicherlich dazu. Doch dies zu tun, ohne die Herrschafts- und Machtstrukturen in unserer Gesellschaft zu berühren, also die Klassenunterschiede, Rassismus, Sexismus, Macht und Geld nicht zumindest zu problematisieren und in der Tendenz auf deren Überwindung hinzuarbeiten, ist wie Wein in alte Schläuche zu gießen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, dem neoliberalen Kapitalismus mit seinen dürrtigen, eindimensionalen und lebenszerstörenden Normalitätsvorstellungen eine von der Vision des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit inspirierte Praxis des Widerspruchs und des Widerstands entgegenzustellen, aber auch eines provokativen und kreativen Aufbruchs in eine andere mögliche Welt.

Und was hier für die Jesus-Nachfolge gilt, gilt ganz sicher auch für die Verwirklichung der Ethik Gandhis.

■ Gründung des Lebenshauses

Es waren solche Hintergründe und Einsichten, die dazu führten, dass ich gemeinsam mit einigen anderen Menschen im Juni 1993 in Gammertingen (Kreis Sigmaringen) das Projekt Lebenshaus Schwäbische Alb initiierte. Ein paar dieser Gründungsmitglieder waren schon seit langem in der Friedensbewegung engagiert, andere wurden mit gemeinsamen Aktionen während des Golfkriegs von 1991 aktiv. Damals war bei uns in Gammertingen zunächst ein Friedensnetz entstanden. Und aus diesem wiederum ging das Lebenshaus hervor. Der vollständige Name des Vereins lautet »Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie«.

Wichtige Impulse für die Lebenshaus-Gründung gingen für uns damals auch von dem seit 1987 bestehenden Lebenshaus Trossingen aus, das für uns sowohl Herausforderung als auch Ermutigung war. Wichtig war ebenfalls z.B. die Aktion »Den Krieg überleben«, bei der Wohnraum und die Bereitschaft zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Bosnien gesucht wurden. Wir wollten gerne solchen Wohnraum zur Verfügung stellen können.

Als ein weiteres wesentliches Motiv kam die Erkenntnis hinzu, dass es angesichts von Unrecht, Gewalt, Rassismus, Militarismus etc. zwar ums Neinsagen und deutlichen Protest gehen muss, dass das alleine aber nicht reicht. Nein sagen kann auch der Querulant und der kann es bekanntlich noch viel besser als jede und jeder andere. Ein Nein ist dann besonders sinnvoll, wenn es mit einem Ja zu einer Überzeugung, einem Ja zu Neuem verbunden wird. Getreu dem Prinzip: »Das Schlechte kritisiert man am wirksamsten durch 's Bessermachen«.

Formal gesehen hat sich ein kleiner Verein entwickelt, der derzeit rund 75 Mitglieder und Fördermitglieder hat. Manche davon leben in Gammertingen und näherer Umgebung, andere aber zum Teil weit weg, irgendwo in Deutschland. Vor Ort wird die aktive Arbeit nur von wenigen Menschen gemacht und dies fast überwiegend ehrenamtlich. Außer den Mitgliedern gibt es noch einen großen Kreis von Menschen, die das Projekt unterstützen.

■ Arbeitsschwerpunkte und Erfahrungen

Ich möchte nachfolgend anhand der Begriffe unseres vollständigen Vereinsnamens etwas veranschaulichen, was wir konkret machen. Wie bereits erwähnt, heißt der Verein »Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie«. Natürlich steht alles miteinander in Verbindung und lässt sich nicht wirklich voneinander trennen. Ich versuche dies nur, um die miteinander verknüpften Aufgabenfelder etwas besser veranschaulichen zu können.

Gemeinschaft. Es ging und geht uns also zunächst darum, dass wir uns mit Gleichgesinnten zu einer Solidargemeinschaft zusammenschließen. Um ein solidarisches Miteinander. Um das Wahrnehmen sozialer Verantwortung. Dabei wollen wir uns solidarisch verhalten gegenüber Menschen, denen es nicht so gut geht, die am Rande stehen, Ausgegrenzte, Überflüssig-Gemachte, Flüchtlinge, Arme, Kranke.

Und weil es z.B. nicht ausreicht, karitative Hilfestellung zu geben und die Strukturen, welche Leid und Elend hervorrufen, unberücksichtigt und unangetastet zu lassen, geht es auch darum, uns gemeinsam einzusetzen für Veränderungen krankmachender, friedloser Strukturen. Gemeinsam zu arbeiten für eine Gesellschaftsveränderung, die umfassend auf Emanzipation ausgerichtet ist, die individuelle Entfaltung und soziale Verpflichtung ermöglicht. In diesem Sinne übernehmen wir auch politische Verantwortung.

Miteinander Teilen ist dabei wichtig. Wir meinen, dass sich aus der biblischen Verheißung: »Wer teilt, mehrt Leben« Prozesse des Anteilnehmens und des Teilens ergeben müssen, in denen auch die Bedrängten und Benachteiligten unter uns zu Recht und Gerechtigkeit kommen.

Soziale Gerechtigkeit. Um benachteiligte und bedrängte Menschen begleiten und unterstützen zu können, hat unser Verein in Gammertingen ein eigenes Gebäude erworben. In diesem Lebenshaus können manche dieser Menschen in schwierigen Lebenslagen zeitlich befristet gemeinsam mit der Kerngruppe leben.

Im Lebenshaus in Gammertingen wohnen ständig inzwischen nur noch meine Frau – Katrin Warnatzsch – und ich. Zudem stehen derzeit vier Zimmer bereit für Menschen, die in der Hausgemeinschaft zeitlich befristet mitleben können.

Das Angebot des Mitwohnens richtet sich vor allem an Menschen, die sich in einer Krisen- oder Trennungssituation befinden, an Opfer von Gewalt oder sonst in ihrer aktuellen Lebenslage gehandicapte Menschen. Es können Menschen sein, die ihren Arbeitsplatz verloren oder keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, Menschen, die mit dem Verlust eines wichtigen Menschen zurechtkommen müssen oder mit dem Verlust der Heimat bei Flüchtlingen; es können auch psychisch kranke Menschen sein.

Ich möchte dies an einem Beispiel kurz veranschaulichen.

Da kommt eine Anfrage einer Sozialarbeiterin aus einem Krankenhaus für eine junge Frau, die sich dort nach einem Suizid-Versuch befindet. Diese junge Frau ist nach einem hervorragenden Abitur in ein tiefes Loch gefallen und nun sind bereits Jahre vergangen, ohne dass sie ein Studium oder eine Ausbildung aufgenommen hat. Sie benötigt einen Rahmen, der ihr ein Stück Geborgenheit und Unterstützung gibt.

Nach einem mehrtägigen Probewohnen der jungen Frau bei uns im Lebenshaus fällt die beiderseitige Entscheidung, dass sie in unserer Hausgemeinschaft mitleben kann. In den nächsten Monaten gibt es gemeinsam viel zu klären, z.B. mit Behörden, auch die Frage, ob eine Ausbildung oder ein Studium aufgenommen wird. Da ihre Angst tief sitzt, begleiten wir sie zu Behörden, aber auch mal zur Universität. Langsam kehrt neuer Lebensmut zurück. Schließlich fällt die Entscheidung für die Aufnahme eines Studiums. Nach über einem Jahr des Mitlebens im Lebenshaus zieht diese junge Frau dann um in ihren Studienort.

In den vergangenen 11 Jahren haben über 150 Menschen das Angebot des Mitlebens wahrgenommen – Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befanden. Außerdem sind wir Anlaufstelle geworden für viele Menschen, die Rat und Unterstützung suchen, ohne im Lebenshaus mitzuwohnen. Hier handelt es sich sehr häufig um Flüchtlinge, die ja bekanntlich zu den Allerschwächsten in unserer Gesellschaft gehören. Wir beschäftigen uns mit ihrer oft unwürdigen Lebenssituation. Wir haben öffentliche Aktionen und Veranstaltungen zu dieser Problematik gemacht. Begegnungstreffen, Begleitung und Unterstützung in

allen sozialen und rechtlichen Belangen, Ermöglichung von Deutschkursen, Freizeitgestaltung gehörten und gehören zu diesen Aktivitäten.

Natürlich ist es in der konkreten Praxis oft mühsam, immer wieder mit Menschen zu tun zu haben, die oft sehr egozentrisch strukturiert sind und sich einseitig auf das Nehmen begrenzen. Immer wieder kommt das Gefühl des Ausgenutztwerdens auf. Wir mussten mit Enttäuschungen, Ärger und manches Mal auch mit unserer Überforderung zurecht kommen und die Konsequenzen ziehen. Doch dann gibt es die Anderen, mit denen eine Beziehung auf Gegenseitigkeit gelingt. Deshalb ist es zwar so, dass wir manche Last mittragen helfen. Aber wir geben nicht immer nur ganz einseitig, sondern wir bekommen auch viel. So ist es beispielsweise oft schon bereichernd, Geschichten aus aller Welt zu hören oder am Schicksal anderer Menschen Anteil nehmen zu dürfen. Schließlich tut es dann auch einfach gut, beispielsweise ein Lob aus dem Mund eines Flüchtlings wie unseres Freundes Ebrahim aus dem Iran zu hören: »Das Asylbewerberheim ist ein Todeshaus. Alle werden dort krank. Aber ein Tag im Lebenshaus lädt die Batterie wieder für zwei Wochen auf!«

Wir dauerhaft im Lebenshaus Wohnenden haben viel gelernt in diesen vergangenen Jahren. Und immer wieder wurde für uns deutlich: Damit sich Leben entfalten kann, braucht es Menschen, die sich Zeit füreinander nehmen, also Zeit teilen.

■ Alternatives Finanzierungsmodell

Wenn es um Recht und Gerechtigkeit für schwächere Menschen geht, dann versteht es sich fast von selbst, dass damit auch die Frage nach dem Geld und seiner Vermehrung durch Zins und Zinseszins aufgeworfen wird sowie die Frage nach dem Eigentum. Deshalb geht es bei unserem Projekt neben dem Teilen von Zeit auch ums materielle Teilen. Daran beteiligen sich ebenfalls Menschen, die wenig oder gar keine Zeit zur Verfügung haben, um sich selber unmittelbar bei uns zu engagieren. Ich möchte kurz umreißen, was für Erfahrungen wir hier gemacht haben.

Im Juni 1993 haben wir unseren Verein gegründet. Bereits im März 1994 haben wir den Kaufvertrag für den Erwerb eines Gebäudes unterschrieben. War das nicht reichlich vermessen damals, so relativ kurz nach der Vereinsgründung ein Haus kaufen zu wollen? Nun, es gab bereits als gut funktionierendes Vorbild das Trossinger Lebenshaus. In verschiedenen Gesprächen haben uns insbesondere Willi Haller und Ullrich Hahn Mut dazu gemacht, etwas Ähnliches zu wagen. Noch habe ich die Worte unseres inzwischen leider verstorbenen Freundes Willi Haller in den Ohren, der meinte, Geld sei nicht das Hauptproblem bei der Umsetzung eines solchen Projektes. Wenn Menschen sich zusammen tun würden und entschlossen seien, in

Gemeinschaft etwas zu beginnen, dann würde das für ihre Anliegen erforderliche Geld schon fließen. Natürlich sei dies letztlich ein Weg des (Gott-)Vertrauens.

Solcherart ermutigt gingen wir das Wagnis des Kaufs eines Gebäudes ein. Wagen konnten wir diesen Schritt, weil der damals noch junge Verein ganz schnell Spendengelder und vor allem zinslose oder zumindest sehr zinsgünstige Privatdarlehen zur Verfügung gestellt bekam. Und das in einer Größenordnung, die einfach wunderbar war! Denn in den ersten rund eineinhalb Jahren der Vereinsexistenz kamen so bereits rund 200.000 Euro zusammen. Für Ausbau- und Renovierungsarbeiten wurde später weiteres Geld benötigt. Dazu kommen seither noch die Mittel für die fortlaufende Arbeit.

Selbstverständlich ist dieser Weg mit einigen Risiken behaftet, und bei diesem Finanzierungsmodell kann wenig kalkuliert werden. Dies ist ein Weg, bei dem statt Kalkül das Vertrauen auf wohlgesinnte Menschen im Vordergrund steht.

Natürlich plagte uns so manches Mal die sorgenvolle Frage: Was, wenn jetzt größere Darlehensbeträge zurückbezahlt werden müssen und es nicht genügend Rücklagen oder neue Darlehen dafür gibt? Es war tatsächlich zwischendurch auch immer wieder knapp mit den Finanzen. Öfter haben wir mit unserem privaten Geld eine Lücke überbrückt, wenn nicht genügend Geld für bestimmte Ausgaben auf den Vereinskonten war.

Letztlich haben sich aber alle diese Sorgen und aufkommenden Zweifel zerschlagen. Immer wieder fanden sich Menschen, die durch Spenden, Beiträge, Darlehen oder auch eine Bürgschaft für Darlehen bei der GLS-Gemeinschaftsbank dazu beitragen, das erforderliche Geld aufzubringen. Manche Darlehenslaufzeit wurde überdies verlängert, verschiedene Darlehen wurden sogar in Spenden umgewandelt!

Dass dieses Finanzierungsmodell bisher gut funktioniert hat in unserer so ganz anders orientierten Welt, ist eigentlich fast unglaublich und zugleich wunderbar! Insgesamt machen wir die ermutigende Erfahrung, dass es Menschen gibt, die einen anderen Umgang mit Geld praktizieren, als es sonst in unserer Gesellschaft üblich ist. Viel öfter als eigentlich zu erwarten wäre, wird »Vermögen haben« offensichtlich vielfach begriffen als »etwas ermöglichen können«.

Den alternativen Umgang mit Vermögen sehen wir auch in einem größeren Zusammenhang. Wir leben in einer Zeit mit einem Finanz- und Wirtschaftssystem, das weltweite Verschuldungs- und Verarmungsmechanismen mit sich bringt. Der Heidelberger Theologe Ulrich Duchrow spricht in diesem Zusammenhang von einem »totalitären Todesystem der gegenwärtigen Finanzherrschaft«.

Zudem findet über den Zinseszinsmechanismus letztlich eine Umverteilung von arm zu reich statt. Und nur allzu viele Menschen unterstützen dies.

Willi Haller hat in seinem Buch »Die heilsame Alternative« treffend geschrieben:

»Der Zins ist die große Droge, von der zu viele von uns abhängig sind, die große Nuckelflasche, ohne die sie nicht leben können, auch wenn alle, die das kleine ABC der Volkswirtschaft kennen, wissen müssen, womit die Flasche vor allem gefüllt ist, nämlich mit der Mühsal und der Not der Armen.«

Vor diesem Hintergrund hat auch die eigene Geldanlage etwas damit zu tun, dass Nächstenliebe heute auch immer Fernstenliebe sein muss.

Gemeinsam mit vielen Menschen befinden wir uns in einem Prozess, in dem über den Umgang mit eigenem Vermögen reflektiert wird. Dabei ist uns allen bewusst, dass die Alternativen im Kleinen selbstverständlich nicht in der Lage sind, das ganze Geldsystem auf Lebensförderlichkeit hin zu verändern. Aber im Kleinen kann ein Anfang gemacht werden, Geld aus dem geldvermehrenden und lebenszerstörenden Kreislauf herauszuziehen und es zur Förderung konkreten Lebens einzusetzen. So können Zeichen gesetzt werden.

■ Medien

Die Unterstützung von Menschen sowie der solidarische Umgang mit Vermögen sind zwei ganz konkrete Ansätze unseres Projektes, mit denen ein Beitrag zu etwas mehr an sozialer Gerechtigkeit geleistet werden soll. Dazu kommt dann, dass wir in unseren Medien und durch Veranstaltungen auf diese Thematik eingehen. Wir geben vierteljährlich einen gedruckten Rundbrief heraus. Seit vielen Jahren betreiben wir zudem eine eigene Website. Zudem erscheint ca. alle zehn Tage ein Newsletter per E-Mail. Unsere Website erfreut sich großer Beliebtheit – über 200.000 Besuche wurden im vergangenen Jahr verzeichnet.

■ Vernetzung

Als Lebenshaus Schwäbische Alb suchen wir die Zusammenarbeit mit allen, die wie wir gegen ungerechte Strukturen und für eine gerechtere Welt eintreten. Aus diesem Grund arbeiten wir mit Kairos Europa zusammen und sind wir Mitglied im Ökumenischen Netz Württemberg, beides Netzwerke von Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen in Europa bzw. Württemberg, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen und die gemeinsam mit Kirchen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen für eine gerechtere und tolerantere Gesellschaft kämpfen.

Das Lebenshaus ist Mitglied im globalisierungskritischen Netzwerk attac, das verhindern will, dass der technische Fortschritt weltweit nur den Reichen und Mächtigen dient. Wir sind Mitträger der Schuldenerlasskampagne erlassjahr.de, weil

die Auslandsschulden der armen Länder so hoch geworden sind, dass sie sich äußerst schädigend gerade auf die Ärmsten auswirken. Wir sind Mitglied und Kunde der GLS-Gemeinschaftsbank, weil es bei dieser außergewöhnlichen Bank nicht um Gewinnorientierung geht, die Armut, Ausbeutung und Krieg nach sich zieht, sondern um einen Umgang mit Geld, durch den soziale Gerechtigkeit, Eigenverantwortung und Demokratie gefördert wird. Wir unterstützen Menschenrechtsgruppen wie z.B. das Komitee für Grundrechte und Demokratie und sind Mitglied im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, weil deren Widerstand an einer entscheidenden Stelle ansetzt.

Und wir sind vernetzt mit anderen Lebenshäusern in Süddeutschland in Trossingen, Heitersheim und im Chiemgau.

■ Frieden

Hier versuchen wir der Erkenntnis zu folgen, die auf Jesus zurückgeht und die Gandhi zu einer grundlegenden Ethik für den Umgang mit Konflikten ausgebaut hat: Nicht das verkündete Ziel bestimmt das Ergebnis eines Konfliktaustrags, sondern die dabei angewandte Methode. Es gibt jene weitverbreitete Meinung, die lautet: Der gute Zweck rechtfertigt die Mittel – unter Umständen auch die bösen. Gewaltfreiheit kehrt dagegen diesen Satz genau um: Zwischen Mittel und Zweck, zwischen Weg und Ziel, besteht ein unauflösbarer Zusammenhang. Entscheidend für das Ergebnis aktiven Handelns ist die Wahl der Mittel. Es ist eine aussichtslose Unternehmung, Frieden durch Krieg, friedliche Verhältnisse im zwischenmenschlichen Bereich mit gewalttätigen Mitteln erreichen zu wollen.

In unseren Medien, bei unseren Veranstaltungen und Aktionen geht es darum, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Von daher erfolgt Kritik an Kriegen und anderen Formen von Gewalt – eben auch an struktureller Gewalt oder psychischer Gewalt, die oft fast unsichtbar in Form von Mobbing oder Stalking daherkommt. Wichtig ist uns aber ebenso die Beschäftigung mit positiven Beispielen und Vorbildern. So haben wir thematische Seminare zu Menschen veranstaltet, die für die Gewaltfreiheit wegweisend sind, wie Martin Luther King, Mahatma Gandhi oder Leo Tolstoi.

Bei Mahnwachen, die wir in den vergangenen Jahren relativ oft in Gammertingen veranstaltet haben, geht es um Protest gegen Krieg und andere Gewaltformen sowie um die Würdigung von Beispielen der Gewaltfreiheit. Auch wenn wir hier oft in wirklich kleinem Kreis zusammenstehen, so können wir uns doch verbunden fühlen mit vielen anderen Menschen und Gruppen, die ähnliche Aktionen an anderen Orten durchführen.

Eingebunden in größere Netzwerke sind wir auch durch Mitgliedschaften z.B. bei der Koopera-

tion für den Frieden oder beim Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen«.

Ich möchte auch noch eingehen auf Konflikte, die uns unmittelbar betreffen. Es ist ja nicht so, dass wir davon verschont blieben.

In der Bergpredigt warnt uns Jesus: Wir sollen uns darauf gefasst machen, dass wir von allen Seiten gehasst werden. Wenn man sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzt und dabei kritisch dem System gegenübersteht, erntet man bei den Vertretern des Systems keine Lorbeeren. Im Gegenteil: In ihren Augen ist man gefährlich, subversiv, unpatritisch usw., hat also alle Eigenschaften, die den Leuten Angst machen. Wenn man sich für die Gerechtigkeit einsetzt, wird man unweigerlich verfolgt. Und Jesus sagt hierzu: Ihr könnt euch freuen, und zwar auf der Stelle! Versucht, das zu leben, obwohl ihr von lauter gesetzlich denkenden Leuten und Streithammeln umgeben seid.

Es geht also darum, für eine als richtig erkannte Sache einzustehen – unabhängig davon, ob dies Anerkennung bringt, mehrheitsfähig ist oder wir uns in der Minderheit wieder finden. Martin Luther King brachte dies folgendermaßen zum Ausdruck:

»Wir müssen die Glut des Evangeliums der ersten Christen wieder finden, die im wahrsten Sinne des Wortes Nonkonformisten waren und sich weigerten, ihr Zeugnis den Gewohnheiten ihrer Umwelt anzupassen. Willig opferten sie Ruf, Reichtum und Leben für eine Sache, die sie als richtig erkannt hatten. An Zahl gering, waren sie Riesen an Wirkung.«

Das sagt und schreibt sich gewiss leichter als es getan ist. Unser Weg mit dem Lebenshaus in einer Kleinstadt auf der Schwäbischen Alb, also in einer der politisch-kulturell konservativsten Gegenden Deutschlands, war in den vergangenen fünfzehn Jahren gewiss nicht immer einfach. Wenn wir nicht nur im breiten Strom des Zeitgeistes mitschwimmen, wird dies beileibe nicht nur honoriert. Du wirst leicht zum Außenseiter, gerätst in schwierige Lebenssituationen, hast es manches Mal zu tun mit bösartigen Angriffen, Rufmordkampagnen und Gerichtsverfahren. Es werden Dir also manche schwierigen Prüfungen auferlegt. Auch wenn es nicht immer einfach war, so haben wir doch versucht, diese Prüfungen durchzustehen, ohne uns durch sie erdrücken zu lassen. Und wir haben erfahren, dass gerade schwierige Situationen zu Zeiten geistlicher und spiritueller Erfahrung werden können. Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass die Hoffnung mitten in der Prüfung aufkeimt. Hoffnung haben, das bedeutet immer auch Kampf. Kampf, bei dem auf die Anwendung von Gewalt verzichtet wird.

■ Ökologie

Zu Beginn des 3. Jahrtausends ist der Energiebedarf der gesamten Menschheit größer denn je – mit

dramatischen Folgen für Klima und Umwelt, aber ebenso für die politische Weltlage. Eine Fortsetzung der gegenwärtigen Entwicklung wird zu noch größeren Umweltzerstörungen und zu weiteren Kriegen führen.

Aus friedenspolitischer Sicht lautet die Alternative etwas plakativ ausgedrückt: Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne. Eine 100-prozentige Energieversorgung über Sonne, Wind, Biomasse, Wasser und Erdwärme ist möglich. Und wer von dezentral erzeugten erneuerbaren Energien lebt, muss nicht rund um die Welt Kriege führen um knappe Rohstoffe und liefert kein Futter für den Bau von Atombomben.

Als Lebenshaus machen wir in unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf diese Zusammenhänge aufmerksam. Gleichzeitig versuchen wir, eine möglichst ökologisch angepasste Lebensweise zu führen. So versuchen wir, unseren Energiebedarf zu verringern. Seit unser Verein im Besitz eines Gebäudes ist, wurden Maßnahmen zur Einsparung von Energie getroffen. Im Gebäude wurde das Dach gedämmt. Neue Fenster haben ebenfalls zur Verringerung der Heizverluste beigetragen. Vor eineinhalb Jahren haben wir auf das Dach Sonnenkollektoren zur Warmwasserbereitung montieren lassen. Aktuell stehen wir kurz davor, das Gebäude in größerem Stil energetisch zu sanieren. Wir wollen die Außenwände und die Kellerdecken dämmen. Wahrscheinlich werden wir die Ölheizung gegen eine Pelletheizung austauschen. Vielleicht reicht es auch noch zu einer Erweiterung der Sonnenkollektoranlage, damit wir mit der Sonne die Heizung unterstützen können. Das ist insgesamt ein relativ teures Projekt von vielen zigtausend Euro – und wir hoffen, dass sich auch hier unser Finanzierungsmodell mit Spenden und zinslosen Darlehen erneut bewähren wird, um zumindest einen Teil der Kosten auf diese Weise decken zu können.

Was den Strom anbelangt, so beziehen wir diesen für das Lebenshaus seit vielen Jahren in Form von Ökostrom von den »Stromrebell« der Elektrizitätswerke Schönau. Zudem haben wir hier durch verschiedene Maßnahmen, wie z.B. Außerbetriebsetzung der Gefriertruhe, konsequenterem Abschalten der PCs, etc. den Stromverbrauch von 2006 auf 2007 so drastisch senken können, dass unser Stromversorger einen Ablesefehler vermutete. Da ich aber vergangenes Jahr Monat für Monat den Stromverbrauch im Lebenshaus abgelesen und notiert hatte, konnte ich mitteilen, dass alles korrekt zugeht und wir über 500 Euro zuviel gezahlter Abschlagszahlungen zurecht zurückerwarten würden.

Eine äußerst öffentlichkeitswirksame Aktion hat unser kleiner Verein zum 20. Tschernobyl-Jahrestag im April 2006 initiiert. Dies geschah gemeinsam mit der baden-württembergischen Landesgruppe des Versöhnungsbundes, dessen Vorsitzen-

der ich damals war. Wir haben um Unterschriften unter eine von uns verfasste Erklärung »Für eine grundlegende Wende in der Energiepolitik« gebeten sowie um finanzielle Beteiligung für die Veröffentlichung in Zeitungen. Die Resonanz war überaus erfreulich. Denn das hatten wir in unseren kühnsten Träumen kaum zu hoffen gewagt, dass wir als wirklich kleine Organisationen mit Unterstützung von über 700 Organisationen, Initiativen und einzelnen Menschen am 26. April 2006 zwei großformatige Anzeigen in der »Frankfurter Rundschau« und in der »taz« veröffentlichen können. Die Erklärung wurde von einem breiten Spektrum teils prominenter Menschen aus Wissenschaft, Kunst, Politik, Kirchen, Gewerkschaften, Gesundheits- und Sozialbereich, Medien und aus den sozialen Bewegungen mitgetragen. Auch nach der Anzeigenveröffentlichung wurde die Erklärung weiter unterzeichnet, so dass sich später über 1.000 Unterschriften darunter befanden.

Auch im ökologischen Bereich versuchen wir also, das eigene Verhalten an ökologischen Kriterien zu orientieren, uns andererseits durch Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen für einen gesellschaftspolitischen Wandel zu engagieren.

■ Teil einer weltweiten Bewegung

Unsere Erfahrung sagt uns, dass es wichtig und auch möglich ist, sich mit anderen Menschen zusammenzutun, um etwas bewegen zu können. Es ist uns gelungen, vielfältige Beziehungen und Vernetzungen mit Menschen und Gruppen zu knüpfen, die sich für das Leben, den Frieden, die Gerechtigkeit und eine lebenswerte Umwelt einsetzen. Mit Menschen, denen nicht nur das eigene Fortkommen am Herzen liegt, sondern die um das Unrecht gegenüber Unterdrückten, Minderheiten, Ausgegrenzten wissen und dieses überwinden möchten. Und gemeinsam haben wir in den vergangenen Jahren etwas bewegen und bewirken können – trotz aller Probleme, die damit auch verbunden waren.

Und unsere Erfahrung sagt uns: Aus der mitmenschlichen Zuwendung in Gemeinschaft kann sich eine »Produktivkraft« ergeben, mit der sich auch materiell etwas bewegen lässt.

Jesus wurde von der urchristlichen Gemeinde als derjenige betrachtet, der eine heilende Gegenstrategie gegen die Ansammlung von Macht und Besitz brachte, gegen die Versklavung von Menschen und die Ausbeutung der Schöpfung. Wer sich an ihn hält, versucht dem Willen Gottes für seine Schöpfung einen Ort zu geben. Deshalb besteht im Teilen von Arbeit, Zeit, Geld und Macht die heilsame Alternative zu jener heillosen Praxis, die unsere Gesellschaft zerstört.

»Wer teilt, mehrt das Leben!« – Diese biblische Verheißung ist mehr als ein Appell zum Abgeben. Sie ist auch etwas anderes als ein Aufruf zu Verzicht

und Opfer. Verzichten und opfern müssen wir wohl dann, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir müssen dann verzichten auf sauberes Wasser und saubere Luft, auf fruchtbaren Boden und all das, was zu den elementaren Lebensgrundlagen gehört. Wenn wir so weiter machen, müssen wir auch verzichten auf jene Art von Sicherheit, dass es zu keinen Kriegen, zu keinen Terroranschlägen und zu keiner rechtsextremen Gewalt kommt. Es wird also entscheidend für uns und für das Leben unserer Kinder, ob wir selbst spüren und spüren lassen, dass wir durch Schritte der Selbstbeschränkung nicht verlieren, sondern hoffnungsvolle Handlungsperspektiven gewinnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir in unserem Leben möglichst Beispiele dafür geben, dass wir durch Teilen nicht ärmer geworden sind, sondern sich dadurch das Leben mehrt.

Natürlich ist das alles nichts so Großartiges, was wir mit unserem Projekt im Kleinen versuchen

bzw. verwirklichen. Aber es ist ja so, dass es ohne Kleines auch nichts Großes gibt. Und es ist eine Tatsache, dass inzwischen weltweit ganz praktisch schon viel Richtiges, Neues geschieht. Leider wird es oft gar nicht bemerkt, dass die Ideen von einer anderen, besseren Welt und die Arbeit an deren praktischen Umsetzung, an der Tagesordnung sind. Aber es gibt sie, diese Menschen, Gruppierungen, Netzwerke, weltweit und mächtig und unaufhaltsam wachsend.

Michael Schmid ist Mitglied des Versöhnungsbundes und der DFG-VK, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Lebenshauses und Mitglied in der Forum Pazifismus-Redaktion.

Der (für die Veröffentlichung hier leicht gekürzte) Text ist das Manuskript eines Vortrags bei der Tagung »Mit Jesus und Gandhi den Fundamentalismus überwinden« Ende Februar/Anfang März in der Evang. Akademie Bad Boll.



Kai-Uwe Dosch

Doppelte Verantwortung

Schwierige Beziehungen zwischen Deutschland, Israel und Palästina

32

In diesem Jahr begeht der Staat Israel den 60. Jahrestag seiner Gründung. In diesem Zusammenhang wird auch in Deutschland vertieft über die Geschichte und Gegenwart Israel informiert und diskutiert. Die Geschichte beginnt mit der Flucht von Juden und ihrer Vertreibung durch Deutsche aus Zentraleuropa. Sie setzt sich fort mit dem Versuch der Teilung Palästinas in zwei gegensätzliche Staaten – ähnlich wie in Deutschland damals. Doch diese Teilung stellt noch in der Gegenwart den Basiskonflikt der Region dar. Der Versuch der Lösung dieses israelisch-palästinensischen Konfliktes ist ein ständiges Auf und Ab, ein Hin und Her, das nie zu einem Ende zu kommen scheint.

Deutsche Politik muss zugleich ihre Haltung gegenüber der deutsch-jüdischen Geschichte und der israelisch-palästinensischen Gegenwart klären.

Um mit dem wichtigsten Ausgangspunkt dieser Klärung zu beginnen: Das Deutsche Reich hat zwischen 1933 und 1945 – als Staat und Gesellschaft – mit unermesslicher Gewalt Juden ermordet, ja vernichtet. Die BRD trägt – als Rechtsnachfolger – noch immer diese Schuld aus der Geschichte und deswegen eine besondere Verantwortung in der Gegenwart gegenüber Juden in Deutschland, Israel und der Welt. Wie jede Politik geschieht auch die gegenüber Israel auf beiden genannten Ebenen, auf der von Staat und Regierung einerseits und der von Gesellschaft und Bewegungen andererseits.

Deutsche (Regierungs-)Politik muss den Staat Israel und die Grundrechte aller Israelis auf Leben und Sicherheit anerkennen – auch gegen deren arabische Nachbarn. Und sie muss jeden Antisemitismus ablehnen – wie den des iranischen Präsidenten Achmedinedschad.

Es sollen zwar jetzt nicht die einen Opfer des Dritten Reiches gegen die anderen ausgespielt werden, doch dürfen sie neben den Juden auch nicht vergessen werden. Nationalsozialismus bedeutet nicht nur Rassismus oder eine »innere Angelegenheit«, er bedeutet auch Nationalismus und internationale Aggression.

Die Konsequenz aus dem Dritten Reich ist aus gutem Grund eine doppelte: Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg! Das eine ohne das andere führt zu neuer Ungerechtigkeit wie Joschka Fischers Rechtfertigung der Gewalt gegen Serben nach dem Massaker von Srebrenica zeigt. So müsste deutsche Politik die Grundrechte aller Menschen auf Leben und Sicherheit anerkennen und jede kriegerische Gewalt ablehnen.

Nun besteht anscheinend ein Widerspruch zwischen der gleichzeitigen Ablehnung des Antisemitismus von Palästinensern und der Ablehnung der Grundrechtsverletzungen der Israelis. Allerdings erkennen durchaus auch Israelis teilweise die Grundrechte der Palästinenser an und Palästinenser teilweise das Recht auf einen Staat Israel.

Deutschlands Verantwortung ist keine zur Unterstützung entweder der einen oder der anderen Gewalttätigkeiten. Sondern es ist eine doppelte Verantwortung zur Unterstützung einer vollständigen gegenseitigen Anerkennung und einer gemeinsamen Sicherheit. Dies beinhaltet eine besondere Verantwortung zur Verhinderung eines Angriffs auf Israel. Und eine allgemeine Verantwortung zum Schutz des Überlebens Palästinas.

Besondere Verantwortung für Israel bedeutet, sich da zum Anwalt von Israelis zu machen, wo ihre Rechte bedroht sind. Dies betrifft vor allem das Recht, ihre Religion auszuüben und ihr Staatswesen zu bestimmen. Wo immer z.B. Antisemitismus erscheint, muss dieser mit allen Mitteln der Politik und Diplomatie angegriffen werden. Und wo immer zum Beispiel der Staat Israel nicht anerkannt wird, muss seine Existenz verteidigt werden.

Allgemeine Verantwortung für Palästina bedeutet, für die Gleichberechtigung von Palästinenserinnen mit allen anderen Nationalitäten zu kämpfen. Ihre humanitären Grundbedürfnisse dürfen nicht aus politischer Rücksichtnahme schlechter berücksichtigt werden. Ihre politische Selbstbestimmung darf nicht aus militärischem Interesse weiter beschränkt werden.

Wir könnten uns als gesellschaftliche Bewegung wünschen, wir hätten die Wahl zwischen einer Likud- oder Labour-, zwischen einer Fatah- oder Hamas-Regierung, um dies zu fördern. Doch zwei Dinge sind klar: Deutsche haben diese Wahl nicht, sondern nur Israelis und PalästinenserInnen selbst. Und zweitens wäre beides jeweils nur die Wahl ei-

nes kleineren Übels, nicht der gerade Weg zum Frieden. Unsere uneingeschränkte Unterstützung verdient (und benötigt) nur die radikaldemokratische oder pazifistische Opposition – hier wie da.

Es gibt eine Friedensbewegung in Israel: Ihre Bandbreite reicht von moderaten SozialdemokratInnen über arabische SozialistInnen bis zu radikalen AnarchistInnen, von der Ablehnung der Besatzung über deren selektive Verweigerung bis zur totalen Ablehnung und Verweigerung alles Militärischen. Vor allem pazifistische Positionen benötigen ideelle Anerkennung gegenüber der offiziellen israelischen Politik, die sie versucht zu ignorieren.

Es gibt auch eine Friedensbewegung in Palästina: Sie arbeitet weniger antimilitaristisch und oppositionell, da sie mit der Regierung in der grundsätzlichen Forderung nach Anerkennung, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung übereinstimmt, da sie sich stärker auf die humanitäre Aktivitäten konzentriert und da sie deutlich unsicherer und gefährlicher lebt. Vor allem die Versöhnungsarbeit benötigt finanzielle und materielle Unterstützung.

Sowohl die deutsche Regierung als auch die deutsche Friedensbewegung muss also keine (falsche) Entscheidung treffen zwischen „Israel“ und „Palästina“. Doppelte Verantwortung und simples Engagement für die Rechte der Menschen auf beiden Seiten der „Mauer“ ist der Weg zum Frieden.

Kai-Uwe Dosch ist Mitglied der DFG-VK und der Forum Pazifismus-Redaktion.



Wolfram Wette

Wegen Kriegsverrats verurteilte Wehrmacht-Soldaten endlich rehabilitieren!

Stellungnahme vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages

Die übergreifende Erkenntnis, die auch bei der Erörterung des Themas Kriegsverrat zu berücksichtigen ist, hat der Deutsche Bundestag am 15. Mai 1997 selbst formuliert und beschlossen. Diese Erkenntnis lautet: »Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.«

Was bedeutet dieser Satz für unser Thema, also für die wegen Kriegsverrats verurteilten Wehrmachtsoldaten? Er bedeutet folgendes: Jeder deutsche Soldat, der sich diesem von Deutschland verschuldeten Verbrechen zu verweigern, zu entziehen oder sein Ende zu beschleunigen versuchte, verdient unseren Respekt und unsere Anerken-

nung. An dieser Grundlinie orientierte sich die bisherige Rehabilitierungspolitik des Deutschen Bundestages. Das Parlament hob die allermeisten Urteile der NS-Militärjustiz und des Volksgerichtshofs auf: Also die gegen Kriegsdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer, Deserteure und die wegen befehlswidriger »Übergabe an den Feind« ergangenen Urteile, die unter die Rubrik der Feindbegünstigung fielen. Im zivilen Bereich wurden die Urteile gegen Landesverräter und Spione aufgehoben, was häufig vergessen wird.

Die Menschen, die wegen dieser Straftatbestände verurteilt wurden, haben also ihre Anerkennung als Widerständige bereits gefunden. Es wurde anerkannt, dass der »kleine Mann« in der Uni-

form der Wehrmacht keine so großen Handlungsspielräume hatte wie etwa der Generalstabs-Oberst Graf Stauffenberg und seinesgleichen. Der »kleine Mann« musste sich andere Formen des widerständigen Handelns suchen.

Eigentlich hätte es in der Logik der bisherigen Rehabilitierungspolitik des Deutschen Bundestages gelegen, auch die wegen Kriegsverrats verurteilten Soldaten einzubeziehen. Schließlich wusste man doch, dass ein so prominenter Wehrmachtoffizier wie der General Walter von Seydlitz-Kurzbach, Kriegsgefangener der Sowjetunion und Präsident des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) sowie des Bundes Deutscher Offiziere (BDO), 1943 vom Reichskriegsgericht (RKG) in Abwesenheit wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt worden war, aber schon bald nach dem Kriege als Widerständler anerkannt wurde. Das Landgericht Verden an der Aller hob das Urteil des RKG bereits 1956 auf. Die vergleichbaren Todesurteile gegen die »kleinen Leute« in Uniform sind dagegen bis heute gültig. Wer soll das verstehen? Gibt es keine Gleichbehandlung? Gelten hier unterschiedliche Standards der Beurteilung?

Gegen die etwa 300 kriegsgefangenen Wehrmachtoffiziere im NKFD und im BDO wurden übrigens zwar Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverrats eingeleitet, aber keine Anklage erhoben und keine Urteile gefällt. Der Grund für diese Zurückhaltung: Es wurde befürchtet, das Bekanntwerden dieser vielen Fälle hätte erhebliche Unruhe in die Truppe getragen. Wie ist die Bundesrepublik mit diesen sogenannten »Verrätern« im Offiziersrang umgegangen? Sie hat lange gezögert, deren Handlungen als politischen Widerstand anzuerkennen. Ende der 80er Jahre entschloss sie sich dann doch, dies zu tun. Sichtbares Zeichen ist ihre Präsenz in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Ein Parallellfall ist die späte Würdigung der Widerstandsgruppe »Rote Kapelle«.

Was also verhinderte bislang die Einbeziehung der wegen Kriegsverrats verurteilten Soldaten in die bundesdeutsche Rehabilitierungspolitik? Zwei Gründe waren es wohl hauptsächlich:

Den einen Grund hat auch Herr Dr. h.c. Joachim Gauck in seiner schriftlichen Stellungnahme hervorgehoben. Es handelt sich um die traditionelle, nationalistisch kodierte Stigmatisierung von Verrat beim Militär. Diese Sicht entfaltet ihre Wirkung bis heute, und zwar unabhängig von der eingangs erwähnten Erkenntnis, dass der Zweite Weltkrieg ein von Deutschland verschuldetes Verbrechen darstellte.

Der zweite Grund bestand darin, dass es seinerzeit – 1998 und 2002 – noch keine wissenschaftliche Literatur zum Thema Kriegsverrat gab, so dass weithin Unkenntnis darüber herrschte, welche Handlungen von Soldaten eigentlich zu einer Verurteilung wegen Kriegsverrats geführt hatten. Vermutungen wie die der einer möglichen Kamera-

dengefährdung traten daher an die Stelle von historischem Wissen

Nun liegt inzwischen die Dokumentation »Das letzte Tabu« vor, in welcher die derzeit für die Forschung greifbaren Urteile wegen Kriegsverrats enthalten sind. Sie können die Grundlage für eine sachliche Bewertung bilden. Nach einer Aufstellung des Präsidenten des Reichskriegsgerichts, Admiral Bastian, hat das RKG zwischen September 1939 und Februar 1945 in nur 24 Fällen von Kriegsverrat geurteilt. Die große Mehrzahl der Urteile bezog sich auf andere Straftatbestände, nämlich auf Landesverrat, Hochverrat, Spionage, Fahnenflucht und Zersetzung der Wehrkraft. Diese sind allesamt bereits aufgehoben und die Verurteilten rehabilitiert – nur die wegen Kriegsverrats Verurteilten gelten noch immer als Verbrecher.

Die Behauptung eines der Sachverständigen, wir hätten in unserer Dokumentation nur eine »zufällige Auswahl« getroffen, wir hätten vermutlich nur 10 Prozent der Fälle präsentiert, die allein beim Reichskriegsgericht anfielen, ist also sachlich unzutreffend. Sie sind vollständig dokumentiert. Wahrscheinlich beruht der Fehlschluss auf der irrigen Annahme, auch hinter den Landesverratsfällen könne sich Kriegsverrat verbergen, was jedoch nicht zutrifft.

Im Freiburger Militärarchiv lagern umfangreiche »wehrmachtgerichtliche Unterlagen«: 180.000 Fälle auf 926 lfd. Archivmetern. Wir haben in diesen riesigen Bestand nur in Form von Stichproben Einblick nehmen können. Für die Annahme, das die Masse der wegen Kriegsverrats ergangenen Urteile von den Feldkriegsgerichten gefällt wurde und daher in diesem Bestand zu finden sei, spricht wenig. Denn Kriegsverrat galt in der Wehrmacht als das politischste aller Delikte überhaupt, für das seit 1939 im Regelfall das RKG zuständig war. Dessen Urteile haben wir vollständig dokumentiert.

Die Verdachtsfälle wurden daher in der Regel sogleich an das RKG abgegeben. Um ein aussagekräftiges Beispiel zu nennen: Nach Ermittlungen über die widerständigen Umtriebe eines so genannten Soldatenrats an der Ostfront in der Gegend von Orel gab der Befehlshaber der betreffenden Panzer-Armee den Fall sogleich an das RKG ab, das dann 11 Todesurteile fällte. Wer fordert, erst noch die Masse der in Freiburg verwahrten Unterlagen auszuwerten, nimmt eine nochmalige Verzögerung des Rehabilitierungsverfahrens von 10-20 Jahren in Kauf. Ich mache darauf aufmerksam, dass in der bisherigen Gesetzgebung zur Bereinigung von NS-Unrecht nicht in dieser Weise verfahren wurde.

Unsere Aufgabe als Sachverständige verstehe ich so, dass wir die Parlamentarier darüber informieren, welchen Charakter die Urteile der NS-Militärgerichte und des Volksgerichtshofs hatten, die wegen Kriegsverrats gefällt wurden. Sie möchten wissen, welche Sachverhalte zu diesen Urteilen führten.

Dagegen scheint es mir in diesem Zusammenhang wenig sachdienlich zu sein, fiktive Szenarien auszumalen und Vermutungen anzustellen. Sie können jedenfalls keine solide Basis für eine Beurteilung sein. Nicht unmittelbar in unseren Kontext gehört auch die – von einigen Sachverständigen angestoßene – Erörterung eines allgemeineren Themas. Des Themas nämlich, ob es überhaupt und ggf. wie viele feindbegünstigende Verratshandlungen von Wehrmachtsoldaten es gegeben haben könnte. Zweifellos hat es sie gegeben. Aber sie waren offenbar zum größten Teil nicht Gegenstand kriegsgerichtlicher Verfahren. Daher gibt es in diesen Fällen auch keine Urteile, die aufzuheben wären. Der Rechtsausschuss beschäftigt sich aber in dieser Anhörung mit den wegen Kriegsverrats verurteilten Soldaten der Wehrmacht und mit nichts Anderem.

Dabei will ich gar nicht bestreiten, das der Komplex Verratshandlungen von erheblichem historiographischen Interesse ist – besonders für die Widerstandsforschung. Hier könnte sich ja einmal die staatliche Institution Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA) Lorbeeren verdienen, die bislang zur Aufklärung über die Opfer der NS-Militärjustiz nichts beigetragen hat, wenn man einmal von dem individuellen Engagement Prof. Messerschmidts absieht.

Ich komme zum Schluss: In der Regel wird mit dem Begriff Kriegsverrat die Vorstellung vom Verrat militärischer Geheimnisse assoziiert. Wir müssen jedoch mit einigem Staunen zur Kenntnis nehmen, dass in den überlieferten Urteilen der NS-Militärjustiz davon kaum die Rede ist. In den einschlägigen Kriegsgerichtsurteilen tritt uns eine Fülle ganz unterschiedlicher unbotmäßiger, widerständiger und humaner Handlungen von Soldaten der Wehrmacht entgegen: Darunter oppositionelle Gesinnung, pazifistische, kommunistische, sozialisti-

sche; auch bewaffneter Widerstand – hauptsächlich in Österreich –, Hilfeleistungen für Kriegsgefangene und Juden. Was die Kriegsverratsurteile thematisch zusammenhält, ist nicht etwa eine Kette von militärischem Geheimnisverrat, der geeignet war, »der Feindmacht Vorschub zu leisten« und der Kriegsmacht des nationalsozialistischen Deutschlands zu schaden. Was sie zusammenhält, ist vielmehr die Monotonie der verhängten Todesstrafen. Wir haben es auch hier – ebenso wie bei den zum Tode verurteilten Wehrkraftzersetzer, Deserteurern und anderen widerständigen »kleinen Leuten« – mit den Opfern einer überhart und rechtsbeugend urteilenden Militärjustiz zu tun. Was die Militär Richter in ihrer »elastischen« – besser gesagt: willkürlichen – Gesetzesanwendung zum Kriegsverrat erklärten, führte unweigerlich zur Todesstrafe. Es gilt, zu erkennen, dass es sich hier um ein großes Unrecht handelte. Wer widerständiges Verhalten gegen den NS-Staat und die von ihm verschuldeten Angriffs- und Vernichtungskriege für legitim hält, darf sich einer Rehabilitierung der wegen Kriegsverrats verurteilten Soldaten nicht verschließen.

Prof. Dr. Wolfram Wette ist Historiker und Mitglied der DFG-VK. Der Text ist das Manuskript der mündlichen Stellungnahme von Wolfram Wette als von der SPD benannter Sachverständiger in der Öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 5. Mai 2008

Literaturhinweise:

Wolfram Wette/Detlef Vogel (Hrsg.): Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat. Berlin (Aufbau-Verlag) 2007.

Wolfram Wette: Die Verratenen. In: Die Zeit Nr. 18, 24.04.2008, S. 96 (»Zeitläufte«).



»Wir können uns Jesus als Kriegsdienstverweigerer vorstellen, aber nicht mit einem Gewehr in der Hand.«

Zum Stellenwert der Friedenthematik in der evangelischen Kirche

(Red.) Durch das Editorial in der letzten Ausgabe sah sich Jan Gildemeister, Geschäftsführer der AGDF (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden), zu einem Leserbrief veranlasst, in dem er aus seiner Sicht u.a. die Umstrukturierung der evangelischen Arbeit im Bereich Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst darstellt und bewertet. Diesen gab er gleichzeitig auch zur Kenntnis an Günter Knebel, den Geschäftsführer der EAK (Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der

KDVer), der nun seinerseits einen Leserbrief verfasste. Im Kern geht es bei der Auseinandersetzung darum, welchen Stellenwert die evangelischen Kirchen der KDVer – und letztlich der Friedenthematik – beimessen und bereit sind, diesen Arbeitsbereich organisatorisch und finanziell auszugestalten. Zu dieser Frage äußerte sich Ulrich Finckh in einem Grußwort bei der Verabschiedung Michael Germers Mitte Mai in Frankfurt am Main, der nach jahrzehntelanger Tätigkeit als KDVer-

auftragter der Ev. Kirche in Hessen und Nassau eine andere Aufgabe übernahm. Germer war bis zum Frühjahr auch stellvertretender EAK-Vorsitzender und hat die entsprechende Funktion seit 2003 bei der Zentralstelle KDV inne. Finckh, der Nestor der KDV in Deutschland, war bis zu seiner Pensionierung Gemeindepastor in Bremen und mehr als 30 Jahre lang Vorsitzender der Zentralstelle KDV. Sein Grußwort veröffentlichen wir auszugsweise im Anschluss an die beiden Briefe.

Den Artikel von Walter Herrenbrück aufgreifend beklagt Stefan Philipp in seiner Einführung, dass »diese Kirche« (gemeint ist die Ev. Kirche in Deutschland) die für Kriegsdienstverweigerung zuständige Arbeitsgemeinschaft EAK »finanziell austrocknet und faktisch abgewickelt (und mit der Aktionsgemeinschaft Dienst für die Frieden zusammenlegt)«. Zudem erfolgt ein Hinweis, dass der Vorsitzende der AGDF ein »Ex-Militärdekan« ist.

Dieser Text enthält leider ein bedauerliches Maß an Halb Wahrheiten und Pauschalisierungen, die falsche Schlüsse nahe legen, die wiederum nicht durch die Aussagen von Walter Herrenbrück gedeckt sind.

Richtig ist, dass die EKD den Zuschuss für die EAK von 2005 auf 2009 um mehr als 50 % gekürzt hat, was zu erheblichen Einschnitten in die Arbeit führen muss. Falsch ist, dass die EAK finanziell austrocknet wird, da der jetzt erreichte, zu niedrige Stand von 300.000 Euro nach Aussagen der EKD mittelfristig sichergestellt werden soll. Dies ist wenig, aber mehr als nichts (wie es bei dem katholischen Pendant zur EAK der Fall ist).

Richtig ist, dass die Arbeit der EAK und deren Kontinuität durch die Mittelkürzung und den ebenfalls von der EKD »verordneten« Umzug der Geschäftsstelle nach Bonn erheblich in Mitleidenschaft gerät. Falsch ist, dass die EAK faktisch abgewickelt wird. Die Absprache mit der EKD (und der AGDF) ist vielmehr, dass die EAK als eigenständige Arbeitsgemeinschaft (als e.V. mit eigenem Haushalt, Geschäftsführung etc.) bestehen bleibt.

Richtig ist, dass die Geschäftsstellen von EAK und AGDF ab 2009 an einem Ort zusammengelegt werden in der Erwartung, dass dadurch inhaltliche und verwaltungstechnische Synergieeffekte erzielt werden – ohne dass dies zu weiteren Mittelsparungen führen wird. Falsch ist, dass beide Verbände zusammengelegt werden.

Richtig ist, dass Pfarrer Horst Scheffler lange Jahre Mitarbeiter der ev. Militärseelsorge war, darunter auch als Militärdekan in Mainz. Falsch wäre der Schluss, dass er daher »Bellizist« ist oder sein Vorstandsvorsitz das Eintreten der AGDF für Gewaltfreiheit schwächen würde.

Dass die Mitarbeit in der Militärseelsorge nicht per se eine besondere Affinität mit der Bundes-

wehr bedeutet, zeigt die – allerdings leidvolle – Geschichte von Dr. Matthias Engelke. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Stefan Philipp entweder auf die nahe gelegte »Botschaft« verzichtet hätte, oder sich mit den inhaltlichen Positionen von Horst Scheffler als Person und von der AGDF zu Militär, Gewaltfreiheit u.ä. Fragen auseinandergesetzt und dies in seiner Einführung berücksichtigt hätte. In diesem Zusammenhang wäre ein Hinweis fair gewesen, dass sowohl die AGDF wie auch ihr Vorsitzender schon lange ein sehr gutes Verhältnis zur EAK haben, deren Mitglied (wie auch der KDV-Zentralstelle) die AGDF seit vielen Jahren ist.

Jan Gildemeister

Sowohl der Beitrag des EAK-Bundesvorsitzenden Walter Herrenbrück als auch die Leserbrief-Anmerkung von Jan Gildemeister sind beide natürlich korrekte Darstellungen. Ob die mehr als Halbierung eines Haushalts, die zur weiträumigen Verlegung der EAK-Bundesgeschäftsstelle und infolgedessen zum vorzeitigen Ausscheiden möglicherweise aller langjährigen Mitarbeiter/innen führen wird, als »Austrocknung und Abwicklung« bezeichnet werden kann, ist m.E. eher eine sprachliche Geschmacksache: Das Ergebnis der von der EKD gewünschten Transformation, die auch die Zeitschrift »zivil« einschließt(!), wird in einigen Jahren darüber Auskunft geben können, welche Begrifflichkeit für den Vorgang am ehesten zutreffend gewesen wäre.

Faktum ist, dass die EKD seit der Synode 1996 in Borkum, wo der Bericht zur »Zukunft christlicher Friedensdienste« Thema war, eben diese Zukunft bei den Freiwilligendiensten sieht – was die wehrpflichtkritische EAK immer ebenso gesehen und deshalb begrüßt hat. Die dann Ende der 90er Jahre einsetzenden finanziellen »Anschläge« auf den Haushalt der EAK sind allerdings demgegenüber oft Gegenstand ihres Protestes gewesen, der bis 2004 auch relativ erfolgreich war. 2003/2004 trat ein Wechsel bei Synode und Rat der EKD und zugleich auch in den kirchenamtlichen Zuständigkeiten ein, der eine neue Wahrnehmung, eine andere friedensethische Akzentsetzung und neue Sparpläne hervorgebracht hat: Die Zielgruppe Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende gilt seitdem als kirchlich weniger zwendungsbedürftig. Die Debatte um die – unter der »Rot-Grünen« Regierung augenscheinlich unmittelbar bevorstehende – Abschaffung der Wehrpflicht war (landes) kirchlichen Finanzreferenten durchaus willkommen, Kürzungen in einem Arbeitsfeld vorzunehmen, das ihnen ideologisch nur in seltenen Ausnahmefällen nahestand. Auch die Abschaffung der mündlichen Anhörungsverfahren für Soldaten- und Reservistenverweigerer Ende 2003, die von der EAK bereits 12 Jahre zuvor gefordert worden war und zu der die EAK als Herausgeberin der »Anhaltspunkte für Mitglieder von Ausschüssen und

Kammern für Kriegsdienstverweigerung« (die noch in der letzten Amtsperiode an alle gewählten rund 5.000 Ausschussmitglieder versandt worden war) sicher auch beigetragen hat, begünstigte den Eindruck, das kirchliche Zuwendung auf diesem Sektor in Zukunft entbehrlich sei.

Schon bei der EKD-Synode 2004 in Magdeburg wurde die Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern sogar per EKD-Pressemitteilung als Einsparungspotenzial öffentlich gemacht: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Arbeitsfeld konnten das aus den Radio- und Fernsehnachrichten erfahren. Von einer vorangehenden Information oder einem Gespräch zwischen Entscheidern und Betroffenen hatte man bis dahin abgesehen. Von der EAK aufgrund dessen erbetene Kommunikation stellte sich erst später ein, leider nicht als ergebnisoffener Dialog, sondern als dringende Empfehlung zur Umsetzung vorgeblich unveränderlicher Finanzbeschlüsse. Die redaktionelle Zwischenüberschrift in Walter Herrenbrücks Beitrag, »Runder Tisch statt Geld«, bringt diesen Sachverhalt gut auf den Punkt, was den Nutzen der am Runden Tisch erarbeiteten neuen Struktur einer zu bildenden Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD keineswegs schmälert.

Auffällig und fragwürdig bleibt für mich mindestens dreierlei:

1. Warum dieser Strukturwandel, den der EAK-Bundesvorstand für die Zeit **nach** Abschaffen der Wehrpflicht für durchaus diskutabel gehalten hat, so rasch durchgesetzt wird? Als Beispiel im Kleinen für das Konzept der »Kirche der Freiheit«, als Zeichen der Reformfähigkeit der »Kirche der Reformation« oder als Entsorgung vermeintlicher (unbequemer) »Altlasten«?

2. Warum so eine so dramatische Einsparung (rund 300.000 Euro) der EKD-Aufwendungen für Friedens- und Versöhnungsarbeit erfolgen soll, bei den – gemessen am Gesamthaushalt der EKD – vergleichsweise geringen Aufwendungen für diese Arbeit insgesamt? Wenn das keine »Abwertung« ist, was dann?

3. Warum ein funktionstüchtiger Standort in Bremen – unnötigerweise und gegen Protest – aufgegeben und nach Bonn verlagert wird, wo er noch weiter weg vom Zentrum der Evangelischen Kirche und vom politischen Zentrum der Bundesrepublik Deutschlands liegt?

Indizien für eine – vorgeblich kirchenpolitisch gewollte – Stärkung und Profilierung der Friedensarbeit vermag ich beim besten Willen darin nicht zu sehen. Dennoch werde ich mich – solange ich dabei bin – auch weiterhin dafür einsetzen, dass aus vergehendem Guten Neues und Besseres entstehen mag.

Günter Knebel

Auszüge aus Ulrich Finckhs Grußwort bei der Verabschiedung von Michael Germer

Stichwort KDV-Verfahren: Wir haben beide noch mitbekommen, wie mit inquisitorischen Methoden Kriegsdienstverweigerer auf den Ernst ihrer Gewissensentscheidung hin überprüft und Zigtausende zu Unrecht abgelehnt wurden mit all den dramatischen Folgen, Kriminalisierung, psychische Erkrankungen, Flucht aus dem Bereich der Wehrgesetze, im Extremfall Suizid. Wir sind damals dagegen Sturm gelaufen. Heute scheint das überwunden, und doch ist es immer noch so, dass unser Staat sich anmaßt, Gewissen zu prüfen. Zwar läuft das relativ geräuschlos und rein bürokratisch. Es werden derzeit auch fast alle Verweigerer anerkannt. Doch das kann jederzeit geändert werden. Und vor allem bleibt die generelle Missachtung der im Grundgesetz garantierten Gewissensfreiheit. Erst recht gilt das für diejenigen, die Krieg und das militärische Kriegstraining für solche Verbrechen halten, dass sie dafür keinen Ersatzdienst leisten. Ihr Gewissen wird gegen die Garantie der Gewissensfreiheit missachtet. Sie werden nach wie vor kriminalisiert, und einige sitzen wieder im Bundeswehrarrest. Wer auch immer die Hilfe für Verweigerer einschränkt, drückt sich um diese fatalen Fakten beim Thema Kriegsdienstverweigerung.

Stichwort Ersatzdienst: Ebenso ist im Ersatzdienst zwar vieles besser geworden, aber längst nicht alles gut. (...) Aber gerecht geht es keineswegs zu. Wer schon vor oder bei der Musterung verweigert, muss damit rechnen, als tauglich beurteilt zu werden, auch wenn er es nicht ist. Und er muss damit rechnen, zum Ersatzdienst eingezogen zu werden anders als die meisten, die nicht verweigern. Ausgerechnet die verschiedenen Ersatzdienste der Kriegsdienstverweigerer, vor allem der Zivildienst, sollen helfen, die antidemokratische Wehrpflicht aufrecht zu erhalten. Und die zwangsweise einberufenen Zivis werden an private Stellen ausgeliehen. Ich halte das für einen Skandal. Diskriminierung und offenes Unrecht können durch die Lobeshymnen auf die inzwischen nicht mehr als Drückeberger oder 5. Kolonne des Ostens diffamierten, sondern hoch gelobten Zivis nicht ausgeglichen werden. Verschwiegen wird auch immer, dass die Zivis angeblich die Lösung für ein Problem im sozialen Bereich sind, das der Ersatzdienst überhaupt erst geschaffen hat, die Verdrängung der notwendigen sozialen Fachkräfte durch billigere Hilfskräfte. (...)

Stichwort SFD: Der Soziale Friedensdienst (...) sollte einen Dienst organisieren, der die Zivis als Verweigerer und denkende Menschen ernstnahm. Wie wichtig das war, kann man an den Entwicklungen sehen, die durch die SFDs angeregt worden sind, etwa die neue Losung »Zivildienst als Lerndienst« oder die Einführungslehrgänge und die Praxisbegleitung. (...) Dass die guten SFD-Beispiele sich nur auf die qualifizierteren Tätigkeiten auswirken, ist unbefriedigend. Wir überfordern viele junge Menschen. Was es bedeutet, aus Elternhaus,

Schule oder Ausbildung heraus plötzlich mit schwerer Behinderung, Dauerleiden, Krankheit und Sterben konfrontiert zu werden, ist denen, die die Seelsorge für Zivildienstleistende immer mehr abbauen, offensichtlich nicht klar.

Stichwort Zentralstelle: Vor allem aber – und damit komme ich auf die Tätigkeit in der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen – ist es inzwischen so, dass nur noch ein kleiner Teil aller Wehrpflichtigen zu einem Dienst herangezogen wird. Das Bundesverfassungsgericht hat 1978 die Beachtung des Gleichheitsartikels 3 Grundgesetz zur Bedingung für die Wehrpflicht gemacht. Die vom Gericht als »Wehrgerechtigkeit« bezeichnete Bedingung wird seit Jahren grob missachtet. Die Richtlinien für Tauglichkeit sind lächerlich und tun so, als sei in Deutschland die Hälfte aller jungen Männer krank. Nicht annähernd die Hälfte der Wehrpflichtigen wird allenfalls noch zu irgendeinem Dienst herangezogen. (...)

Stichwort Kirche: Diese Arbeit wird offensichtlich von unseren kirchlichen Leitungsgremien nicht recht gewürdigt. Eine Kirche, die eine staat-

lich finanzierte Militärseelsorge mit kirchlichen Geldern zusätzlich so ausstattet, dass sie über mehr Finanzen und Mitarbeiter verfügt als irgendeine andere kirchliche Arbeit, übergeht, dass wir uns Jesus zwar als Verweigerer, nicht aber mit Maschinengewehr oder Atombomben vorstellen können. Der Militärgouverneur Pilatus wird im Apostolicum als der genannt, der Jesus foltern und kreuzigen ließ. Das erinnert daran, dass die irdische Gegenmacht des Christus die Militärgewalt des römischen Staates war. Ich empfinde das immer noch als Anfrage an unser Tun und als Verpflichtung zum Engagement für Frieden. Umso wichtiger ist in meinen Augen der Dienst, den Sie, lieber Herr Germer, bisher geleistet haben, auch wenn Bürokraten die Stellen und Finanzen dafür verringern. Ich jedenfalls möchte Ihnen ausdrücklich für Ihre bisherige Arbeit danken und hoffen, dass Sie zumindest im heute so viel gelobten Ehrenamt dieses wichtige Engagement nicht aufgeben. Die Nachfolge Jesu hängt weniger von den kirchlichen Finanzen und der kirchlichen Organisation ab als von unserem Engagement für Gerechtigkeit, für Frieden und für das Leben unserer Mitmenschen. 

Ziviles Leben im »postheroischen Zeitalter«

Der US-Historiker J. Sheehan besichtigt Europas langen Weg zum Frieden im 20. Jahrhundert

James Sheehan: Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden. Aus dem Englischen von Martin Richter. München 2008, 316 Seiten, Leinen, 24,90 Euro

Aus dem Umfeld der George W. Bush-Administration hörte man in den letzten Jahren immer wieder die abschätzig gemeinte Bewertung, die Politiker und die Menschen im alten Europa seien »postheroisch« geworden. Damit ist gemeint: Sie hätten dem militärischen Heldentum abgeschworen, wollten nicht mehr töten und getötet werden, ja sie seien für die neuen Kriege – gegen »Schurkenstaaten« oder gegen den internationalen Terrorismus – kaum noch zu gebrauchen. Die Europäer ihrerseits verweisen auf ihre fundamentale historische Erfahrung in den beiden Weltkriegen, die den meisten Amerikanern fehle. Damit ist gewiss einer der Gründe genannt, weshalb heute sehr viel mehr Amerikaner als Europäer bereit sind, Krieg als Mittel internationaler Auseinandersetzungen zu akzeptieren.

Im Gegensatz zu den Bush-Propagandisten tritt der amerikanische Historiker James Sheehan nicht als ein besserwisserischer Vertreter der einzig übrig gebliebenen Supermacht auf. Er ist ausgewiesen als ein guter Kenner der deutschen und der europäischen Geschichte. Außerdem fungiert er seit 2005 als Präsident der American Historical Association. Den alten Kontinent betrachtet Sheehan mit einem distanzierten Blick, der dieses Buches zu ei-

nem Lernvergnügen macht. Sheehan möchte verstehen, wie es eigentlich geschehen konnte, dass sich Europa von einem Schauplatz mörderischer Kriege zu einer pazifistischen Zivilgesellschaft gewandelt hat.

Den Anstoß, sich mit diesem großen Thema auseinander zu setzen, gaben ihm offenbar die Antikriegsdemonstrationen im Februar 2003. Als abzusehen war, dass die USA den Irak angreifen würden, protestierten in mehreren europäischen Städten Millionen von Menschen, häufig unter dem Motto: »Krieg ist keine Lösung!« So geschehen in London, in Barcelona, in Madrid, in Berlin und nicht anders in unzähligen kleineren Städten. Europäische Intellektuelle wie Jürgen Habermas, Jacques Derrida oder Dominique Strauss-Kahn glaubten damals gar, in der Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik entstehe eine neue europäische Identität.

Sheehan sortiert die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert mit Hilfe von zwei politischen Kategorien, denen in der deutschen Wissenschaftslandschaft erst noch zum Durchbruch verholfen werden muss. Es sind die Kategorien Militarismus und Pazifismus. Hierzulande hantiert man, der Totalitarismustheorie folgend, lieber mit dem Begriffpaar Demokratie/Diktatur, und zwar auf die Gefahr hin, dass sich in diesem argumentativen Gestrüpp die politische Gewalt als etwas gleichsam Urwüchsiges verselbständigt. Ähnlich, wie es vor ihm Eric Hobsbawm (Das Zeitalter der Extreme), Marc Mazower (Der dunkle Kontinent) und Volker Berg-

hahn (Europa im Zeitalter der Weltkriege) getan haben, untersucht Sheehan, wie kriegerisch oder wie zivil die europäischen Staaten und Gesellschaften in den verschiedenen Phasen des 20. Jahrhunderts gewesen sind.

Nicht von ungefähr gilt dabei sein Hauptinteresse der Geschichte Deutschlands. Mit großer Kompetenz schildert er zunächst die lange Friedenszeit zwischen 1871 und 1914, in der sich schließlich die militaristischen Kräfte durchsetzten und eine »Welt voller Gewalt« schufen. Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen charakterisiert der amerikanische Historiker als einen »zwanzigjährigen Waffenstillstand«. Der entscheidende Faktor sei damals Deutschland gewesen: »Solange die Gemäßigten den deutschen Staat zwischen 1923 und 1930 kontrollierten, hatte der Friede in Europa eine Chance. Wenn ihnen die Kontrolle entglitt, [...] war der Friede in Gefahr [...]«. Mit den Nationalsozialisten erlosch jede Hoffnung auf den Frieden. Der Krieg, der 1939 begann, brachte Europa an den Rand des zivilisatorischen Zusammenbruchs.

Aber diese mörderische Auseinandersetzung war zugleich »der letzte europäische Krieg«. Auf seinen Trümmern wuchs in den - vormals von purer Feindseligkeit geprägten - Nationen des Kontinents der feste Wille zur Abkehr von den kriegerischen, selbsterstörerischen Irrwegen und zur Gestaltung eines friedfertigen, zivilen Kontinents, bestehend aus eigenständigen Nationalstaaten. Stärker als andere Geschichtsschreiber vor ihm würdigt Sheehan auch die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts unterlegenen pazifistischen Strömungen, womit er pauschalierend alle kriegsgegnertischen Tendenzen meint. Sie konnten sich seinerzeit bekanntlich nicht zu einer politischen Kraft entwickeln, welche die große Politik hätte gestalten können.

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts vollzog sich dann der »Aufstieg des zivilen Staates«. Das heißt, dass Wirtschaft und Friedfertigkeit die militaristischen Tendenzen immer mehr zurückdrängten. Unter dem Dach der bipolaren Konfrontation der beiden Weltmächte vermochte sich Europa zu einem blühenden Kontinent zu entwickeln, und zwar gerade weil der Anspruch fehlte, eine militärische Supermacht werden zu wollen. Sheehan stimmt nicht in das Klagegedicht jener Autoren ein, die aus der Diskrepanz zwischen Europas wirtschaftlicher Stärke und seiner militärischen Schwäche regelmäßig die Forderung nach Aufrüstung ableiten. Vielmehr sieht er in der Konzentration der Europäer auf zivile Ziele den Grund für Stabilität und Frieden: »Die Staaten Europas besitzen immer noch Armeen - so wie die Garnisonsstaaten eine Wirtschaft besaßen -, aber politisch, symbolisch und wirtschaftlich sind diese den Institutionen untergeordnet, die das tun, was die Bürger für wichtig halten, nämlich die Währung zu kontrollieren, das Wirtschaftswachstum zu fördern, Sozialleistungen

zu erbringen und die Menschen vor den Gefahren des Lebens zu schützen.«

Im europäischen Innenverhältnis konnte der Krieg nach 1945 fast gänzlich zum Verschwinden gebracht werden. Vor dem Hintergrund der politischen Gewalt, die von seinem eigenen Land ausgeht, sieht der Amerikaner Sheehan das Europa von heute als eine zivile Friedensmacht. Die »Entmilitarisierung der europäischen Gesellschaft« werde leicht übersehen, mahnt er, sei sie doch »das Ergebnis einer fast unsichtbaren Revolution«: »Die ideologische Konfrontation von Pazifismus und Militarismus, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts verschärft und den politischen Diskurs zwischen den Weltkriegen dominiert hatte, war weitgehend verschwunden.« Entstanden war »eine Kultur des Friedens statt des Krieges, des Lebens statt des Todes, des Alltagslebens statt des glorreichen Opfers«.

Manchem Leser auf dem »alten« Kontinent mögen diese Zuordnungen etwas holzschnittartig vorkommen, da die europäische Weste ja nicht ganz so weiß ist, wie sie hier gemalt wird. Aber der distanzierte Blick des amerikanischen Wissenschaftlers kann auch verschobene Proportionen zurechtrücken. In die Zukunft gerichtet bleibt die Frage: Vermag das pazifizierte Europa die »postheroischen« Lehren, die es aus der eigenen Gewaltgeschichte gezogen hat, nach draußen weiterzugeben?

Wolfram Wette

39

Forum Pazifismus

Ja, ich möchte das Forum Pazifismus-Abo.
Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt beim Normalabo 20 € zzgl. 2 € für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30.11. schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Förderabo I (30 €) Förderabo II (40 €)

Förderabo III* (50 €) Normalabo (20 €)

Ich möchte das ermäßigte Abo für DFG-VK-Mitglieder (18 €)
Meine Mitgliedsnummer lautet: _____

Ich möchte das ermäßigte Abo für BSV-Mitglieder (18 €)
Zu den genannten Abopreisen kommen jeweils 2 € für Porto und Verpackung hinzu.
*Das Förderabo III beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende.

(Organisation) _____

Vorname _____

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Ich bezahle bequem per Bankeinzug Konto _____

Bank _____ BLZ _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei Forum Pazifismus, Postfach 150354, 70076 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum Unterschrift

ABOKARTE

ZENTRALSTELLE KDV

jetzt anmelden
 Info im Internet
www.zentralstelle-kdv.de

Ausbildung für qualifizierte KDV-Beratung

Fragen über Fragen: *Ich habe vom Kreiswehrratsamt einen Brief bekommen. Was soll ich tun? Mein KDV-Antrag wurde abgelehnt. Muss ich jetzt zur Bundeswehr? Wenn ich jetzt einberufen werde, ist mein Arbeitsplatz weg. Ist da was möglich? Wie schaffe ich die KDV-Anerkennung in zwei Wochen, damit das FSJ auf den Zivildienst angerechnet wird? Ich will im Ausland studieren. Darf ich das?*

KDV-Beratung beschränkt sich längst nicht mehr auf die Frage nach der geeigneten Begründung. KDV-Berater sind nicht selten Lebensplanungsberater und vor allem unabhängige Informationsstellen, von denen sich Ratsuchende kompetente und behördenunabhängige Informationen erhoffen.

Viele Berater fühlen sich dabei überfordert. Ihnen fehlen Grundkenntnisse im Wehr-, KDV- und Zivildienstrecht und Informationen über aktuelles Behördenhandeln.

Die Zentralstelle KDV bietet vom Dezember 2008 bis April 2009 in Eisenach eine Ausbildung für KDV-Berater an, die in fünf Modulen (jeweils Freitag 18.00 Uhr bis Samstag 17.00 Uhr) Grundla-

genwissen und Hintergrundinformation gleichermaßen vermittelt.

Die Ausbildung richtet sich vor allem an KDV-Berater, die ihr Wissen auffrischen und Neues hinzulernen wollen. Die Ausbildung ist aber auch für Einsteiger geeignet. Es werden keine Vorkenntnisse vorausgesetzt. Ein Team von zehn Referenten wird die einzelnen Ausbildungseinheiten unterrichten.

Die Ausbildung kostet pro TeilnehmerIn 550 Euro inkl. Übernachtung, Verpflegung, Lernmaterial. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten nach erfolgreicher Teilnahme eine qualifizierte Bescheinigung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können auf Wunsch in ein KDV-Berater-Netz eingebunden werden, an das Ratsuchende weitervermittelt werden. Das Erlernete kann auf diese Weise nach Abschluss der Ausbildung kontinuierlich in die Praxis umgesetzt werden.

Die Ausbildungsmodulare

Modul 1: Wehrpflicht, Wehrgerechtigkeit, Dienstformen; 5./6.12.2008

1. Gegenseitiges Kennenlernen der TeilnehmerInnen 2. Arbeitsplanung 3. Wehrpflicht – rechtlicher und politischer Rahmen 4. Wehrpflichtentwicklung und Wehrpflichtwillkür 5. Dienstformen I: Wehrdienst und Zivildienst 6. Dienstformen II: Ersatzdienste und Freiwilligendienste

Modul 2: Verwaltungshandeln, Rechtsmittel, Ruhen der Wehrpflicht; 16./17.1.2009

1. Stationen der Wehrpflicht I: Von der Erfassung bis zum Dienstantritt bei der Bundeswehr 2. Grundzüge des Verwaltungshandelns im Rahmen der Wehrpflicht 3. Verwaltungsakte und Zustellungsformen 4. Rechtsmittel 5. Wehrüberwachung/Ruhen der Wehrpflicht/Auslandsaufenthalte 6. Befreiungen nach dem WPflG/ZDG

Modul 3: Musterung und Zurückstellungen; 13./14.2.2009

1. Stationen der Wehrpflicht II: Von der Verweigerung bis zur Entlassung aus dem Zivildienst 2. Zurückstellungen für Ausbildungen und Studium 3. Zurückstellungen wegen Arbeit und sonstiger Gründe (Familie etc.) 4. Verwaltungsinterne Regelungen 5. Musterungen und Tauglichkeitsüberprüfungen 6. ZDV 46/1 – Die Musterungskriterien

Modul 4: KDV-Verfahren; 13./14.3.2009

1. Selbstverständnis der Berater/Umgang mit Ratsuchenden 2. Kriegsdienstverweigerungsgesetz 3. Lebenslauf/Begründung 4. Anerkennungspraxis des BAZ 5. KDV-Verfahren von Soldaten/KDV in der Truppe 6. KDV von ZeitsoldatInnen

Modul 5: Beratungspraxis; 3./4.4.2009

1. Heranziehungsaltersgrenzen 2. Wie kann der Wehrpflichtige gesetzliche Vorschriften für seine Interessen nutzen/Strafandrohungen und Konsequenzen für die Beratung 3. „Backoffice“ Zentralstelle KDV 4. Fallbeispiele 5. Start in die Beratungstätigkeit

Bitte mit
0,45 €
frankieren

POSTKARTE

An
Forum Pazifismus
Postfach 90 08 43
21048 Hamburg

ABOKARTE